

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE (Anti-)Faschismus

Volker Weiß
„NEUE RECHTE“ UND
IDEOLOGISCHE TRADITIONEN

Sven Reichardt
GLOBALGESCHICHTE
DES FASCHISMUS

Grzegorz Rossoliński-Liebe
STEPAN BANDERA,
DER UKRAINISCHE
NATIONALISMUS UND
DER TRANSNATIONALE
FASCHISMUS

Cornelia Siebeck
KRITIK DER POSTNATIONAL-
SOZIALISTISCHEN
SELBSTVERGEWISSERUNG

Nigel Copsey
VON ROM
NACH CHARLOTTESVILLE.
EINE SEHR KURZE
GESCHICHTE DES GLOBALEN
ANTIFASCHISMUS

Nils Schubmacher
AUTONOMER
ANTIFASCHISMUS ALS
BEGRIFF UND PROGRAMM

Federico Finchelstein
POPULISMUS ALS
POSTFASCHISMUS

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

(Anti-)Faschismus

APuZ 42–43/2017

VOLKER WEIß

„NEUE RECHTE“ UND IDEOLOGISCHE TRADITIONEN

Gibt es eine Verbindung der heutigen „Neuen Rechten“ zum historischen Komplex „Faschismus“? Jenseits vorschneller Etikettierung gilt es, den weltanschaulichen Traditionshaushalt sowie die Netzwerke und Außendarstellung der verschiedenen Akteure differenziert zu betrachten.

Seite 04–09

SVEN REICHARDT

GLOBALGESCHICHTE DES FASCHISMUS

Die historische Faschismusforschung hat sich in den vergangenen Jahren für neue Ansätze geöffnet. Wichtig sind hier vor allem ein Verständnis des Faschismus als Prozess sowie globalgeschichtliche Perspektiven, die die wechselseitige Verflochtenheit der Faschismen untersuchen.

Seite 10–16

GRZEGORZ ROSSOLIŃSKI-LIEBE

STEPAN BANDERA, DER UKRAINISCHE NATIONALISMUS UND DER TRANSNATIONALE FASCHISMUS

Deutungen des Ukraine-Konflikts als Kampf um nationale Selbstbestimmung beziehungsweise Faschismus haben auch eine geschichtspolitische Dimension. Die Instrumentalisierung der dafür zentralen Figur Stepan Bandera verdeckt die komplexen Ergebnisse der historischen Forschung.

Seite 17–22

CORNELIA SIEBECK

KRITIK DER POSTNATIONALSOZIALISTISCHEN SELBSTVERGEWISSERUNG

Das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen ist in der Bundesrepublik Deutschland gesellschaftlich und staatlich fest verankert. Doch ist damit notwendig noch ein kritischer Blick auf die eigene Geschichte und Gegenwart verbunden?

Seite 23–28

NIGEL COPSEY

VON ROM NACH CHARLOTTESVILLE – EINE SEHR KURZE GESCHICHTE DES GLOBALEN ANTIFASCHISMUS

Antifaschismus ist nur in seiner Beziehung zum Faschismus zu verstehen. Er war von Beginn an transnational geprägt, und auch für heutige Aktivistinnen und Aktivisten spielen die globalen Traditionsbestände der historischen Bewegung eine wichtige Rolle.

Seite 29–34

NILS SCHUHMACHER

AUTONOMER ANTIFASCHISMUS ALS BEGRIFF UND PROGRAMM

In der öffentlichen Debatte taucht „die Antifa“ oft im Zusammenhang mit Gewalt auf. Der eindeutig besetzte Sammelbegriff verdeckt jedoch häufig sowohl die Heterogenität der Akteure als auch eine differenzierte Analyse von deren Inhalten, Praktiken und Strukturen.

Seite 35–41

FEDERICO FINCHELSTEIN

POPULISMUS ALS POSTFASCHISMUS

Populistische Bewegungen und Regierungen werden häufig als Faschismus bezeichnet oder damit verglichen. Die historischen Verbindungslinien zwischen beiden Phänomenen werden dagegen auch in theoretischen Darstellungen des Populismus kaum beachtet.

Seite 42–46

EDITORIAL

Unter dem Namen *Fasci italiani di combattimento* (Italienische Kampfbünde) trat ab 1919 eine Gruppe von zunächst nicht mehr als 900 Mitgliedern öffentlich auf. Sie ordneten sich einem Führer – dem *Duce* Benito Mussolini – unter, entstammten dem nationalistischen Lager und zeigten ihren Antimarxismus auch gewaltsam. Diese anfangs randständige Bewegung sollte zum Namensgeber für das globale Phänomen Faschismus werden, die skizzierten Charakteristika sind der kleinste gemeinsame Nenner faschistischer Bewegungen.

Doch die Definition des Faschismus ist umstritten. Häufig wird er auf die Zeit vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und auf wenige Nationen begrenzt. Für den Nationalsozialismus mit seinem eliminatorischen Antisemitismus wird die Beschreibung als faschistisch oftmals abgelehnt, weil sie die Gefahr berge, die NS-Verbrechen zu relativieren. Analog bestehe dieses Risiko in der Gegenwart: Ab wann ist es gerechtfertigt, rechtsgerichtete Bewegungen und Regierungen als faschistisch zu bezeichnen? Der Begriff Antifaschismus indessen gilt zwar vielen aufgrund seiner Instrumentalisierung in der DDR als delegitimiert, ist aber weniger kontrovers. Davon zeugt auch die deutlich geringere Zahl historischer Studien zum Antifaschismus.

Das weltweite Erstarken nationalistischer, autoritärer und gegen Minderheiten gerichteter Strömungen hat neues Interesse am (Anti-)Faschismus geweckt. Reaktionäre Bewegungen mit breiter Basis hatte es in vielen Ländern jahrzehntelang nicht gegeben; und etwa in den USA trat eine militante „Antifa“ erst mit der Präsidentschaft Donald Trumps ins Licht der Öffentlichkeit. Nachdem im August 2017 eine Frau beim Protest gegen den Aufmarsch extrem Rechter in Charlottesville getötet worden war, verurteilte Trump die Gewalt beider Seiten gleichermaßen. Die zumeist kritische Berichterstattung über diese Reaktion ging mit zwei Fragen einher: Wie real ist die Gefahr des Faschismus heute – und wer sind seine selbsterklärten Gegner?

Simon Lengemann

FASCHISTEN VON HEUTE?

„Neue Rechte“ und ideologische Traditionen

Volker Weiß

Gibt es eine weltanschauliche Verbindung der „Neuen Rechten“ zum historischen Komplex „Faschismus“? Angesichts eines jahrelang inflationären Gebrauchs letzterer Kategorie sollte diese Frage mit Bedacht beantwortet werden. Zudem galt Faschismus lange als ein Phänomen, das auf „seine Epoche“ (Ernst Nolte) der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie auf wenige Länder begrenzt war und schließlich mit dem Kalten Krieg verschwand.

Neuere Forschungen haben diese zeitliche Eingrenzung des Faschismus infrage gestellt. Laut dem Politikwissenschaftler Zeev Sternhell war der Faschismus ein „integrierender Bestandteil“ des 20. Jahrhunderts und nicht nur eine Eruption der Zwischenkriegszeit.⁰¹ Es ist daher zu befürchten, dass sich in ihm ein eigenständiges politisches Phänomen zeigte, das bis in die Gegenwart lebensfähig ist. Auch der Historiker Robert Paxton konstatiert ein mögliches Fortleben. Er definiert Faschismus als „eine Form des politischen Verhaltens“, das durch eine „obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit“ bestimmt sei. Dabei gebe eine „massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten in unbequemer aber effektiver Zusammenarbeit mit traditionellen Eliten demokratische Freiheiten auf“ und verfolge „mittels einer als erlösend verklärten Gewalt und ohne ethische oder gesetzliche Beschränkungen Ziele der inneren Säuberung und äußeren Expansion“.⁰² Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit diese Bestimmungen auf das heutige Phänomen der Neuen Rechten zutreffend sind.

NEUE RECHTE

Mitunter wird das Konzept „Neue Rechte“ undifferenziert auf alle Phänomene des rechten politischen Randes verwandt, die irgendwie „neu“ scheinen. Das Gefühl der Konfrontation mit etwas Neuem ist dabei meist dem Umstand geschuldet,

dass der Begriff „Rechts“ das Klischee vom dumpfen Neonazi aufruft, das mit den tatsächlichen Erscheinungsformen des rechten politischen Feldes wenig zu tun hat. Der Politologe Samuel Salzborn hat daher kritisiert, dass der Begriff „Neue Rechte“ „sehr unterschiedlich und nicht selten diffus“ Verwendung finde. Er bestimmt dagegen die Neue Rechte historisch als eine in den späten 1960er Jahren entstandene Strömung, die sich die „Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) kulturellen Hegemonie“ als strategische Ziele gab.⁰³ Damit unterschied sie sich deutlich von aktivistisch orientierten und biografisch noch durch den Nationalsozialismus geprägten extremen Rechten der Nachkriegszeit. Prägend waren zudem Einflüsse aus Frankreich, wo sich ebenfalls eine „Nouvelle Droite“ gegründet hatte, um altbekannte Pfade zu verlassen. Hinsichtlich der großen Linien orientierten sich ihre Protagonisten an Autoren der Zwischenkriegszeit, die unter dem Paradoxon einer „Konservativen Revolution“ versammelt werden.

Auf diese drei Säulen – Modernisierung, Internationalisierung und Bezugnahme auf die sogenannte Konservative Revolution – verweist auch die einschlägige Forschungsliteratur. Eine jüngste Zusammenfassung merkt jedoch an, es könne „über die Neue Rechte (...) im Grunde nur im Plural gesprochen werden“, um den vielfältigen Entwicklungen der vergangenen vier Jahrzehnte gerecht zu werden.⁰⁴

Seitens ihrer heutigen Akteure wird gegen diese Herleitungen wenig Einspruch erhoben. Eine Begriffsklärung des Instituts für Staatspolitik (IfS), das der Neuen Rechten seit der Jahrtausendwende als organisatorisches Zentrum dient, verweist ebenfalls auf die historischen Vorläufer der Zwischenkriegszeit. Beklagt wird dagegen die Delegitimierung der eigenen Position aufgrund einer „neu, das heißt ‚antifaschistisch‘ – definierten Mitte“. Die Selbstdarstellung als eine Strömung, die „deutlich von neonationalsozialistischen oder

völkischen einerseits, von deutschnational, traditionalistisch-konservativen Positionen andererseits zu unterscheiden“ sei und „sich auf die Schaffung alternativer Weltanschauungen“ konzentriere, muss allerdings hinterfragt werden.⁰⁵

Hinsichtlich der historischen Vorbilder ist diese Abgrenzung kaum aufrechtzuerhalten. Armin Mohler, Spiritus Rector der Neuen Rechten und Bibliograf jener Konservativen Revolution, räumte im Alter ein, dass die strikte Trennung der Konservativen Revolution vom Nationalsozialismus konstruiert gewesen war: „Es war schon sehr schwer zu unterscheiden; in der historischen Wirklichkeit überschneidet es sich schon sehr.“⁰⁶ Aus der Aufrechterhaltung dieser Trennung ziehen Neue Rechte jedoch ihr historisches Selbstverständnis.

KONSERVATIVE VORDENKER

In der Publizistik der Neuen Rechten nehmen die Klassiker der Konservativen Revolution der 1920er und 1930er Jahre einen ungebrochen hohen Stellenwert ein. Davon zeugt neben zahlreichen anderen Artikeln zu diesem Thema auch ihre Präsenz im „Staatspolitischen Handbuch“, das der heutige Leiter des IfS, Erik Lehnert, zusammen mit dem Publizisten Karlheinz Weißmann herausgegeben hat. Nach wie vor findet sich in aktuellen Standortbestimmungen neurechter Autoren die Formel des „konservativen Revolutionärs“ Edgar J. Jung zitiert, wonach die Demokratie die „Herrschaft der Minderwertigen“ sei.⁰⁷ Jungs Definition von „Minderwertigkeit“ umfasst soziale und ethnische Kategorien. Er war 1924 in einen Fememord verwickelt und wollte die Republik von einem autoritären Ständestaat abgelöst sehen.

01 Zeev Sternhell et al., *Die Entstehung der faschistischen Ideologie*, Hamburg 1999, S. 13.

02 Robert O. Paxton, *Anatomie des Faschismus*, München 2006, S. 319.

03 Samuel Salzborn, *Angriff der Antidemokraten*, Weinheim 2017, S. 34f.

04 Martin Langebach/Jan Raabe, *Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Fabian Virchow et al. (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden 2016, S. 561–592, hier S. 581.

05 Institut für Staatspolitik, *Die „Neue Rechte“. Sinn und Grenze eines Begriffs*, Albersroda 2008, S. 5f.

06 Armin Mohler, *Das Gespräch. Über Linke, Rechte und Langweiler*, Dresden 2001, S. 41.

07 Siehe u. a. Ellen Kositzka/Götz Kubitschek (Hrsg.), *Tristesse Droite*, Schnellroda 2015, S. 22.

Bleibt angesichts solcher Positionen die Grenze zum Faschismus diffus, ist der Abstand zum traditionellen Konservatismus deutlicher. Wie schon die Konservative Revolution ist auch die Neue Rechte ihrem Anspruch nach dynamisch und revolutionär. Mohler formulierte scharfe Angriffe gegen einen lediglich „gärtnerisch“ bewahrenden Konservatismus. Wie sein Lehrmeister Ernst Jünger, als dessen Sekretär Mohler in jungen Jahren gearbeitet hatte, setzte er auf die revolutionäre Überwindung des Bourgeois durch eine offensive Rechte. Jünger hatte bereits 1929 keinen Zweifel am radikalen Anspruch dieses neuen Nationalismus gelassen: „Wir überlassen die Ansicht, daß es eine Art Revolution gibt, die zugleich die Ordnung unterstützt, allen Biedermännern.“ Jünger verkündete weiter: „Wir werden nirgends stehen, wo nicht die Stichflamme uns Bahn geschlagen, wo nicht der Flammenwerfer die große Säuberung durch das Nichts vollzogen hat“, um schließlich in dem Satz zu münden, mit dem heute die Identitäre Bewegung um Anhänger wirbt: „Weil wir die echten, wahren und unerbittlichen Feinde des Bürgers sind, macht uns seine Verwesung Spaß.“⁰⁸ Für Jünger war die Zeit des klassischen Konservatismus abgelaufen. Seinen heutigen Verehrern imponiert die Kompromisslosigkeit, die sich gegen Liberale und Linke richtete.

Ein zentraler Denker dieses radikalen Schnitts ist Georges Sorel. Als Autor, der sich der verhassten Dekadenz des Bürgertums entgegenstellte und Gewalt als reinigendes Mittel predigte, hat er Eingang in den Kanon der Neuen Rechten gefunden. Sternhell weist auf seine große Bedeutung für die Genese der faschistischen Ideologie hin: „Bedeutete der Faschismus philosophisch gesehen eine Absage an die rationalistischen und individualistischen Inhalte, welche die Grundlagen des Marxismus wie Liberalismus bildeten, so stellte er auf ideologischer und politischer Ebene die Synthese eines organischen Nationalismus mit der Marxrevision Georges Sorels und seiner Anhänger in Frankreich und Italien zu Beginn des Jahrhunderts dar.“⁰⁹

Auch in der Theoriebildung der Neuen Rechten spielte Sorel eine zentrale Rolle. Karlheinz Weißmann beschrieb in der „Jungen Freiheit“ die Einflüsse Sorels auf Armin Mohler. Dieser habe „vor allem prinzipielle Gründe“ gehabt, „Sorel neu zu

08 Ernst Jünger, „Nationalismus“ und Nationalismus (1929), in: Sven Olaf Berggötz (Hrsg.), *Ernst Jünger. Politische Publizistik 1919 bis 1933*, Stuttgart 2001, S. 501–509, hier S. 507.

09 Sternhell et al. (Anm. 1), S. 23.

entdecken. Sorels Antiliberalismus und Dezisionismus hatten Mohler beeindruckt und vielleicht stärker noch die ‚Unklarheit‘ seines Denkens.“¹⁰ Mohler hatte sich bereits 1973 in der Zeitschrift „Criticón“ mit Sorel beschäftigt und 1975 in seiner Eigenschaft als Leiter der Siemens-Stiftung eine Publikation zu Sorel kommentiert. Im Jahr 2000 erschien im Verlag Antaios, der dem IfS nahesteht, das Bändchen „Georges Sorel. Erzvater der Konservativen Revolution“, versehen mit einem Nachwort Karlheinz Weißmanns.¹¹ Zum geistigen Erbe Sorels in der Neuen Rechten zählt vor allem der Hass auf die „Dekadenz“ des westlichen Liberalismus.

Mit diesem revolutionären Erbe steht die Neue Rechte in der Tradition jener rechten Kräfte, die sich gegen die Ordnung wandten, als diese nicht mehr ihren Vorstellungen entsprach. Sternhell kennzeichnete eine solche Haltung als „revolutionären Revisionismus“, der dynamische Elemente der Moderne aufnehmen konnte.¹² Aus ihm sei der Faschismus als totale Ablehnung der politischen Kultur und „Idealtypus einer Umbruchsideologie“ entsprungen.¹³ Diese Merkmale kennzeichneten bereits einen radikalisierten Konservatismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts, der sich zur „nationalen Opposition“ erklärte, als er die Republik nicht aufhalten konnte. Der frühe Ernst Nolte beschrieb am Beispiel Frankreich, wie in der Vorgeschichte des Faschismus zum Ende des 19. Jahrhunderts die Verteidiger einer verlorenen Ordnung den Konservatismus mit allen Konsequenzen radikalisierten.¹⁴ Die Folgen schlugen sich nicht nur inhaltlich nieder, sondern auch in der Modernisierung der Form. Auf die Distanz der eigenen Denkschule zum historischen Konservatismus weist auch Lehnert hin: Für ihn drückt das Phänomen „Neue Rechte“ aus, „daß wir wissen, daß Thron und Altar nicht mehr funktionieren“.¹⁵

LATENZ DER FASCHISTISCHEN FORM

Der unmittelbare Vergleich der Neuen Rechten mit der faschistischen Form von Politik trägt

10 Karlheinz Weißmann, Die Bedeutung George Sorels für das Denken Armin Mohlers, in: Junge Freiheit, 7.4.2000, S. 13.

11 Armin Mohler, Georges Sorel, Bad Vilbel 2000.

12 Sternhell et al. (Anm. 1), S. 14.

13 Ebd., S. 17.

14 Vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1984, S. 83 ff.

15 Kositzka/Kubitschek (Anm. 7), S. 113.

jedoch nur bedingt, da sich die gegenwärtigen Rahmenbedingungen von jenen der 1920er Jahre deutlich unterscheiden. Das betrifft vor allem die militärisch geprägten Organisationsformen der Zwischenkriegszeit, denn heute fehlt ein vergleichbarer Militarisierungsgrad der westlichen Gesellschaften. Doch der deutlich verrohte Stil in den Leserforen und sozialen Medien zeugte von einem immensen Aggressionspotenzial. Hier brachte eine zunächst spontane Protestbewegung eine Dynamik ins Spiel, die von der Neuen Rechten gezielt genutzt werden sollte.

Schon früh offenbarte sich in AfD und Pegida der „Nukleus einer Bürgerkriegspartei“, wie der Journalist Volker Zastrow urteilte: „Ihre Gier nach Gewalt ist mit Händen zu greifen, und sie wird nicht haltmachen, sich nicht begnügen.“¹⁶ Tatjana Festerling, Gründungsmitglied der Hamburger AfD und Pegida-Aktivistin, sprach auf einer Demonstration im Januar 2016 in Leipzig davon, die „Eliten mit Mistgabeln aus den Parlamenten, den Gerichten, den Kirchen und den Pressehäusern zu prügeln“.¹⁷ Das tatsächliche Umschlagen der latenten Gewaltsehnsucht in ihre manifeste Ausübung blieb in Deutschland inoffiziellen Akteuren überlassen. Es zeigte sich schließlich an körperlichen Angriffen auf Pressevertreter und vor allem der steigenden Zahl von Brandanschlägen auf Asylunterkünfte. Unter anderen Rahmenbedingungen fällt der Neuen Rechten die Annäherungen an klassisch-faschistische Formen wesentlich leichter. Pegida-Frontfrau Festerling ließ sich in Bulgarien dabei fotografieren, wie sie mit einer uniformierten „Bürgermiliz“ Jagd auf illegale Einwanderer machte.

Politische Verbindungen gibt es auch zur US-amerikanischen Alt-Right-Bewegung. Sie gilt als Pendant zur europäischen Neuen Rechten und hat im Zuge der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten an Bedeutung gewonnen. In ihren Reihen kann das faschistische Element aufgrund einer anderen Rechtslage ungeniert ausgelebt werden. Richard Spencer, einer der Köpfe dieser Strömung, begrüßte die Wahl Donald Trumps mit „Sieg-Heil“-Rufen und hielt eine Rede zu Verfall und Wiedergeburt der amerikanischen Nation. Die von der Alt-Right-Bewegung verfolgte „Idee ei-

16 Volker Zastrow, Die neue völkische Bewegung, 30.11.2015, www.faz.net/-13937439.html.

17 Zit. nach Stefan Locke/Justus Bender, Radikaler geht's nicht, 19.1.2016, www.faz.net/-14021313.html.

nes strikt isolationistischen ‚weißen Ethnostaats‘“ findet auch in neurechten Kreisen Anklang.¹⁸ Die Waffengesetze in den USA erlauben auch ein paramilitärisches Auftreten, wie es im August 2017 bei den Unruhen in Charlottesville zu beobachten war. Gepaart mit einer Rhetorik des ewigen Ausnahmezustands und der Erhebung von Gewalt zum Stilprinzip im Geiste eines soldatischen Heroismus bekommt man einen Eindruck davon, welche Kräfte in der hiesigen Neuen Rechten unter der Oberfläche gehalten werden.

Weitgehend ausgeprägt ist die faschistische Form bei den sogenannten Identitären. Sie wurden aus dem Umfeld der Zeitschrift „Sezession“ nach dem Vorbild des französischen Bloc identitaire aufgebaut und stehen inzwischen besonders unter dem Einfluss von österreichischen Kadern wie Martin Sellner. Dieser ist zugleich Autor der „Sezession“ und hat eine einschlägige Vergangenheit: Er sammelte seine ersten politischen Erfahrungen im Kreis um den österreichischen Neonazi Gottfried Küssel. Entgegen ihrer regionalistischen Fassade haben die Identitären im deutschsprachigen Raum einen „alldeutschen“ Zug. Sie sehen sich als „Bewegung“ und sind aktionistisch ausgerichtet. Das von ihnen verteilte Propagandamaterial ist voller historischer Anleihen und bedient eine heroisch-männliche Ästhetik.¹⁹ Beliebt ist vor allem die Bezugnahme auf die Comicverfilmung „300“, die vom Kampf der Spartaner gegen eine „Vielvölkerinvasion“ handelt. Neben einem verbindlichen Corporate Design, in dessen Zentrum der griechische Buchstabe Lambda steht, achten sie auf ein einheitliches Erscheinungsbild und verwenden bei ihren Aufmärschen Fahnen und Fackeln. Von allen Akteuren der Neuen Rechten bedienen sich die Identitären am deutlichsten einer faschistischen Ästhetik des Erhabenen.

In diesem Kontext sind auch neurechte Kontakte nach Italien zu sehen. Um das in Rom betriebene Zentrum CasaPound Italia entfaltete sich im Kreis der „Sezession“ ein regelrechter Fankult. Die italienischen Aktivisten zählen zu den Identitären und bezeichnen sich selbst als „Faschisten des 21. Jahrhunderts“. Sie spielen mit den For-

men des Mussolini-Regimes, pflegen einen martialischen Stil und beteiligen sich an gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Frühjahr 2015 sprach der Mitbegründer des IfS, Götz Kubitschek, auf einer Demonstration in Rom zu italienischen Neofaschisten. Kubitscheks Ehefrau Ellen Kositzka schwärmte von der spektakulären Inszenierung, deren Symbolik eindeutig war: „Pathetische Bombast-Musik, dann der wuchtige Einzug der Casa-Pound-Hundertschaften von der höhergelegenen Viale Gabriele d’Annunzio auf den bereits dicht gefüllten Platz. Tosender Beifall, undenkbar dies alles in Deutschland!“²⁰ Auf der Kundgebung befanden sich neben Vertretern der italienischen äußersten Rechten auch Gäste der neofaschistischen Goldenen Morgenröte aus Griechenland, im Publikum sah man Mussolini-Porträts und zum Faschistengruß gereckte Arme.

Bereits 2013 war Kubitschek mit dem italienischen Neofaschisten Gabriele Adinolfi aufgetreten, der als ein Stichwortgeber der CasaPound gilt. Philipp Stein, Kubitscheks Mitstreiter von der neurechten Fundraising-Initiative Ein Prozent, war dort im April 2017 Gast auf einer Konferenz des neofaschistischen Blocco studentesco. Stein gründete 2016 den Jungeuropa-Verlag, der sich vor allem dem Erbe des spanischen und französischen Faschismus widmet. Im Programm findet sich auch eine Schrift des ehemaligen französischen Rechtsterroristen Dominique Venner, der sich 2013 aus Protest gegen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Altar von Notre Dame erschoss. Auch er hatte Kontakte zu Kubitschek gepflegt. Das Interesse an den radikalen Traditionen und Gruppen aus Frankreich, Österreich, Italien und Spanien deutet auf ein deutliches Faible des „identitären“ Flügels der Neuen Rechten für den klassischen, katholisch geprägten Faschismus.

Die Verbindung zum stark romanisch-katholisch beeinflussten Faschismus ist bereits bei den historischen Vorbildern der Neuen Rechten auffällig. Der deutsche Populärphilosoph Oswald Spengler, der mit seinem Bestseller „Der Untergang des Abendlandes“ zu einem der zentralen Denker der Konservativen Revolution avancierte, war ein glühender Bewunderer Benito Mussolinis, der sich im Gegenzug für die Verbreitung Spenglers in Italien einsetzte.²¹ Anlässlich des 75.

18 Nils Wegner, Rechte Dissidenz in den USA, in: Sezession 69/2015, S. 42f., hier S. 43.

19 Vgl. Volker Weiß, Von der „Deutschen Auswanderung“ zum „großen Austausch“, oder „identitäre“ Propaganda und ihre völkischen Vorläufer, in: NS-Dokumentationszentrum München et al. (Hrsg.), Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute, Berlin 2017, S. 125–135.

20 Ellen Kositzka, Manifestazione in Rom, Pegida in Dresden, 3.3.2015, <https://sezession.de/48729>.

21 Vgl. Michael Thöndl, Oswald Spengler in Italien, Leipzig 2010.

Todestages Spenglers besuchte 2011 eine Delegation des IfS sein Grab in München. Carl Schmitt, der wohl wichtigste Stichwortgeber der Neuen Rechten, pflegte in den 1930er Jahren regen Austausch mit Juristen des faschistischen Italien. Ohnehin beobachtete die Weimarer Rechte die Vorgänge in Italien mitunter zwar ambivalent, aber doch sehr genau. Das Vorgehen der Faschisten wurde als Vorbild diskutiert, wie unter anderem eine Artikelserie der nationalistischen Zeitschrift „Arminius“ von 1927 zeigt, zu deren Herausgeberkreis auch Ernst Jünger zählte.²²

Zwischen 1931 und 1933 fungierte die „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ als Sammelbecken, in dem sich nationalkonservative und nationalsozialistische Kreise darüber austauschten, wie die Republik zu zerstören sei. Sie war gegründet worden, um eine Art „faschistische Internationale“ zu schaffen, und mündete schließlich in der Verbindung rechter Revolutionäre mit alten Eliten.²³ Die Vertreter der Konservativen Revolution, die in diese Debatten involviert waren, zeigten sich dabei weniger als Parteigänger Hitlers, sondern neigten eher zum italienischen Modell. Insgesamt waren auch sie strikt völkische und republikfeindliche Nationalisten. Samuel Salzborn beschreibt die politische Zielsetzung von Edgar J. Jung, dem Berater Franz von Papens, als „völkische Destruktion demokratischer Ordnung“.²⁴ Die in den frühen 1930er Jahren diskutierten Konzepte weisen der Neuen Rechten bis heute den Weg. Der Journalist Justus Bender resümierte daher: Schon der Blick auf die parlamentsunabhängige „Präsidentialrepublik“ nach den Vorstellungen von Carl Schmitt und Edgar J. Jung gebe einen „Vorgesmack auf das ‚andere Land‘, von dem Kubitschek spricht“.²⁵

Auch der parteiförmige Rechtspopulismus – in der Bundesrepublik konkret die AfD – weist Überschneidungen mit den historischen Vorbildern der Neuen Rechten auf. Er ist ebenso besessen vom Gedanken des Niedergangs der Nation, die er als eine Schicksals- und Opfergemeinschaft imaginiert, wovon bereits der Begriff „Schuld-kult“ zeugt. Das macht die AfD jedoch nicht zu einer faschistischen Partei.

22 Vgl. Mauricio Bach/Stefan Breuer, *Faschismus als Bewegung und Regime*, Wiesbaden 2010, S. 157 ff.

23 Vgl. Wolfgang Schieder, *Faschismus im politischen Transfer*, in: Sven Reichardt/Armin Nolzen (Hrsg.), *Faschismus in Italien und Deutschland*, Göttingen 2005, S. 28–58, hier S. 29.

24 Salzborn (Anm. 3), S. 26.

25 Justus Bender, *Was will die AfD?*, München 2017, S. 98.

AFD

Der AfD fehlen vor allem wesentliche faschistische Elemente wie die Ausrichtung auf einen Führer, die paramilitärischen Elemente und ein offener Kult der Gewalt. Besonders in der Zeit nach ihrer Gründung 2013 war die AfD auch keineswegs eindeutig der Neuen Rechten zuzurechnen. Als rechtspopulistische Sammlungsbewegung mehrerer Strömungen reichte das Spektrum ihrer Mitglieder von eurokritischen Ökonomen, Ordo- und Nationalliberalen über Nationalkonservative bis hin zu christlichen Fundamentalisten. Doch standen neurechte Akteure der jungen Partei von Anfang an mit Wohlwollen gegenüber und gewannen immer mehr Einfluss. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ begleitete den Gründungsprozess der Partei. Auch in der radikaler orientierten „Sezession“ wurde das Projekt begrüßt, wenn auch eine gewisse Skepsis vorherrschte. Als Partei stand die AfD im Verdacht, „systemstabilisierend“ zu sein und lediglich dazu zu dienen, „etwas Dampf vom Kessel zu lassen“.²⁶ Dennoch engagierten sich Personen aus dem Umfeld der „Sezession“ in der Partei, darunter mit Björn Höcke ein persönlicher Freund Kubitscheks.

Anfangs gab es in der Partei noch Widerstände gegen neurechte Einflussnahme. Eine Aufnahme Kubitscheks und seiner Ehefrau Kositzka in den Landesverband Sachsen-Anhalt wurde vom Bundesvorstand widerrufen. Doch solche Abwehrmechanismen versagten zunehmend. Im Rahmen der Fraktionsbildung innerhalb der AfD sammelte sich eine völkisch-national orientierte äußerste Rechte unter dem Namen „der Flügel“ um Björn Höcke und André Poggenburg. Schließlich, mit der Abwahl Bernd Luckes auf dem Essener Parteitag im Juli 2015, sollte sich die Partei der Neuen Rechten ganz öffnen. Dieser Wechsel wurde von neurechten Akteuren aktiv forciert.

Die Journalistin Melanie Amann beschreibt, wie Kubitschek im Hintergrund die „Erfurter Erklärung“ vorbereitete, die den Sturz Luckes einleiten sollte: „Kubitschek erklärt seinem Freund Höcke, dass sich die versprengten Rechten in der AfD jetzt sammeln müssten. Ein Manifest muss her, das jeder unterschreiben kann.“ Laut Amann schrieb der Verleger den ersten Entwurf selbst, trat aber nie als „Ideengeber“ in Erscheinung. An der endgültigen Profilierung der Partei nach rechtsaußen hatte er aber großes Interesse – nicht zuletzt aus

26 Kositzka/Kubitschek (Anm. 7), S. 15.

wirtschaftlichen Gründen. Eine AfD ohne Lucke versprach, die Resonanz des IfS, des Antaios Verlags und der „Sezession“ ungemein zu verstärken: „Wenn Höcke scheitert, dann ist auch Kubitschek wieder nur ein kleiner Verleger irgendwo in einem Funkloch in Sachsen-Anhalt.“²⁷ Nach der Veröffentlichung kommentierte er das Manifest mit gespielter Überraschung auf seinem Blog und begrüßte bald den gelungenen Sturz Luckes durch den völkisch-nationalen Parteiflügel.

Ob tatsächliche „Übernahme“ oder nicht – die Partei war in die unmittelbare Einflussosphäre des IfS gerückt. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch die weltanschauliche Verbindung der AfD zu den historischen Vorbildern der Neuen Rechten. Der Politikwissenschaftlerin Karin Priester zufolge kann der Rechtspopulismus als „eine neue, massenkompatible Form der Konservativen Revolution [gelten], die von Intellektuellen in die Hand von Anti-Intellektuellen übergegangen ist“.²⁸

ANTIRATIONALISMUS

Tatsächlich zielen Rechtspopulismus und Neue Rechte auf Affekte statt Reflexion. „Was zählt, ist die Emotion“ resümiert eine Auswertung der Social-Media-Präsenz der AfD.²⁹ Die Ausbeutung von „Wut“ folgt dabei dem durch den AfD-Strategen Marc Jongen ausgegebenen Ziel der Steigerung der „thymotischen Spannung“ in der Politik. Dieses Vorgehen gehört nicht nur zu den Wesensmerkmalen des Populismus generell, der sich mit seiner „charakteristischen intellektuellen- und Theoriefeindlichkeit“ dem „reflexiven Umgang mit der Moderne“ verweigert.³⁰ Es weist zudem auf den im Faschismus verbreiteten Glauben, „man müsse die Tiefen des Irrationalen und des Instinktes von der künstlichen Domäne der Vernunft scheiden“. Konkretes Ergebnis war der historische „Kult der irrationalen, mysteriösen Kräfte“, der sich über die Evokation von Wille und Vorsehung artikulierte, wie Sternhell aus-

führt: „Für die revolutionäre Rechte von 1890 wie von 1930 beruhte der einzigartige Vorteil der Volksmeinung auf ihrer unbesonnenen, im Irrationalen wurzelnden Spontanität: dies waren, sowohl zu Beginn des Jahrhunderts als auch am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, die neuen Kriterien für politisches Verhalten.“³¹ Im Gegensatz zur Rationalität gelten Spontanität und Instinkt als naturhaftes Verhalten. In einer Vorstellungswelt, die auf die letztentscheidende Kraft des Ausnahmezustands gefluchtet ist, werden sie als Lebensversicherung gesehen.

Ein solcher Antirationalismus mündet zwangsläufig in der Glorifizierung von Gewalt. In der Geschichtsauffassung der Neuen Rechten regrediert die Gesellschaft zum permanenten Kampf stammesartiger Gruppen miteinander. Davon zeugt die Publikation des Buchs „Der Weg der Männer“ des US-amerikanischen Alt-Right-Autors Jack Donovan bei Antaios. Der ewige Kriegszustand wird dabei als die Daseinsform gelobt, die dem Wesen des Mannes am meisten entspreche. Gewalt gilt als der unmittelbarste Weg zum Ziel, ihre Zügelung nur als hinderlich: „Der Weg der Männer, das Ethos der Gruppe, die amoralischen kämpferischen Tugenden: Sie drehen sich letztlich allesamt um das Gewinnen.“³² Im Kult des Verlags Antaios und der Identitären um das Buch Donovans zeigt sich einmal mehr die latente Gewaltform der Neuen Rechten.

SCHLUSS

Vor dem Hintergrund der weltanschaulichen Disposition der Neuen Rechten, ihren Kontakten und historischen Vorbildern ist festzustellen, dass sie das Erbe des Faschismus zumindest in großen Teilen angetreten hat. Das faschistische Element kommt dabei meist habituell und ästhetisch zum Vorschein, manifestiert sich aber, sobald der eingehende gesetzliche Rahmen wegfällt. Eine wichtige Quelle sind die vielfältigen historischen Bezüge auf die Konservative Revolution, die sich für die italienische Variante des Faschismus begeisterte. In diesem Sinne kann vor allem der harte Kern um das IfS durchaus in der Tradition des Faschismus gesehen werden.

VOLKER WEISS

ist Historiker und Publizist. 2017 erschien von ihm „Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“.

27 Melanie Amann, *Die Wahrheit über die AfD*, München 2017, S. 148, S. 149.

28 Karin Priester, *Rechter und linker Populismus*, Frankfurt/M. 2012, S. 186.

29 Frida Westrick, *Ein Monat mit der AfD*, in: *Der Rechte Rand* 167/2017, S. 6.

30 Priester (Anm. 28), S. 11.

31 Sternhell et al. (Anm. 1), S. 25.

32 Jack Donovan, *Der Weg der Männer*, Schnellroda 2016, S. 65.

GLOBALGESCHICHTE DES FASCHISMUS

Neue Forschungen und Perspektiven

Sven Reichardt

Auf dem Höhepunkt seiner Macht Ende 1941 herrschte der Nationalsozialismus über ein Gebiet, das vom Nordkap bis Nordafrika und von der Atlantikküste Frankreichs bis nahe Moskau reichte – an Ausdehnung und Bevölkerungszahl also die USA übertraf und wirtschaftlich produktiver war als jede andere Landmasse. Der US-amerikanische Historiker Mark Mazower hat aus dieser Tatsache die Notwendigkeit abgeleitet, die spezifisch imperialen Herrschafts- und Kollaborationsstrategien des NS-Regimes zu untersuchen.⁰¹ Seit einigen Jahren gibt es eine Richtung in der Faschismusforschung, die diesen Befund aufgreift und die imperiale Gestalt der Faschismen in Deutschland, Italien und Japan erforscht.⁰² Diese forderten als *latecomer* auf der politischen Bühne – im Vergleich etwa zu Großbritannien und Frankreich – nicht nur die liberale Weltordnung und den kommunistischen Internationalismus geopolitisch heraus, sondern radikalisierten auch die Logik des Imperialismus und Formen kolonialer Kriegsführung. Durch diese langfristige Perspektive auf den Imperialismus tritt der prozessuale Charakter des Faschismus deutlicher hervor.⁰³ Der erste Teil dieser Darstellung zu Trends der Faschismusforschung wird daher die Entwicklungsschritte des Faschismus verdeutlichen.

Ein zweites Merkmal der jüngeren Forschung ist, dass sie über vergleichende Perspektiven hinausgeht. Mit dem Aufstieg der Globalgeschichte stehen vermehrt die Verschränkungen zwischen den Faschismen im Fokus: Kooperation und Konkurrenzverhältnisse, ihre oft prekäre Vermittlung und Abstimmung über unterschiedlichste, oft informelle und außerdipломatische Formen werden nun untersucht. Diese Aspekte skizziert der zweite Teil dieses Aufsatzes.

Damit leistet die neue Faschismusforschung zum einen mehr als die kulturwissenschaftliche Untersuchung von Selbstbildern, symbolischen Repräsentationen und Ästhetiken, die in den 1990er Jahren in der vergleichenden Erforschung

faschistischer Kultur vorherrschte. Sie wendet sich nunmehr der politischen Praxis in ihrer ganzen Breite zu und geht damit zum anderen über Ansätze hinaus, die den Faschismus als Ideologie in den Blick nehmen.

PROZESSUALISIERUNG DES FASCHISMUS

Bekanntlich hat der Faschismus kaum originäre Ideen in die Welt gesetzt. Aber er hat das Konglomerat seiner nationalistischen, rassistischen, antisozialistischen, rechtsautoritären, antifeministisch-chauvinistischen und imperialistischen Vorstellungen mit einer radikalen Unbedingtheit, entschlossenen Gewaltamkeit und einem dynamisch-revolutionären Bewegungskarakter vertreten, die man sonst nur aus dem Kommunismus kennt. Dabei ist dieses radikale Potenzial des Faschismus weder ohne den Ersten Weltkrieg – der die Welt nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich, sozial und kulturell tief erschütterte – noch ohne den weltweiten Aufstieg seines großen Gegenspielers, des Kommunismus, zu denken. Beides beförderte den Aufstieg und die gesellschaftliche Akzeptanz der gewaltsamen faschistischen Tatgemeinschaften.

Der Faschismus radikalisierte dabei vor allem die folgenden vier gesellschaftlichen Konstellationen der 1920er und 1930er Jahre: *Erstens* die weit verbreiteten, eugenisch geprägten Schemata sozialer Wohlfahrt; *zweitens* die im Ersten Weltkrieg entstandenen Phantasien einer totalen und staatlich angeleiteten Gesellschaftsgestaltung; *drittens* den auf Gemeinschaft und Kameraderie ausgelegten Radikalnationalismus sowie *viertens* eine breite Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Innen- wie auch der expansionistischen Außenpolitik. All diese Einstellungen und Ansätze waren in den verschiedenen politischen Lagern weit verbreitet und spielten dem Faschismus in die Hände: Er erfand diese Tendenzen keineswegs,

verstand aber, sie zu radikalieren und für sich zu nutzen.⁰⁴

Der faschistische Kult der Beschleunigung, Ästhetisierung und Brutalisierung des Politischen verband populistischen Massenenthusiasmus mit repressiver Unterordnung, konservative Beherrschung mit dynamisch-jugendlicher Mobilität und ideologischen Fanatismus mit taktischem Opportunismus. Die Ablehnung der liberalen Gesellschaft wie auch der sozialistischen Bewegungen äußerte sich in der radikalen Gewaltausübung eines autoritär strukturierten Staates, der auf die rassistische „Reinigung“ und mithin auf die angebliche Existenzsicherung des „Volkskörpers“ durch außenpolitische Expansion ausgerichtet war. Die Faschisten präsentierten sich als Verwalter des Lebens und Überlebens des eigenen Volkes und beschworen die Ideen von nationaler Reinheit und Volksgemeinschaft, welche für sie ohne rassistischen Ausschluss und Vernichtung nicht zu denken waren. Das Fehlen von geregelten Konfliktaustragungsmechanismen führte zu einer Radikalisierungstendenz der Faschisten – auf nationaler wie internationaler Bühne versuchten sie, sich in ihrer radikalen Unbedingtheit gegenseitig zu übertrumpfen.⁰⁵

Entwicklungsstadien des Faschismus

Insgesamt lassen sich sieben Kippunkte in der Geschichte des Faschismus identifizieren. Im *ersten* Stadium finden sich zunächst kleinere intellektuelle Zirkel, die nahezu überall auf der Welt entstanden und sich meist am italienischen Fa-

schismus orientierten. Die im Selbstverständnis idealistisch und revolutionär ausgerichteten Anhänger waren oft in fluide und instabile Organisationsstrukturen eingebettet sowie in untereinander zerstrittenen Netzwerken lose miteinander verbunden. Sie waren uneins über Varianten von radikalnationalistischen, völkischen und rassistischen Konzepten für eine hierarchische Regierungsform, die vage mit syndikalistischen oder korporatistischen Einschlägen versehen wurde.

Oft lösten sich diese prekären politischen Gruppen und Grüppchen schnell wieder auf und schafften es nicht, sich in das *zweite* Stadium einer Gewaltbewegung zu transformieren. Auch in diesem auf Attentate und militante Aktionen gegen die jeweiligen Regierungen ausgelegten Stadium entwickelte sich keine klare Programmatik. Weniger die ideologische Kombination aus Rassismus, Nationalismus und Antikommunismus denn die Strategie der Gewalt als Kampf- und Vergemeinschaftungsmodus bestimmte diese Gruppen, die in unbürokratischen Organisations- oder Parteistrukturen sowie mit der Verherrlichung draufgängerisch-jugendlicher Männlichkeit auftraten.

Im *dritten* Stadium entwickelten sich – und hier waren die Vorgänge in Italien und Deutschland global tonangebend – Massenbewegungen, die Gewalt und Wahlen in einer Doppelstrategie verfochten, ohne beide Elemente in ein ausgewogenes und stabiles Verhältnis zueinander zu bringen. Konfliktbeladen zwischen Bewegung und Partei changierend, durch charismatische Politikführung stabilisiert, dem Kult des Willens, nationaler Reinheit und der Gewaltgemeinschaft fröndend, hatten nationalistische Paramilitärs Massenverbände aufgebaut und die Parteien mit Teilen der traditionellen Eliten verbunden, die sie zugleich durch ihre kulturrevolutionären Vorstellungen herausforderten.

Als Regime kennzeichnete den Faschismus zunächst eine tendenziell kurze Phase der Machteroberung mit einer brutalen Ausschaltung der politischen Gegner und einer diktatorischen Gleichschaltung der gesellschaftlichen Institutionen. Der Faschismus im Regimebeginn, so das *vierte* Stadium, war vor allem ein Polizeistaat, gepaart mit unregelmäßiger Repression und Terror.

Im *fünften* Stadium entwickelten sich faschistische „Vermittlungsdiktaturen“ (Wolfgang Schieder). Sie suchten einen Ausgleich mit den konservativen Eliten wie Militär, Kirche, Industrie sowie – wo noch vorhanden – der Krone und dämmten zugleich die radikalfaschistischen Gewaltfrakti-

01 Vgl. Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009, S. 16.

02 Siehe dazu *Journal of Global History* 2/2017 (*Axis Empires: Towards a Global History of Fascist Imperialism*) sowie die neben Mazower (Anm. 1) wegweisenden Studien: Louise Young, *Japan's Total Empire. Manchuria and the Culture of Wartime Imperialism*, Berkeley–Los Angeles–London 1998; Davide Rodogno, *Il nuovo ordine mediterraneo. Le politiche di occupazione dell'Italia fascista in Europa (1940–1943)*, Turin 2003.

03 Siehe zum Faschismus als Prozess vor allem Robert O. Paxton, *The Anatomy of Fascism*, New York 2004; Wolfgang Schieder, *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland*, Göttingen 2008, insb. S. 7–28.

04 Vgl. Sven Reichardt, *Faschistische Tatgemeinschaften. Anmerkungen zu einer praxeologischen Analyse*, in: Hans Woller/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, München 2014, S. 73–88, hier insb. S. 80.

05 Vgl. ders., *Radikalisierung. Zeithistorische Anmerkungen zu einem aktuellen Begriff*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1/2017, S. 68–91.

onen des zweiten und dritten Stadiums ein. Erst jetzt wurde der Kult um den charismatischen Führer medial vollends aufgebaut. In politikkultureller Hinsicht ästhetisierten die faschistischen Regime neben der sakralisierten Erhabenheit ihrer Führer die furchteinflößende Unheimlichkeit ihrer Repressionsapparate und das populär-karnevalische Spektakel ihrer volksnahen Massenorganisationen. Hinzu kamen rassistisch gebundene soziale Wohlfahrtsversprechen und die zügige Entwicklung einer imperialistischen Expansionspolitik. Im Inneren wurde das Repressionssystem auf neue Gruppierungen übertragen und rassistisch ausgerichtet, der Staatsaufbau partiell verparteilicht, und der Erfassungsgrad der Massenorganisationen auf viele Bevölkerungsgruppen erweitert. Vor allem im Umgang mit der (männlichen) Jugend und in der Inszenierung von Jugendllichkeit verdichtete sich eine Erziehungsdiktatur, die Vitalität mit nationaler Opferbereitschaft und revolutionären Geist mit der Beschwörung von Athletik, Disziplin und Tapferkeit verband.

Mit ihren ersten Kriegen in den frühen 1930er Jahren radikalisierten sich die faschistischen Regime nach innen und außen. Es kam im Zuge dieses *sechsten* Stadiums nicht nur zu einer tendenziellen Entmachtung konservativer Bündnispartner und einer entsprechenden Verselbstständigung faschistischer Apparate im Inneren, sondern auch zu radikalkolonialen Vernichtungskriegen nach außen. Umfassende gesellschaftliche Mobilisierung, der Ausbau und die Radikalisierung der engen Verbindung von völkischer Wohlfahrt mit Repression und rassistischer „Ausmerze“ sowie die Verknüpfung von Gewaltpolitik und Subjektformierung wurden verstärkt: Populismus und Gewalt waren zwei Seiten derselben Medaille.

Vom japanischen Faschismus kann man im Grunde erst seit den kriegerischen Interventionen in der Mandschurei und in China 1931/32 beziehungsweise 1937 sprechen. Durch das Zusammenspiel von Vernichtungskrieg, moderner Raumplanung, technokratischen Industrialisierungsprogrammen und völkisch homogenisierender Siedlungspolitik entwickelte sich dort ein radikalierter Imperialismus.⁰⁶

06 Vgl. Harry Harootunian, *Overcome by Modernity: History, Culture, and Community in Interwar Japan*, Princeton 2000; Alan Tansman, *The Aesthetics of Japanese Fascism*, Berkeley 2009; Aaron Stephen Moore, *Constructing East Asia: Technology, Ideology, and Empire in Japan's Wartime Era, 1931–1945*, Stanford 2013.

Im *siebten* Stadium lässt sich schließlich eine totale Entgrenzung genozidaler Politik beobachten, die im Grunde nur den nationalsozialistischen Radikalfaschismus kennzeichnete. Die *Repubblica Sociale Italiana*, die im September 1943 von Radikalfaschisten ausgerufen worden war und de facto von Hitlers Gnaden bestand, arbeitete zwar eng mit dem entfesselten NS-Regime zusammen, es kam jedoch nicht zum systematischen Ausbau eines eigenen Vernichtungssystems. Der kroatische Ustaša-Staat war ebenfalls mit dem nationalsozialistischen Konzentrationslagersystem und der SS verbunden. Vjekoslav Luburić, der Leiter des KZ-Systems der Ustaša, war nach dem Besuch von Sachsenhausen-Oranienburg im September 1941 derart beeindruckt, dass er das neue KZ Jasenovac geradezu wie eine Kopie aufbaute; insgesamt starben hier 83 000 Menschen, davon 13 000 Juden. Dennoch entwickelte die antisemitische Politik des unabhängigen Staates Kroatien mit seinen rund 40 Konzentrationslagern nicht die eliminatorische Konsequenz des Nationalsozialismus. Dessen Vernichtungssystematik entfaltete sich im Grunde nur in den von den Deutschen besetzten Gebieten, wie etwa im März 1944 in Ungarn, als von dort schlagartig 437 000 ungarische Juden deportiert wurden.⁰⁷

Globale Momente des Faschismus

Entwicklungsphasen der untereinander verflochtenen Faschismen lassen sich auch auf globaler Ebene identifizieren. Für diese Prozesse der Radikalisierung und deren jeweilige kritische Wegabelungen hat sich der Ausdruck *global moment* etabliert.⁰⁸ So hat der Schweizer Historiker Daniel Hedinger die Eroberung der in China gelegenen Mandschurei durch die Japaner 1931/32 mitsamt ihren Auswirkungen als einen *ersten* globalen Moment des Faschismus untersucht.⁰⁹

07 Vgl. Ivo Goldstein/Slavko Goldstein, *The Holocaust in Croatia*, Pittsburgh 2016, hier S. 106 f.; Götz Aly/Christian Gerlach, *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/45*, Stuttgart 2002.

08 Vgl. Sebastian Conrad/Dominic Sachsenmeier (Hrsg.), *Competing Visions of World Order: Global Moments and Movements, 1880s–1930s*, New York 2007, insb. S. 12–16.

09 Vgl. hierzu und zum Folgenden Daniel Hedinger, *Universal Fascism and Its Global Legacy: Italy's and Japan's Entangled History in the Early 1930s*, in: *Fascism* 2/2013, S. 141–160; ders., *The Imperial Nexus: The Second World War and the Axis in Global Perspective*, in: *Journal of Global History* 2/2017, S. 184–205.

Mussolini sah den italienischen Faschismus in der Zeit von 1929 bis 1935/36 als Exportprodukt. Dies schlug sich unter anderem 1933 in den vom faschistischen Italien gegründeten *Comitati d'Azione per l'Universalità di Roma* (CAUR) nieder, dem kurzlebigen Versuch einer internationalen Vereinigung der faschistischen Parteien.

Italien war von Japans mutiger Aggression und seinem Austritt aus dem Völkerbund 1933 stark beeindruckt. Umgekehrt entstand in Japan um 1932 ein regelrechter Mussolini- und Faschismusboom. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 war man in Japan begeistert vom faschistischen Korporatismus, der die Konflikte zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessengruppen unter Zwang einhegte. In Mandschukuo versuchten die Japaner, dieses Modell mit umfassenden technologischen Planungen und einem Industrialisierungsprogramm durch den sogenannten *zaibatsu* umzusetzen, ein von der Regierung organisiertes Industrie- und Bankenkonglomerat.¹⁰

Wechselseitige Studienreisen der faschistischen Jugendorganisationen und Parteigliederungen prägten zwischen 1935 und 1939 einen *zweiten* globalen Moment des Faschismus. Sowohl Polizei und Justiz als auch Siedlungsexperten und Militärbeobachter tauschten sich in dieser Zeit aus. Tagungen, Kongresse und Arbeitstreffen waren dabei ebenso bedeutend wie formlose politische Treffen. Neben dem zwischen Deutschland und Japan – bald darauf auch Italien – geschlossenen Antikominternpakt von 1936/37 entstand ein informelles Netzwerk von noch genauer zu untersuchenden Austauschbeziehungen.¹¹

Entscheidend in dieser Phase war jedoch die Entwicklung eines neuen Typus völkischer Vernichtungskriege, die sich, so der spanische Historiker Javier Rodrigo, als *fascist warfare*

zusammenfassen lassen.¹² Gemeint sind ultranationalistische Kriege mit eliminatorischer und genozidaler Tendenz, die sich durch eine schnelle und besonders brutale Form der Kriegsführung auszeichnen. Sie richten sich umfassend auch gegen die Zivilbevölkerung und stilisieren den Luftkrieg zu einer notwendigen und sauberen militärischen Taktik.

Den Beginn und Durchbruch dieses Typus markiert der Abessinienfeldzug von 1935/36, bei dem die italienische Armee im heutigen Äthiopien ganze Dörfer und Städte niederbrannte und mit dem umfassenden Einsatz von verbotenen Giftgasen massenhaft Zivilisten und Vieh tötete. Mussolini hatte zu dieser „Ausrottung“ ausdrücklich aufgerufen. Am Ende kam ein Achtel der Bevölkerung Abessiniens ums Leben.¹³ Daran anschließend kennzeichneten radikalkoloniale Plünderungen der landwirtschaftlichen Produkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte, „Säuberungen“ und Massentötungen sowie Zwangsdeportationen und Konzentrationslagersysteme den Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, den japanischen Krieg gegen China seit 1937 und den Ostfeldzug des NS-Regimes seit 1939 beziehungsweise Juni 1941. Letzterer, so der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, zielte „auf die Errichtung einer deutschen Kolonialherrschaft in Osteuropa“.¹⁴

10 Vgl. Marco Cuzzi, *L'internazionale delle camicie nere. I CAUR 1933–1939*, Mailand 2005; Reto Hofmann, *The Fascist Effect: Japan and Italy, 1915–1952*, Ithaca–London 2015, S. 38–62; Janis Mimura, *Planning for Empire: Reform Bureaucrats and the Japanese Wartime State*, Ithaca 2011.

11 Vgl. Niels Fehlhaber, „Der Achse entgegenarbeiten“. Besuchs- und Austausch zwischen Nationalsozialismus und Faschismus 1933–1943, Dissertation, Universität Hannover 2016; Patrick Bernhard, *Konzerterte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis. Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943*, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 2/2011, S. 229–262; Daniela Liebscher, *Freude und Arbeit. Zur internationalen Freizeit- und Sozialpolitik des faschistischen Italien und des NS-Regimes*, Köln 2009.

12 Javier Rodrigo hat diesen Begriff mit Bezug auf den Spanischen Bürgerkrieg in die Debatte eingeführt. Vgl. ders., *A Fascist Warfare? Italian Fascism and War Experience in the Spanish Civil War (1936–39)*, in: *War in History* 2017, S. 1–17, hier S. 3, 12.9.2017 (nur online). Er verweist für die Definition auf das wichtige Buch von Alan Kramer. Vgl. ders., *Dynamic of Destruction: Culture and Mass Killing in the First World War*, Oxford 2007, hier insb. S. 329.

13 Vgl. Aram Mattioli, *Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935–1941*, Zürich 2005; Giorgio Rochat, *Le guerre italiane, 1935–1943. Dall'impero d'Ethiopia alla disfatta*, Turin 2005.

14 Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 429. Siehe außerdem ebd., S. 420–453; Javier Rodrigo, *La guerra fascista. Italia en la Guerra Civil Española, 1936–1939*, Madrid 2016; John W. Dower, *War Without Mercy: Race and Power in the Pacific War*, New York 1986; Sheldon H. Harris, *Factories of Death: Japanese Biological Warfare, 1932–1945, and the American Cover-Up*, London 1994; Paul Kratochka, *Asian Labor in the Wartime Japanese Empire: Unknown Histories*, Singapore 2005; Christian Gerlach, *Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, München 2017, insb. S. 75–124; Christian Hartmann, *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, München 2010.

Der Antikommunismus trug in all diesen Kriegen nahezu rassistische Züge. So wurden im Ostfeldzug Bolschewismus und Judentum beinahe gleichgesetzt. Auch im Spanischen Bürgerkrieg befanden die Faschisten, die Nation müsse vom Kommunismus durch „Vernichtung“ umfassend „gesäubert“ werden. Francos Presseattaché Graf von Alba y Yeltes etwa gab zu Protokoll, für das Ziel, das „Krebsgeschwür“ des Marxismus aus dem „Volkskörper“ zu entfernen, dürfe ein Drittel der männlichen Bevölkerung Spaniens eliminiert werden.¹⁵

Vernichtung menschlichen Lebens korrespondierte im *fascist warfare* mit Neuordnungsprogrammen und Umsiedlungsplänen. Schnelle Überraschungsangriffe mit großen Geländegewinnen und Kesselschlachten, systematische und umfassende Hungerpolitik, wirtschaftliche Ausplünderung und rassistischer Vernichtungsfeldzug waren die wichtigsten Merkmale dieser Kriege.

Ein dritter globaler Moment des Faschismus begann 1940/41 und endete mit der deutschen Niederlage in der Schlacht von Stalingrad Anfang 1943: Die Realisierung der angestrebten faschistischen Weltordnung erreichte spätestens mit dieser Zäsur ihren Höhepunkt. Deutschland, Italien und Japan vertieften durch den faschistischen Dreimächtepakt vom September 1940 ihre Zusammenarbeit, organisierten sich in riesigen, räumlich zusammenhängenden Kontinentalimperien und erkannten sich wechselseitig in ihren siedlungsorientierten Großraumansprüchen an. Dieser Imperialismus wurde von faschistischen Geopolitikern mit einer bevölkerungspolitisch-biologistischen Legitimationsbasis versehen und zugleich vom „plutokratischen“ britischen Handelsimperialismus abgegrenzt.¹⁶

VERWOBENE POLITIKEN DES FASCHISMUS

Die Faschisten veränderten die geopolitischen Konstellationen – mithin die gesamte Weltordnung – in den 1930er und 1940er Jahren sowohl durch Ideentransfers zwischen faschistischen Sozialexperten als auch mit ihrer untereinander ver-

wobenen politischen Praxis. Dieser Austausch fand durch vielfache Verschränkung der rassistischen Raum-, Infrastruktur- und Bevölkerungspolitik statt. Zu diesen transnationalen Verflechtungen technologischen Expertenwissens liegen bislang noch zu wenige Studien vor.¹⁷

Anstatt nur auf propagandistische Diskursströme zu schauen, rückt mit diesem Ansatz die politische Praxis in den Fokus. Dabei ist zu bedenken, dass wir es bei der Kooperation zwischen faschistischen Politikern oft mit asymmetrischen Beziehungen und vermachteten Verhandlungen zu tun haben, in denen die jeweils schwächeren Verhandlungspartner nach Gelegenheitsfenstern suchen mussten, da sie angesichts von Befehlsverhältnissen und Repressionsdrohungen nur über sehr begrenzte Handlungsspielräume verfügten. Das galt insbesondere für faschistische Kräfte, die in den vom NS-Staat besetzten Ländern lebten.

So wurden beispielsweise mit Stepan Bandera und Horia Sima die faschistischen Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der rumänischen Eisernen Garde als Ehrenhäftlinge im KZ Sachsenhausen gehalten, bevor die Nationalsozialisten sie in politische Positionen ihrer Heimatländer zurückführten, als es ihnen günstig erschien.¹⁸ Hitler behandelte viele der kleineren Faschisten weniger mit planender politischer Sorgfalt als mit opportunistischer und brutaler Machtpolitik. Der Umgang mit ihnen fand im Modus von Befehlen, Anordnungen und Zwangsmaßnahmen statt, wobei Hitler – wie etwa in Rumänien und Ungarn – lange Zeit rechtsautoritäre Politiker wie General Ion Antonescu oder den ungarischen Reichsverweser Miklós Horthy gegenüber den faschistischen Kräften bevorzugte.¹⁹

¹⁷ Vgl. dazu weiterführend die Schwerpunktausgabe *Journal of Contemporary History* 1/2016 (The Dark Side of Transnationalism – Social Engineering and Nazism, 1930s–40s).

¹⁸ Vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, *Inter-Fascist Conflicts in East Central Europe: The Nazis, the „Austrofascists“, the Iron Guard, and the Organization of Ukrainian Nationalists*, in: Arnd Bauerkämper/Grzegorz Rossoliński-Liebe (Hrsg.), *Fascism without Borders. Transnational Connections and Cooperation between Movements and Regimes in Europe from 1918 to 1945*, Oxford 2017, S. 168–189, hier S. 183f. Siehe dazu auch den Beitrag von Grzegorz Rossoliński-Liebe in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

¹⁹ Vgl. Thomas Sakmyster, *Miklós Horthy. Ungarn 1918–1944*, Wien 2006; Armin Heinen/Oliver Jens Schmitt (Hrsg.), *Inszenierte Gegenmacht von rechts. Die „Legion Erzengel Michael“ in Rumänien 1918–1938*, München 2013.

¹⁵ Antony Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939*, München 2006, S. 505.

¹⁶ Siehe ausführlich dazu Sven Reichardt, *Faschistische Geopolitik und Weltordnungspläne*, unveröffentlichtes Manuskript 2017.

Die Handlungsspielräume waren für Kooperationspartner außerhalb der faschistischen Besatzungsgebiete nicht notwendigerweise größer. Dennoch gab es gerade dort auch Kräfte, die die faschistischen Großmächte für ihre eigene Agenda zu nutzen verstanden. Der irakische Faschist Raschid Ali al-Gailani etwa, der durch einen Staatsstreich im April 1941 Premierminister seines Landes wurde, bat die italienischen Faschisten und die Nationalsozialisten erfolgreich um militärische Unterstützung und bestärkte letztlich auch die antisemitischen Pogrome in Bagdad.²⁰ Doch selbst ein Faschist wie al-Gailani verstand die italienischen und deutschen Faschisten vor allem als Verbündete gegen den britischen Imperialismus beziehungsweise als Unterstützung für den eigenen nationalen Befreiungsversuch. Ähnlich verhielt es sich mit Amin al-Husseini, dem propagandistisch eifrigen und extrem antisemitischen Großmufti von Jerusalem.

Viele dieser Kooperationen im Nahen und Mittleren Osten entstanden vor und während des Zweiten Weltkriegs weniger aus ideologischer Überzeugung denn aus pragmatischen Gründen. Neben „freiwilligen“ Kooperationen standen Zwangsrekrutierungen und Formen des Mitmachens, die das eigene Überleben sichern sollten. Das NS-Regime umwarb vor allem 1941 und 1942 mithilfe von Propagandisten wie al-Husseini aus strategischen und machtpolitischen Gründen die Muslime, denn von ihnen lebten 150 Millionen unter französischer und britischer Herrschaft, dazu kamen noch einmal 20 Millionen in der Sowjetunion. Militärische Erfolge der Deutschen brachten Muslime auf deren Gebiet und in den Fokus von Mobilisierungsversuchen. Mit antibolschewistischer, antijüdischer und vor allem gegen die Briten gerichteter antiimperialistischer Propaganda versuchten die Nationalsozialisten, diese Muslime zu agitieren und für die Waffen-SS zu gewinnen – auch wenn man diese als „rassisch minderwertig“ betrachtete.

Diese pragmatische Politik war insgesamt wenig erfolgreich. Dies lag vor allem daran, dass die Nationalsozialisten den Islam als homogene Einheit ansahen, obwohl die Muslime entlang tribaler, nationaler, familiärer oder ethnischer Grenzen

vielfach gespalten waren.²¹ Grundsätzlich blieben Resonanz und Sympathie für die rassistische Politik der Nationalsozialisten und der italienischen Faschisten sehr begrenzt, antifaschistische Einstellungen waren in Ägypten, Syrien, Libanon, Iran, Irak und Marokko deutlich stärker ausgeprägt als die Unterstützung oder die Kooperation mit den Faschisten.²²

Verwobene faschistische Politiken anderer Art lassen sich exemplarisch anhand der transnational vernetzten Siedlungspolitik des Faschismus nachweisen, die der Historiker Patrick Bernhard für Italien und Deutschland untersucht hat.²³ Für die Nationalsozialisten eröffnete sich im Kriegsverlauf mit der Eroberung des „Lebensraumes im Osten“ die Möglichkeit, die Vorstellungen von Rassereinheit und Siedlungspolitik in die Praxis umzusetzen. Dabei interessierten sie sich sowohl für die italienischen Siedlungsexperimente in Nordafrika als auch für den japanischen Siedlungskolonialismus in Mandschukuo. Zwar machten Hitler und einige führende Nationalsozialisten für ihre Ostplanung auch rhetorische Anleihen bei den britischen Herrschaftstechniken in Indien oder bei der deutschen Kolonialgeschichte,²⁴ aber konkreter und praxisbezogener wurde es, wenn sie die moderne Infra- und Wirtschaftsstruktur in Mandschukuo oder die neuen kolonialen Städte in *Africa Orientale Italiana* studierten.

In den italienischen Kolonien fanden die faschistischen Utopien von Volksbeglückung und Massenvernichtung zusammen. Durch die Raumordnung sollte zum einen die alte räumliche Struktur der äthiopischen und libyschen Gesellschaft zerstört, zum anderen eine moderne infrastrukturelle Erschließung der Territorien und ihre Durchdringung ermöglicht werden. So hoffte man, Italiens „rassistische Kohäsion“ zu stärken und eine fruchtbare, vitale und kriegerische Sied-

²¹ Vgl. David Motadel, *Islam and Nazi Germany's War*, Cambridge–London 2014.

²² Vgl. dazu unter zahlreichen Studien das Themenheft *Geschichte und Gesellschaft* 3/2011 (*Arab Encounters with Fascist Propaganda 1933–1945*).

²³ Vgl. Patrick Bernhard, *Hitler's Africa in the East: Italian Colonialism as a Model for German Planning in Eastern Europe*, in: *Journal of Contemporary History* 1/2016, S. 61–90; ders., *Colonial Crossovers: Nazi Germany and Its Entanglements with Other Empires*, in: *Journal of Global History* 2/2017, S. 206–227.

²⁴ Vgl. Jürgen Zimmerer, *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, Münster 2011.

²⁰ Vgl. Peter Wien, *Iraqi Arab Nationalism. Authoritarian, Totalitarian, and Pro-Fascist Inclinations, 1932–1941*, London–New York 2006, S. 47, S. 109–112.

lungsbevölkerung auf wirtschaftlich möglichst autarkem Gebiet zu errichten. Die Eroberung und Entwicklung verschlang zwischen 1935 und 1940 jährlich rund 20 Prozent des Staatshaushaltes – es war das ebenso gigantische wie großwahnsinnige Laboratorium einer erträumten rassistischen Zukunftsgesellschaft.²⁵

Diese Politik wurde von führenden Nationalsozialisten für die eigenen Planungen in Osteuropa intensiv beobachtet: Hermann Görings Vierjahresplanbehörde, die Deutsche Arbeitsfront unter Robert Ley, das Reichsarbeitsministerium sowie die Planungsbehörde des Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums unter Heinrich Himmler traten in direkten Kontakt mit den italienischen Behörden. Diese verflochtenen faschistischen Planungen für den modernen Siedlungsbau in den als „Lebensraum“ (*spazio vitale*) ausgewiesenen Gebieten lassen sich auch für die Orientierung am Siedlungsexperiment der Japaner in Mandschukuo beobachten. Umfang, Radikalität, Modernität und Schnelligkeit dieses Siedlungsprojektes beeindruckten die Nationalsozialisten.²⁶

FAZIT

Die wechselseitige Verflochtenheit der faschistischen Bewegungen und Regime sowie ihre Transferbeziehungen sind immer noch nicht hinreichend erforscht – zumal, wenn man den bisherigen Erkenntnissen die Breite und Vielzahl an Studien aus dem Bereich der vergleichenden Faschismusforschung gegenüberstellt.

Diese Vermittlungsprozesse sind allerdings keineswegs einfach zu rekonstruieren, sie waren von Machtasymmetrien, dem Aufbau von fragilen, fluiden und oft informellen Vermittlungsinstanzen sowie trickreichen Agenten und Brokern jenseits klassischer diplomatischer Kanäle geprägt. Kooperation und Konkurrenz konnten in diesem Vermittlungsprozess nie austariert werden, wechselseitige Überbietungswettbewerbe und Radikalisierungstendenzen gehörten ebenso zum Geflecht des transnationalen Faschis-

mus wie Anverwandlungen und schlichte Übernahmen. Auch sollte man diese Verwobenheit angesichts vielfältiger Friktionen, Feindschaften und Misstrauensverhältnisse untereinander nicht überbetonen. Viele Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zwischen den Faschismen ergeben sich erst nachträglich aus den systematischen Vergleichen von Historikern und eben nicht aus zeitgenössischen Verbindungen.

Während erste transnationale Studien zum faschistischen *social engineering* von der Raum- und Siedlungsplanung bis hin zur Sozialpolitik und dem Repressionssystem vorliegen, bleiben noch viele Fragen zu den Transferbeziehungen im Bereich der geopolitischen Weltordnungspolitik, des Rechtssystems und der technokratischen Formen der Wirtschaftspolitik zu klären. Der Faschismus als untereinander verflochtener und radikalierter Großraumimperialismus, der Vernichtungskrieg mit völkischem Neuaufbau und ökonomische Plünderung mit modernisierender Raum- und Wirtschaftsplanung verband, ist jedoch aus der Agenda zur Faschismusforschung nicht mehr wegzudenken.

²⁵ Vgl. Aram Mattioli, *Unterwegs zu einer imperialen Raumordnung in Italienisch-Ostafrika*, in: ders./Gerald Steinacher (Hrsg.), *Für den Faschismus bauen. Architektur und Städtebau im Italien Mussolinis*, Zürich 2009, S. 327–352, hier S. 335, S. 337.

²⁶ Vgl. Louise Young, *When Fascism Met Empire in Japanese-Occupied Manchuria*, in: *Journal of Global History* 2/2017, S. 274–296, hier S. 293.

SVEN REICHARDT

ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Konstanz und arbeitet derzeit an einer Globalgeschichte des Faschismus.

sven.reichardt@uni-konstanz.de

VERFLOCHTENE GESCHICHTEN

Stepan Bandera, der ukrainische Nationalismus und der transnationale Faschismus

Grzegorz Rossoliński-Liebe

Stepan Bandera gehörte lange zu jenen Akteuren der Geschichte, die vielen zwar dem Namen nach bekannt sind, von deren Leben und Handeln aber kaum jemand etwas Genaueres weiß.⁰¹ Während des Kalten Kriegs war er in westlichen Ländern bei vielen antisowjetischen Aufmärschen auf Transparenten präsent. Zugleich war er ein wichtiger Bestandteil der antiwestlichen sowjetischen Propaganda. Da seine Vita und die Geschichte seiner Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) nicht erforscht waren, konnte man auf ihn verschiedene Ideen projizieren und ihn als ein Symbol sowohl des nationalen Freiheitskampfes als auch des mörderischen Nationalismus benutzen.

Die ersten kritischen und komplexen Studien, die Bandera im Kontext der transnationalen Faschismusforschung untersuchten, stießen auf aggressive Ablehnung und Kritik. Sie wurden von politischen Aktivisten angegriffen, deren Weltbilder dadurch hinterfragt wurden, und von Historikern abgewiesen, die ihre Publikationen, Positionen oder Interpretationen verteidigen wollten. Dabei ist die Faschismusforschung neben der Geschichte des Holocaust und der Sowjetunion von zentraler Bedeutung, um Banderas Leben, den Kult um ihn sowie die Geschichte der Organisation Ukrainischer Nationalisten zu verstehen. Eine kritische Erforschung der OUN ist wiederum wichtig, um eine komplexe Geschichte der Ukraine schreiben zu können und den Faschismus in Ostmitteleuropa in seiner transnationalen Dimension zu rekonstruieren. Auf der politischen Ebene birgt die Marginalisierung, Ignorierung oder Leugnung einer kritischen Bandera-Forschung Gefahren, wie in den vergangenen Jahren unter anderem an der Radikalisierung und Destabilisierung der Ukraine deutlich wurde.

Stepan Bandera wurde am 1. Januar 1909 in Stryj Uhryniw geboren, einem Dorf in Ostga-

lizien, der östlichsten Provinz der Habsburger Monarchie. Seine Heimat war von Ukrainern, Polen, Juden, Deutschen, Tschechen und anderen ethnischen Gruppen bewohnt, von denen vor allem Ukrainer und Polen rivalisierten und sich im Nationalismus gegenseitig überstiegen. Juden hingegen wurden zum Feind beider nationalen Gruppen stilisiert, wobei sie in diesem Teil Europas im Holocaust überwiegend von ihren ukrainischen Nachbarn und Deutschen ermordet werden sollten.⁰²

Da der ukrainische Staat erst 1991 entstanden ist, waren Ukrainer lange verschiedenen imperialen und nationalen Politiken ausgesetzt. Obwohl dies aus nationaler Sicht bis heute als ungünstig interpretiert wird, förderte es die Vielfalt der ukrainischen Kultur und Identität. Bis 1914 lebten etwa 80 Prozent aller Ukrainer im Russischen Reich, das im Gegensatz zur Habsburger Monarchie eine restriktivere Politik gegenüber der Entfaltung nationaler Kulturen anwandte. Nach der Russischen Revolution proklamierten ukrainische Politiker im November 1917 einen Staat in Kiew, ein Jahr später in Lemberg einen weiteren. Ihre Armeen waren jedoch zu schwach, um sich erfolgreich gegen Polen und Russen zu verteidigen, die die Ukraine als ihren eigenen Territorien zugehörig verstanden. Aufgrund dieser Entwicklungen lebten in der Zwischenkriegszeit erneut etwa 80 Prozent aller Ukrainer in der sowjetischen Ukraine und etwa 20 Prozent in Polen, zu dem neben Ostgalizien auch Wolhynien gehörte.⁰³

Bereits in seiner Kindheit wurden Banderas politische Ansichten und sein Weltbild von diesen gescheiterten Kämpfen um einen eigenständigen ukrainischen Nationalstaat geprägt. Auch die Rolle der Religion sollte nicht unterschätzt werden: Banderas Vater war griechisch-katholischer Priester und beeinflusste ihn dahingehend.

EUROPÄISCHER FASCHISMUS UND ENTWICKLUNG DER OUN

Nach dem Ersten Weltkrieg befanden sich die in Polen lebenden ukrainischen Nationalisten, die immer mehr zum Faschismus neigten, in einer ähnlichen politischen Situation wie Kroaten in Jugoslawien oder Slowaken in der Tschechoslowakei. Sie mussten zuerst einen Nationalstaat aufbauen, um anschließend ein faschistisches Regime zu errichten. Ihre Bewegung wies jedoch große Ähnlichkeiten nicht nur mit der kroatischen Ustaša und Hlinkas Slowakischer Volkspartei auf, sondern auch mit der rumänischen Eisernen Garde, den ungarischen Pfeilkreuzlern und dem polnischen Nationalradikalen Lager.⁰⁴ Benito Mussolini schulte einige OUN-Kader zusammen mit Ustaša-Kämpfern auf Sizilien. Dadurch baute die OUN besonders gute Kontakte zu den kroatischen „Freiheitskämpfern“ auf. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangten zwischenfaschistische Netzwerke und die Rolle des *Duce* bei ihrer Etablierung unter anderem durch zwei Attentate 1934: Am 15. Juni ermordete die OUN in Warschau den polnischen Innenminister Bronisław Pieracki, und am 9. Oktober fielen der jugoslawische König Alexander I. Karadorđević und der französische Außenminister Louis Barthou in Marseille der Zusammenarbeit von Ustaša und Innerer Mazedonischer Revolutionärer Organisation zum Opfer.⁰⁵

Die Radikalisierung und Ethnisierung des ukrainischen Nationalismus vollzog sich parallel zu seiner Faschisierung.⁰⁶ Die Bewegung gewann

erst in den späten 1920er Jahren an Bedeutung, als andere Gruppierungen sich ihr anschlossen, und sie sich für die galizische Jugend öffnete. Die offiziell erst 1929 gegründete OUN bestand von Anfang an aus zwei Generationen: Die ältere der um 1890 Geborenen kontrollierte die Führung im Exil. Sie hatte im Ersten Weltkrieg gekämpft, die Bewegung gegründet und die jüngere sogenannte Bandera-Generation in den „Freiheitskampf“ involviert. Diese Gruppe der um 1910 Geborenen dominierte die Landesexekutive in Südostpolen. Sie kannte den Ersten Weltkrieg nur aus den Berichten ihrer Eltern und träumte davon, in einem weiteren Krieg für die Freiheit ihres Landes zu kämpfen. Sie neigte stärker dazu, Gewalt anzuwenden beziehungsweise diese als Mittel der Politik zu betrachten. Der im Exil lebende Führer der gesamten OUN, Jewhen Konowalez, genoss anders als sein Nachfolger Andrij Melnyk auch den Respekt der jüngeren Generation.⁰⁷

Umfassend faschisierte die OUN ihre Ideologie erst in den 1930er Jahren, doch einige Ideologen wie Dmytro Donzow waren bereits in den frühen 1920er Jahren davon ausgegangen, dass ukrainische Nationalisten auch ukrainische Faschisten seien. In dem 1923 veröffentlichten Artikel „Sind wir Faschisten?“ erklärte Donzow, der großen Einfluss auf die Bandera-Generation hatte, das Programm der italienischen Faschisten und folgerte: „Wenn dies das Programm des Faschismus ist, dann sind wir meinetwegen Faschisten!“ Gleichzeitig riet er aber dazu, in der Öffentlichkeit nicht als Faschisten aufzutreten, um der Bewegung nicht zu schaden.⁰⁸ Jewhen Onackyj argumentierte zunächst, dass die Bewegung nicht faschistisch sein könne, weil kein ukrainischer Staat existiere, in dem sie ihr faschistisches Regime aufbauen könne. Erst infolge interner Debatten änderte er seine Position und behauptete, dass der Faschismus auch eine Revolution sei, die zur Staatlichkeit führe.⁰⁹ Mykola Sciborskyj, dessen Beziehung mit einer Jüdin zu Diskussionen in der Bewegung führte, erfand das politische System für den zukünftigen OUN-Staat und

01 Der Beitrag basiert auf meiner Biografie Banderas, vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, *Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist. Fascism, Genocide, and Cult*, Stuttgart 2014.

02 Vgl. Kai Struve, *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin 2015; Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1997.

03 Vgl. Serhy Yekelchuk, *Ukraine. Birth of a Modern Nation*, New York 2007, S. 33–84; Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010, S. 240–360.

04 Zur Frage des Faschismus in Ostmitteleuropa siehe Constantin Iordachi, *Introduction. Fascism in Interwar East Central and South-eastern Europe. Toward a New Transnational Research Agenda*, in: *East-Central Europe* 2–3/2010, S. 161–213.

05 Vgl. Stanley G. Payne, *A History of Fascism, 1914–1945*, Madison 1995, S. 406. Zur transnationalen Kooperation von Faschisten siehe auch den Beitrag von Sven Reichardt in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

06 Vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, *Der europäische Faschismus und der ukrainische Nationalismus. Verflechtungen, Annäherungen und Wechselbeziehungen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 2/2017, S. 153–169.

07 Vgl. Franziska Bruder, „Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!“. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948, Berlin 2007, S. 118f.

08 Vgl. Dmytro Donzow, *Čy my fašysty?*, in: *Zahrava* 1/1923, S. 97–102, hier S. 100; siehe auch Golczewski (*Anm. 3*), S. 574.

09 Vgl. Jewhen Onackyj, *Lysty z Italii I. Deščo pro fašyzm*, in: *Rozbudova natsii* 3/1928, S. 95; ders., *Fašyzm i my (Z pryvodu statii prof. Mytsjuka)*, in: *Rozbudova natsii* 12/1929, S. 397.

nannte es „Naciokratija“ (Diktatur der Nation). Obwohl er mehrmals betonte, dass dieses nicht faschistisch sei, enthielt sein Entwurf alle zentralen Charakteristiken eines faschistischen Staates.¹⁰ Der Antisemitismus wurde in der OUN unter anderem durch Volodymyr Martyneč rassistisch umgedeutet. In der 1938 veröffentlichten Broschüre „Das jüdische Problem in der Ukraine“ behauptete er, dass Juden eine fremde Rasse seien, die von Ukrainern isoliert und nach allen Kräften vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden sollten.¹¹

Bandera, der bereits zu Schulzeiten in Kontakt mit anderen jungen Nationalisten gestanden hatte, verinnerlichte ab seinem Eintritt in die OUN 1929 diese Ideologie und schöpfte sie aktiv mit. Er stieg in der Organisation schnell auf und stand – zunächst durch eine Haftstrafe daran gehindert – ab Anfang 1933 offiziell an der Spitze der Landesexekutive. Er organisierte mehrere Attentate, professionalisierte die ideologische, geheimdienstliche und militärische Ausbildung und verlangte von seinen Untergebenen absoluten Gehorsam. Die Zahl der Morde an OUN-Mitgliedern, die der Zusammenarbeit mit dem polnischen Geheimdienst oder ideologischer Abweichungen bezichtigt wurden, stieg unter seiner Führung deutlich an. Außerdem forcierte Bandera die Propagandakampagnen gegen polnische Schulen und andere Institutionen der Zweiten Polnischen Republik, in die er unter anderem ukrainische Schüler einbezog. Auch wenn die Radikalisierung der westukrainischen Gesellschaft durch die OUN nicht ohne weitere Protagonisten seiner Generation möglich gewesen wäre, ist sie doch maßgeblich auf Banderas Eifer und organisatorische Fähigkeiten zurückzuführen.

Die OUN nutzte 1935/36 Prozesse gegen sich in Warschau und Lemberg, die wegen des Attentats auf den polnischen Innenminister Pieracki und anderer Verbrechen stattfanden, um ihren „Freiheitskampf“ international bekannt zu machen. Bandera stilisierte sich nun explizit zum Führer einer faschistischen Bewegung, die die Ukraine befreien würde. Im Gerichtsaal wurde er von seinen Kampfgenossen mit faschistischem Gruß geehrt. Die Verhängung der Todesstrafe,

die in Polen jedoch noch vor der Vollstreckung abgeschafft wurde, verstärkte seinen Ruhm: Bandera wurde endgültig zur politischen Kultfigur. Bereits zu dieser Zeit schrieb man Lieder über ihn und verband junge ukrainische Freiheitskämpfer mit seinem Namen. Nachdem der OUN-Führer Konowalez vom sowjetischen Geheimdienst NKWD am 23. Mai 1938 in Rotterdam ermordet worden war, versuchte eine Gruppe ukrainischer Nationalisten, Bandera aus dem Gefängnis zu befreien. Seine Zeit in Haft nutzte er unter anderem dafür, junge Ukrainer zu radikalisieren, die im Zweiten Weltkrieg Massenmorde organisieren sollten.

STAATLICHKEIT, MASSEN MORDE UND POLITISCHE ZIELE

Wenige Tage nach Beginn des Zweiten Weltkriegs brach Bandera aus dem Gefängnis in Brześć aus und begab sich nach Lemberg. Zu dieser Zeit überlegte die OUN, einen Nationalaufstand zu initiieren und einen ukrainischen Staat auszurufen, gab diesen Plan jedoch auf, weil die Westukraine aufgrund des geheimen Ribbentrop-Molotow-Paktes in die sowjetische Ukraine eingegliedert worden war. Bandera verließ wie einige Hundert andere OUN-Mitglieder die Westukraine und ging nach Krakau, die Hauptstadt des Generalgouvernements. Dort wurde 1940 der generationelle Konflikt in der OUN ausgetragen, der zur Spaltung der Bewegung in die radikalere OUN-Bandera und die „gemäßigte“ OUN-Melnyk führte. Obwohl sich beide Fraktionen vehement bekämpften, kollaborierten sie beide mit den Deutschen und halfen ihnen, den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Gleichzeitig überlegten sie, wie sie anschließend ihren eigenen faschistischen Kollaborationsstaat errichten könnten.¹²

Die OUN-B kontrollierte den Großteil des Untergrundes in der Westukraine und erarbeitete im Generalgouvernement einen detaillierten Plan für den Ausbau eines faschistischen Staates auf allen administrativen Ebenen, den sie „Ukrainische Nationale Revolution“ nannte. An seiner Verwirklichung sollten sich unter anderem die aus ukrainischen Freiwilligen bestehenden Bataillone „Roland“ und „Nachtigall“ der deutschen Wehrmacht sowie die sogenannten Marschgruppen beteiligen.

10 Vgl. Mykola Sciborskyj, *Naciokratija*, Paris 1935, S. 50, S. 84, S. 87, S. 114ff.

11 Vgl. Volodymyr Martyneč, *Žydívská probléma v Ukraïni*, London 1938.

12 Vgl. Struve (Ann. 2), S. 90–118, S. 172–207.

Die OUN-B hoffte, dass die Nationalsozialisten ihren Staat akzeptieren würden, und dieser ähnlich wie die Slowakei im März 1939 und Kroatien im April 1940 zu einem politischen Organismus des „Neuen Europa“ unter deren Führung werden würde.¹³ Auf einem Kongress Anfang April 1941 in Krakau faschisierte sich die OUN-B weiter und leistete dadurch einen Beitrag zur Gestaltung des europäischen Faschismuskurses. Sie führte unter anderem den Gruß „Ehre der Ukraine! – Ehre den Helden!“ ein, diskutierte die Gesundheit der ukrainischen Rasse und verdamnte die Juden als Stütze der Sowjetunion. Das Führerprinzip baute sie auf dem Begriff *providnyk* auf, weil der eigentlich besser geeignete Ausdruck *vožd* bereits zuvor von Melnyk verwendet worden war. Einen Widerspruch zwischen Faschismus und Nationalismus sah die Führung der OUN-B nicht. Ganz im Gegenteil: Ihren eigenen Nationalismus verstand sie – ähnlich wie schon in den 1930er und teilweise auch 1920er Jahren – als eine Form des europäischen beziehungsweise globalen Faschismus.

Beim Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat die OUN-B als Verbündeter Deutschlands auf. Ohne die Zustimmung der nationalsozialistischen Führung begann sie, die Ukrainische Nationale Revolution umzusetzen. Obwohl die OUN-B die Abwehr und die Wehrmacht beim Krieg gegen die Rote Armee und den Sicherheitsdienst bei der Ermordung von Juden unterstützte, verbot das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Bandera, sich in die „befreiten“ Gebiete zu begeben. Daher wurde ihr Staat am 30. Juni 1941 in Lemberg nicht durch den *providnyk*, sondern seinen Vertreter Jaroslav Stečko ausgerufen, der darüber in Briefen die faschistischen Führer Europas informierte und um Akzeptanz bat. Wenige Stunden vor der Proklamation begannen in Lemberg antijüdische Ausschreitungen, die die OUN-B mit den deutschen Truppen in einen zwei Tage dauernden Pogrom verwandelte.¹⁴ Ähnliche Pogrome, die von nationalen Feierlichkeiten begleitet wurden, fanden in vielen ostgalizischen und wolhynischen Orten statt. Bandera wurde von den revolutionären Massen als der

Führer des ukrainischen Staates gefeiert. Nachdem er am 5. Juli 1941 verhaftet worden war, weil die OUN-B die Staatsproklamation nicht zurücknehmen wollte, baten Hunderte in Briefen an Hitler um seine Freilassung.¹⁵

Die Nationalsozialisten errichteten schließlich generell keine Kollaborationsstaaten in Gebieten, die bis zum 22. Juni 1941 im sowjetischen Einflussgebiet gelegen hatten. Stečko und einige weitere prominente OUN-B Mitglieder wurden ähnlich wie Bandera verhaftet und bis Herbst 1944 als Sonderhäftlinge des RSHA in Berliner Gefängnissen und im Konzentrationslager Sachsenhausen gehalten. Dort war Bandera im gleichen Zellenbau untergebracht wie Horia Sima, der Führer der Eisernen Garde, und einige andere prominente politische „Ehrenhäftlinge“.¹⁶ Darüber hinaus verhafteten die Deutschen einige Hundert weniger bekannte OUN-Mitglieder, von denen etwa 200 ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurden. Da auch sie bevorzugt behandelt wurden, überlebten etwa 80 Prozent von ihnen das Lager. Unter den Gestorbenen beziehungsweise Ermordeten befanden sich jedoch Banderas Brüder Vasyl und Oleksandr.

Während Stepan Banderas Zeit in Berlin und Sachsenhausen wurden in der Ukraine massenweise Juden ermordet. Die Hälfte aller ukrainischen Juden – etwa 800 000 – wurde auf dem kleinen Gebiet der Westukraine getötet, wo die OUN-B trotz der Verhaftung ihrer Führungsriege die Deutschen beim Judenmord unterstützte. Sie schickte ihre Mitglieder zur Polizei, damit sie bewaffnet wurden und die Besatzer bei den Deportationen und Erschießungen unterstützen konnten. Aufgrund der kleinen Anzahl von deutschen Polizisten in der Ukraine wäre die Ermordung von mehr als 90 Prozent aller westukrainischen Juden ohne sie nicht möglich gewesen.¹⁷ Etwa zur selben Zeit, als die Deut-

¹³ Vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, Der Verlauf und die Täter des Lemberger Pogroms vom Sommer 1941. Zum aktuellen Stand der Forschung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22/2013, S. 207–243, hier S. 213–216.

¹⁴ Vgl. John-Paul Himka, The Lviv Pogrom of 1941. The Germans, Ukrainian Nationalists, and the Carnival Crowd, in: Canadian Slavonic Papers 2–4/2011, S. 209–243.

¹⁵ Vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, The „Ukrainian National Revolution“ of 1941. Discourse and Practice of a Fascist Movement, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 1/2011, S. 83–114, hier S. 106–113.

¹⁶ Vgl. ders., Inter-Fascist Conflicts in East Central Europe: The Nazis, the „Austrofascists“, the Iron Guard, and the Organization of Ukrainian Nationalists, in: Arnd Bauerkämper/Grzegorz Rossoliński-Liebe (Hrsg.), Fascism without Borders. Transnational Connections and Cooperation between Movements and Regimes in Europe from 1918 to 1945, Oxford 2017, S. 168–189, hier S. 176–184.

¹⁷ Vgl. Pohl (Anm. 2); Shmuel Spector, The Holocaust of Volhynian Jews 1941–1944, Jerusalem 1990.

schen Wolhynien und Ostgalizien für „judenfrei“ erklärten, begann die Anfang 1943 von der OUN-B aufgestellte Ukrainische Aufständische Armee (UPA), dort auch massenhaft Polen zu ermorden. Mit Beginn dieser „Säuberung“ der Westukraine von Polen schlossen sich ihr etwa 5000 ukrainische Polizisten an, die zuvor die Deutschen beim Holocaust unterstützt hatten. Insgesamt ermordete die UPA zwischen 70 000 und 100 000 Polen und zwang viele weitere dazu, ihre Lebensorte zu verlassen.¹⁸

Bandera ist für die Verbrechen, die OUN-B und UPA während seiner Internierung in Berlin und Sachsenhausen verübten, nur indirekt verantwortlich. Viele OUN-B-Mitglieder, die während des Holocaust in der deutschen Polizei dienten, und ein Teil der UPA-Partisanen, die Polen und Juden ermordeten, identifizierten sich zwar mit Bandera und betrachteten ihn als ihren *providnyk* oder bezeichneten sich selbst als *banderivci* (Bandera-Anhänger), aber Bandera erteilte ihnen keine Befehle. Seine politische Wirkungsmöglichkeit war in dieser Zeit eingeschränkt. Die politische Leitung war in den Händen von Roman Schuchewych, Mykola Lebed, Dmytro Kliachkivskij und anderen, die direkt vor Ort die Morde anordneten und die „Säuberung“ der Westukraine koordinierten. Als Führer der Bewegung war Bandera jedoch moralisch für die Verbrechen der OUN-B und UPA verantwortlich. Vor dem Krieg machte er kein Geheimnis daraus, dass „nicht nur Hunderte, sondern Tausende Menschenleben geopfert werden müssen“,¹⁹ damit die OUN ihre Ziele realisieren und ein ukrainischer Staat entstehen könne. Die Massengewalt beziehungsweise die „Säuberung“ der Ukraine von Juden, Polen, Russen und anderen „Feinden“ der Organisation war ein zentraler Bestandteil seiner Ziele.

KALTER KRIEG, MORD UND NEUBELEBUNG DES KULTES

Am 28. September 1944 wurde Bandera aus Sachsenhausen entlassen, weil die Nationalsozialisten nach erheblichen Niederlagen Osteuropäer

für den Kampf gegen die Rote Armee mobilisieren wollten. Bandera wirkte daran mit, verließ jedoch im Februar 1945 mit seiner Familie Berlin und versteckte sich in den folgenden Monaten in Österreich und Süddeutschland. Kurz nach dem Ende des Kriegs baute er mit Unterstützung des amerikanischen und britischen Geheimdienstes ein OUN-Zentrum in München auf. Die CIA, der MI6 und später auch der Bundesnachrichtendienst arbeiteten mit ihm zusammen. Sie finanzierten seine Organisation, schützten ihn und seine Familie vor dem sowjetischen KGB und bildeten seine Anhänger aus, die sie als Spione in die sowjetische Westukraine schickten, um dort Kontakt zum ukrainischen Untergrund aufzubauen. Doch weitere Konflikte innerhalb der OUN, auch wegen Banderas radikaler Ansichten und andauernder Begeisterung für den Faschismus, schwächten die Bewegung. In den frühen 1950er Jahren verspielte er das Vertrauen zuerst der CIA und anschließend auch des MI6, die lieber Mykola Lebed und dessen Anhänger innerhalb der OUN unterstützen. Einzig der Bundesnachrichtendienst distanzierte sich nicht von ihm und arbeitete weiterhin mit Bandera zusammen, bis dieser am 15. Oktober 1959 in München durch den jungen westukrainischen KGB-Agenten Bohdan Stašinskyj ermordet wurde.

Der Mord an Bandera, der erst aufgeklärt werden konnte, nachdem der Attentäter sich im August 1961 der Westberliner Polizei gestellt hatte, belebte den Kult um seine Person erneut. Mehrere Tausend seiner Verehrer hatten die Westukraine im Sommer 1944 mit den Deutschen verlassen und sich nach dem Krieg in Nordamerika, Großbritannien und auch Westdeutschland niedergelassen. Für sie wurde Bandera zum Märtyrer, der wie ein Held im Kampf um die Freiheit seines Landes gefallen war. Er wurde in Dutzenden von Orten, in denen die ukrainische Diaspora lebte, jedes Jahr zu seinem Todestag aufwendig mit Trauergottesdiensten, politischen Versammlungen oder antikommunistischen Aufmärschen geehrt. Diesem Kult setzte die Sowjetunion ihre eigene Propaganda entgegen. Ihr zufolge hätten die ukrainischen Nationalisten die Sowjetunion verraten und seien moralisch und politisch sogar schlimmer als die Nationalsozialisten gewesen, weil sie nach dem Sieg der Roten Armee ihre Landsleute in der Westukraine bis in die frühen 1950er Jahre hinein noch terrorisiert hätten. Bandera ist in diesem Diskurs zum Sym-

¹⁸ Vgl. Grzegorz Motyka, *Ukraińska partyzantka 1942–1960. Działalność Organizacji Ukraińskich Nacjonalistów i Ukraińskiejskiej Powstańczej Armii*, Warschau 2006, S. 298–413.

¹⁹ Gerichtsprotokoll, 26. 1. 1936, CDIAL (Central'nyj deržavnyj istorychnyj archiv u L'vovi), f. 371, op. 1, spr. 8, od. 75, Bl. 176.

bol des Verrats und der Massenmorde an sowjetischen Bürgern geworden. Die Bezeichnung *banderivci* wurde unter anderem benutzt, um gegen Dissidenten vorzugehen. Bandera wurde für die Diaspora zur Identifikationsfigur eines antisowjetischen Nationalhelden, der sein Leben für eine freie Ukraine gegeben hatte.

Ab den späten 1980er Jahren, noch vor dem Zerfall der Sowjetunion, tauchte der Bandera-Kult auch in der Westukraine erneut auf. Nach 1991 wurden vor allem in Ostgalizien für den *providnyk* mehrere Denkmäler errichtet, vier Museen eröffnet und Hunderte Straßen nach ihm benannt. Ebenso wurde er im Unterricht in Schulen und an Universitäten verehrt. Doch erst im Laufe der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko (2005–2010) wurde der öffentliche Kult auf die übrige Ukraine ausgeweitet. Er stieß dort jedoch auf politischen und kulturellen Widerstand, weil die Mehrheit der dort lebenden Menschen sich mit der sowjetischen und nicht mit der nationalistischen Geschichte ihres Landes identifizierte und in Bandera weiterhin einen Verräter sah. In den vergangenen Jahren wurde der Kult um den westukrainischen Nationalhelden – der ein überzeugter Faschist gewesen war – zumindest ansatzweise auch aus demokratischen Gründen hinterfragt. Dies sorgte in allen Teilen des Landes für Verwirrung und wurde als eine Bedrohung eigener Traditionen verstanden. Insbesondere die Faschismus- und Holocaust-Forschung erregte die Gemüter vieler Kenner der ukrainischen Geschichte und motivierte sie zur Verteidigung eigener, zum großen Teil im Kalten Krieg konzeptualisierter und bis heute nicht revidierter Denk- und Forschungsansätze.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Stepan Bandera wurde durch Instrumentalisierung und mangelnde historische Forschung zu einer Projektionsfläche für verschiedene geschichtspolitische Ziele. Während der Majdan-Proteste 2013/14 in Kiew demonstrierten nicht nur neofaschistische, sondern auch die Demokratie unterstützende Ukrainer mit Bandera-Transparenten für die Annäherung der Ukraine an die EU beziehungsweise die Beendigung der prorussischen Politik. Einerseits wird die Geschichte des Faschismus in der Ukraine von prorussischen Medien instrumentalisiert, andererseits weisen

proeuropäische und nationalistische Kräfte deren Existenz und Erforschung pauschal ab.

Der Bandera-Kult hat bis heute kaum an Wirkungsmacht verloren, weil bestimmte Aspekte der ukrainischen Geschichte lange Zeit einerseits nicht erforscht, andererseits aktiv tabuisiert wurden. Dazu gehörten neben der Beteiligung ukrainischer Nationalisten am Holocaust auch die Faschisierung der Bewegung beziehungsweise die innovative Schöpfung eines genuin ukrainischen Faschismus. Die Untersuchung dieser Elemente der ukrainischen Geschichte war deshalb unerwünscht, weil sie Aspekte der sowjetischen Propaganda bestätigen würden. Eine aktive Auseinandersetzung mit der komplexen historischen Realität jenseits von Verteufelung und kultischer Verehrung Banderas gefährdet aus Sicht vieler Politiker und Intellektueller in der Ukraine die Existenz des ohnehin instabilen Staates.

Der transnationale Faschismus ist neben einer komplexen Geschichte der deutschen Besatzung und des Judenmordes zentral, um Bandera und die radikale Form des ukrainischen Nationalismus zu verstehen. Selbst wenn die OUN ihren Faschismus aus nationalen Gründen zeitweilig tarnte, verstand sie sich als eine faschistische Bewegung und ihren europäischen Pendanten zugehörig. Bandera wollte als ihr Führer einen faschistischen Kollaborationsstaat im von den Nationalsozialisten kontrollierten „Neuen Europa“ errichten. Die „Säuberung“ des Staates von Juden, Polen, Russen und anderen ethnischen und politischen „Feinden“ war ein fester Bestandteil des politischen Programms der OUN, das die Bewegung zumindest in der Westukraine teilweise realisierte. Der ukrainische Fall – ähnlich wie der kroatische, slowakische oder rumänische – zeigt, dass der radikale Nationalismus in keinerlei Gegensatz zum Faschismus stand, sondern mit ihm verschmolz beziehungsweise ein fester Bestandteil dessen war.

GRZEGORZ ROSSOLIŃSKI-LIEBE

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Er forscht zum Holocaust und Faschismus in Ostmitteleuropa und arbeitet an einem Buch über die deutsch-polnische Kollaboration im Zweiten Weltkrieg.
g.rossolinski-liebe@fu-berlin.de

ESSAY

DIES- UND JENSEITS DES ERINNERUNGSKONSENSES

Kritik der postnationalsozialistischen Selbstvergewisserung

Cornelia Siebeck

„Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland“, verkündete der Thüringer AfD-Landessprecher Björn Höcke am 17. Januar 2017 vor Hunderten enthusiastischen Zuhörern und Zuhörerinnen, die sich auf Einladung der Parteijugend in einem Dresdner Brauhaus versammelt hatten. Einmal mehr gerierte Höcke sich hier als völkischer Messias gegen ein „Regime“, dessen Agieren „unser liebes Volk (...) erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht“.

Angesichts dieser „Katastrophe“ eine „grundsätzliche Veränderung“ herbeizuführen, sei der „historische Auftrag“ der AfD als „Bewegungspartei“: „Ich weise euch einen langen und entbehrungsreichen Weg. Ich weise dieser Partei einen langen und entbehrungsreichen Weg. Aber es ist der einzige Weg, der zu einem vollständigen Sieg führt, und dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD (...)“.

Höcke verhandelte in seiner Rede auch geschichts- und identitätspolitische Fragen. Die Deutschen hätten ihre „Visionskraft“ verloren, ihr „Gemütszustand“ sei „immer noch der eines total besiegten Volkes“. Sie seien „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt“ habe. Um Zukunftsvisionen zu entwickeln, bedürfe es aber „eine[r] positive[n] Beziehung zu unserer Geschichte“: „[S]chon Franz Josef Strauß bemerkte: Die Vergangenheitsbewältigung als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die lähmt ein Volk. (...) Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad! (...) Wir brauchen eine lebendige Erin-

nerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.“⁰¹

Während Höckes Dresdner Publikum seine Rede mit anfeuernden Zwischenrufen und Standing Ovations bedachte, reagierten bundesrepublikanische Deutungseliten mit einem Sturm der Entrüstung. Die Aufmerksamkeit richtete sich dabei aber nicht auf Höckes Vision von einer völkischen (R)Evolution, die im Zentrum seiner Rede stand. Skandalisiert wurden fast ausschließlich Höckes geschichtspolitische Ausführungen. Zitate wie „dämliche Bewältigungspolitik“ und „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, vor allem aber seine Titulierung des Berliner Holocaust-Mahnmals als „Denkmal der Schande“, wurden medial lauffeuerartig verbreitet und weit hin als ultimativer Tabubruch rezipiert.

Umgehend bildete sich eine diskursive Frontstellung heraus, die der Historiker Martin Sabrow treffend mit „Höcke und wir“ umschrieben hat.⁰² Ihren symbolischen Ausdruck fand sie in präzedenzlosen Sanktionen, mit denen Höcke anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar belegt wurde: Ungeachtet seines Status als Fraktionsvorsitzender wurde er von der Gedenkstätte im Thüringer Landtag ausgeschlossen. Anschließend verweigerte die Gedenkstätte Buchenwald ihm die Teilnahme an der offiziellen Kranzniederlegung. Mit Verweis auf seine geschichtspolitischen Äußerungen erteilte sie ihm ein zweieinhalbstündiges Hausverbot, das wohl auch polizeilich durchgesetzt worden wäre, hätte Höcke ihm nicht anstandslos Folge geleistet.⁰³

Schärfer als mit diesen drastischen Maßnahmen konnte die symbolische Grenze kaum ge-

zogen werden: Hier das Wir einer deutschen Erinnerungsgemeinschaft, dort Björn Höcke als Inkarnation all dessen, was nicht dazugehört.

REALPOLITIK UND SYMBOLPOLITIK

Nun hat, wer es ernst meint mit dem Lernen aus der deutschen Geschichte, zweifellos das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht, jemandem wie Höcke das gemeinsame Gedenken zu verweigern. Denn Höcke ist, zurückhaltend ausgedrückt, ein völkischer Nationalist.⁰⁴

Als solcher ist er indes weder ein singuläres Phänomen noch eines, das die bundesrepublikanische Öffentlichkeit im Januar 2017 plötzlich aus dem Nichts ereilt hätte. Seine Dresdner Rede hielt er als prominenter Vertreter einer Partei, die mittlerweile in 13 von 16 Landesparlamenten gewählt worden ist, wo sie mitunter die zweitstärkste politische Kraft darstellt. Der politische Erfolg der AfD wuchs dabei parallel zum Erstarren des völkischen Flügels; seit September 2017 ist sie nun als drittstärkste Fraktion auch im Bundestag vertreten.

Zugleich sprach Höcke als Exponent und Agitator einer extrem rechten Zivilgesellschaft, die ihr völkisch-sozialdarwinistisches Gedankengut nicht nur seit Jahren lautstark in den öffentlichen Raum trägt, sondern diesen mancherorts längst dominiert und ihre Überzeugungen vielfach gewaltsam in die Tat umgesetzt hat.⁰⁵

Angesichts dieser gesellschaftspolitischen Tatsachen ist umso bemerkenswerter, dass sich die Skandalisierung der Höcke-Rede nahezu durchgängig auf deren geschichtspolitische Gehalte bezog, während ihre realpolitischen Dimensionen weitgehend unerwähnt blieben.

Denn allein die Klage über eine vermeintliche Negativfixierung auf die NS-Verbrechen und der Ruf nach einer positiven Nationalgeschichte zur Beförderung einer „normalen“ nationalen Identität können im Horizont des bundesrepublikanischen Gedächtnisdiskurses kaum als fundamentaler Tabubruch gewertet werden. Nicht nur gehören sie, wie bereits Martin Sabrow angemerkt hat, zum postnationalsozialistischen Stammtischrepertoire.⁰⁶ Sie sind auch seit jeher ein Bestandteil der öffentlichen Auseinandersetzung gewesen und daraus nie verschwunden.⁰⁷

So forderten etwa auch die Initiatoren eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin⁰⁸ eine „Debatte über das positive Erinnern von Geschichte“,⁰⁹ wobei sie zweifellos auf die Diskussion um das Holocaust-Mahnmal und dessen spätere Realisierung reagierten. Und auch hier fiel so mancher ressentimentgeladene Satz: „[W]ir lassen uns als Nation nicht auf die zwölf schrecklichen Jahre Nazidiktatur festlegen“,¹⁰ „Auch unser Volk muss Ja sagen können und Ja sagen dürfen zum Vaterland“,¹¹ oder „Wir sind zum Trübsinn nämlich nicht verpflichtet“.¹²

01 Vollständiges Transkript der Rede von Björn Höcke vom 17. Januar 2017 im Ballhaus Watzke, Dresden, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Dresdner Gespräche“, organisiert vom Jugendverband der Alternative für Deutschland, der „Jungen Alternative“. Quelle: Compact TV, <https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw>, 57:02–1:45:40, undatiert, https://pastebin.com/embed_iframe/jQujwe89. Dieses Transkript war ebenso wie der Videomitschnitt bereits am 18. Januar online verfügbar.

02 Martin Sabrow, Höcke und wir, 25. 1. 2017, www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/hoecke-und-wir.

03 Vgl. Hausverbot für Höcke, 27. 1. 2017, www.mdr.de/thueringen/landtag-gedenktage-buchenwald-100.html.

04 Zu Höckes Ideologiehäusl vgl. Andreas Kemper, „... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „Historischen Mission“ Björn Höckes (AfD), Jena 2016.

05 Vgl. Oliver Decker et al. (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016; Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin 2017; Andrea Röpke, Jahrbuch Rechte Gewalt 2017. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2016, München 2017; Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle.

06 Vgl. Sabrow (Anm. 2).

07 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

08 Vgl. Robert Meyer/Lutz Haarmann, Das Freiheits- und Einheitsdenkmal. Die geschichtspolitische Verortung in der Ideengeschichte der Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 3/2011, S. 391–402; Lotte Thaa, Sei Freiheit, Sei Einheit, Sei Berlin: Das Berliner Freiheits- und Einheitsdenkmal als geschichtspolitische Inszenierung, in: Werkstatt Geschichte 65/2013, S. 79–102.

09 Günter Nooke, Ein Denkmal für die Einheit in Freiheit? Formen der Auseinandersetzung mit der DDR, in: Peter März/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur, Köln u. a. 2006, S. 111–122, hier S. 111.

10 So CDU-Politiker und Mitinitiator Günter Nooke in einer Bundestagsdebatte zum Denkmal, in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 13. 4. 2000, S. 9328.

11 So der Historiker Peter Brandt während eines öffentlichen Hearings 2007, in: Andreas H. Apelt (Hrsg.), Der Weg zum Denkmal für Freiheit und Einheit, Schwalbach/Ts. 2009, S. 90.

12 So der Theologe Richard Schröder während eines öffentlichen Hearings 2006, in: ebd., S. 66.

Jedoch wurde dieses Denkmalprojekt, obwohl von manchen sehr wohl als erinnerungskultureller Paradigmenwechsel gedacht,¹³ nie mit dem Höcke'schen Verbalradikalismus verfochten. Es wurde nicht als geschichtspolitische Kehrtwende, sondern als harmonische „Vervollständigung unseres Umgangs mit der deutschen Geschichte“¹⁴ beworben, deren Notwendigkeit mit nationalliberalen bis nationalkonservativen Argumenten, nicht aber aus einer völkischen Ideologie heraus begründet wurde.¹⁵

Vor allem aber zählten die prominenteren Befürworter und Befürworterinnen dieses Denkmals zum politisch-kulturellen Establishment. Sie wollten darin eine gegenwartsaffirmative Erzählung vom jahrhundertelangen deutschen Ringen um Freiheit, Einheit und Demokratie repräsentiert sehen, das im Status quo seit 1989/90 ein glückliches Ende gefunden habe.¹⁶

Und doch bleibt die Frage, warum die einen aus explizit nationaltherapeutischen Motiven neben „Denkmälern der Schande und der Trauer“ auch solche „des Stolzes und der Freude“¹⁷ fordern und politisch durchsetzen konnten,¹⁸

13 So wollte etwa Günter Nooke das Denkmal als Manifestation eines neuen „Gründungsmythos des vereinten Deutschland“ verstanden wissen, vgl. Nooke (Anm. 9), S. 119.

14 So der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert in einem Interview: Bundestagspräsident Lammert hält Einheitsdenkmal für überfällig, 9. 11. 2007, www.deutschlandfunk.de/bundestagspraesident-lammert-haelt-einheitsdenkmal-fuer-694.de.html?dram:article_id=65114.

15 Eine allerdings wesentliche Tatsache, die Björn Höcke und Götz Kubitschek in ihren Bezugnahmen auf die Initiative für das Freiheits- und Einheitsdenkmal kurzerhand unterschlugen. Vgl. Persönliche Erklärung von Björn Höcke zu seiner Dresdner Rede, 18. 1. 2017, <http://afd-thl.de/2017/01/18/persoeliche-erklarung-von-bjoern-hoecke-zu-seiner-dresdner-rede/>; Götz Kubitschek, Björn Höcke und das „Denkmal der Schande“, 18. 1. 2017, <https://sezession.de/56961>.

16 Vgl. etwa Florian Mausbach, Über Sinn und Ort eines nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals, in: Apelt (Anm. 11), S. 12–30.

17 Brief der Initiatoren [an Bundeskanzler Helmut Kohl u. a., Anm. d. Aut.], Mai 1998, in: ebd., S. 33 ff., hier S. 35. Auf den nationaltherapeutischen Gedanken verweist hier folgender Satz: „Die Unfähigkeit zu feiern und die Unfähigkeit zu trauern gehören zusammen. Sie können auch nur zusammen überwunden werden.“

18 Das Projekt wurde 2007 vom Bundestag beschlossen und 2017 nochmals bestätigt. 2008 wurde es als „symbolischer Ort der Erinnerung an die positiven Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte“ in die Bundesgedenkstättenkonzeption integriert. Vgl. Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, 19. 6. 2008, Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 16/9875, S. 8.

ohne dass darüber eine nennenswerte öffentliche Diskussion entbrannt wäre; Björn Höckes geschichts- und identitätspolitische Positionen dagegen in Politik und Medien unisono jenseits des Sagbaren verortet wurden und zu seinem ostentativen Ausschluss aus der deutschen Erinnerungsgemeinschaft führten.

„UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS ALS DEUTSCHE“

Vieles deutet darauf hin, dass in der diskursiven Verarbeitung der Höcke-Rede ein realpolitisches Problem auf eine symbolische Ebene verschoben und dann auch primär dort verhandelt und „gelöst“ worden ist – und zwar in einer Weise, die für die politische Kultur der Bundesrepublik und ihren vorherrschenden Gedächtnisdiskurs durchaus symptomatisch ist.

Im Grunde bestand der Tabubruch nicht in Höckes Ruf nach einer Rückbesinnung auf die „guten Seiten“ der Nationalgeschichte, der sich in seiner Radikalität am Rande, nicht aber jenseits der herkömmlichen Gedächtnis- und Identitätsdebatte bewegte. Vielmehr wurde deshalb so empfindlich auf seine Rede reagiert, weil Höcke realpolitisch etwas repräsentiert, das in der symbolischen Ordnung der Bundesrepublik nicht existieren darf: Gemäß ihrer Meistererzählung von der „erfolgreichen“ Überwindung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kann es eine zugkräftige völkische Bewegung aus der gesellschaftlichen „Mitte“ heraus schlicht nicht geben.

Da die politische Realität, für die Höcke steht, also außerhalb des geschichtspolitisch Erlaubten liegt, wurde auch seine Rede als geschichtspolitisches Problem verhandelt.

Diese eigentümliche Verschiebung lässt sich an einem besonders viel zitierten Statement illustrieren, das der damalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Tag nach der Rede auf Facebook publizierte. Unter dem antifaschistischen Slogan „Nie wieder!“ schrieb Gabriel hier, Höcke habe „unser Selbstverständnis als Deutsche“ attackiert: „Es geht um die Frage, wie wir mit unserer Geschichte umgehen. (...) Es hat nach 1945 lange gedauert – aber wir Deutsche haben uns mit diesen unvorstellbaren Verbrechen [des Nationalsozialismus, Anm. d. Aut.] auf eine Art und Weise auseinandergesetzt, die uns auch bei denen Respekt eingebracht hat, denen gegenüber Deutschland schuldig geworden ist. (...)“

Björn Höcke unterstellt, der Umgang mit unserer Nazi-Vergangenheit mache uns klein. Das Gegenteil ist richtig: Dass wir uns unserer Geschichte gestellt, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben, war die Voraussetzung dafür, dass Deutschland weltweit respektiert wird. Björn Höcke verachtet das Deutschland, auf das ich stolz bin. Nie, niemals dürfen wir die Demagogie eines Björn Höcke unwidersprochen lassen.“¹⁹

Gemäß der von Gabriel in diesem Posting verfolgten und medial vielfach reproduzierten Argumentationslinie wäre Höcke nicht etwa deshalb entgegenzutreten, weil er eine völkisch-revolutionäre Stimmung schafft und weiter befeuert, die sich nicht zuletzt in einer anhaltenden Hochkonjunktur rassistischer Gewalt manifestiert. Moniert wird vielmehr, dass Höckes geschichtspolitische Auslassungen „unser Selbstverständnis als Deutsche“ konterkarierten, welches eine positive Bezugnahme auf die Nation gerade dadurch ermögliche, dass „wir uns unserer Geschichte gestellt“ und „aus der Vergangenheit gelernt haben“.

Diesen vermeintlichen kollektiven Lernerfolg einmal wieder grundsätzlich zu hinterfragen, kommt Gabriel und vielen anderen offenbar gar nicht mehr in den Sinn – trotz der unumstößlichen Tatsache, dass Höcke und sein Milieu in den vergangenen Jahren massiv an politischem Einfluss gewonnen haben.

KODIFIZIERTER ERINNERUNGSKONSENS

Es ist mittlerweile bald 20 Jahre her, dass die Berliner Republik ihren Erinnerungskonsens fixierte. Im Zeichen des *nation building* nach 1990 ging es wesentlich auch darum, das Verhältnis eines wiederhergestellten deutschen Nationalstaats zu seiner negativen Vergangenheit zu bestimmen.²⁰

Im Rahmen der zweiten Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung des SED-Regimes von 1995 bis 1998 wurde ein dies-

¹⁹ Sigmar Gabriel, Nie wieder!, 18.1.2017, www.facebook.com/1552994118062342.

²⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden ausführlicher Cornelia Siebeck, „...und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“. Postnationalsozialistische Identitätsdiskurse in der Bundesrepublik vor und nach 1990, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 16/2015, S. 29–41.

bezüglicher Aushandlungsprozess staatlich institutionalisiert. Politiker und Politikerinnen verhandelten mit von ihnen benannten Expertinnen und Experten sowie mit Repräsentanten und Repräsentantinnen einschlägiger gesellschaftlicher Organisationen über normative und regulative Prämissen für eine künftige Gedenkstättenkonzeption des Bundes – und damit über eine historische Meistererzählung für die Berliner Republik.

Unter der apodiktischen Überschrift „Bedeutung von Erinnerung und Gedenken für das nationale und demokratische Selbstverständnis der Deutschen“ wurde 1998 schließlich folgender Erinnerungskonsens kodifiziert: „Am Ende des 20. Jahrhunderts müssen [sic!] die Deutschen mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen und ihre Opfer leben. Die Notwendigkeit von Aufarbeitung und Erinnerung (...) ist heute Teil des demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland. Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.“²¹

Damit wurde eine gegenwartsaffirmative Überwindungserzählung zur Grundlage der nationalen Gedächtniskultur erklärt. Denn wo ein „demokratisches Selbstverständnis“ und ein „antitotalitärer Konsens“ walten, ist Geschichte an ihr Happy End gelangt, und sind die richtigen Lehren daraus längst gezogen. Erinnert wird sich dann genau genommen nicht, um eine jeweilige gesellschaftliche Gegenwart im Horizont negativer Vergangenheit kritisch zu reflektieren, sondern um sich einer historisch geläuterten Gegenwart zu vergewissern.

Mit Blick auf das SED-Unrecht konnte das kaum überraschen, war doch die Überwindung der DDR seit jeher bundesrepublikanische Staatsräson gewesen. Im repräsentativen Umgang mit der NS-Vergangenheit hatte sich jedoch ein tief greifender Wandel vollzogen.

Jahrzehntelang war der Kampf für eine öffentliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in der Bundesrepublik ein Anliegen kri-

²¹ Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, 10.6.1998, BT-Drs. 13/11000, S. 227.

tischer Minderheiten gewesen. Neben Wissen und Gedenken ging es dabei immer auch darum, Sand ins Getriebe einer postnationalsozialistischen „Normalität“ zu streuen: personelle und mentale Kontinuitäten zu skandalisieren, aktuelle Formen des Autoritarismus und Rechtsextremismus zu problematisieren.

Nach 1990 wurde dieser traditionelle Störfaktor im bundesrepublikanischen Geschichts- und Identitätsdiskurs mehr und mehr in eine nationale Selbstvergewisserungsressource transformiert, indem die NS-Vergangenheit gleichsam zum „Ground Zero“ einer demokratischen Erfolgsgeschichte erklärt wurde.²²

Erst auf dieser narrativen Grundlage, also durch die Ent-Vergegenwärtigung der NS-Vergangenheit, konnte eine staatlich geförderte Gedächtnis- und Gedenkstättenlandschaft zu den NS-Verbrechen entstehen, von der Erinnerungsaktivistinnen und -aktivisten noch in den 1980er Jahren kaum zu träumen gewagt hätten. Im bundesrepublikanischen Symbolhaushalt kommt ihr indes primär die Funktion zu, eine nationale Läuterungserzählung zu beglaubigen, die sich zwischenzeitlich zu einem veritablen „Aufarbeitungsstolz“²³ verselbstständigt hat.

„DUNKELDEUTSCHLAND“

„Historische Erzählungen eröffnen und verschließen Handlungsoptionen, sie implizieren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsaufforderungen, sie strukturieren den Handlungsraum von Menschen, die sich in bestimmter Weise in der narrativ repräsentierten Historie situieren.“²⁴ So beschreibt der Sozialpsychologe Jürgen Straub die gesellschaftspolitische Relevanz historischer

22 Erstmals wurde diese narrative Strategie vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs ausbuchstabiert. Vgl. Cornelia Siebeck, „Einzug ins verheißene Land“. Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985, in: *Zeithistorische Forschungen* 12/2015, S. 161–169.

23 Günter Morsch, Das „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“ und die Politik mit der Erinnerung: zwei Seiten der gleichen Medaille, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 10/2015, S. 829–848, hier S. 829.

24 Jürgen Straub, *Geschichten erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung*, in: ders. (Hrsg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Geschichte*, Frankfurt/M. 1998, S. 81–169, hier S. 130.

Erzählungen: Sie etablieren bestimmte Erfahrung- und Erwartungshorizonte.

Von daher kann ein Historizitätsregime,²⁵ das eine radikale Diskontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart konstruiert, durchaus problematische Wirkungen entfalten.

Der Sozialpsychologe Jahn Lohl hat beispielsweise einmal die Überlegung angestellt, ob die verbreitete Vorstellung von einer „vorbildlichen“ Aufarbeitung der NS-Verbrechen und das Selbstbild einer geläuterten Nation nicht ihren Teil dazu beigetragen haben könnten, dass in der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft über viele Jahre kaum einmal der Verdacht aufkam, dass die NSU-Morde von Neonazis verübt werden könnten – obwohl seit den 1990er Jahren bereits zahlreiche Menschen durch rechte Gewalt ums Leben gekommen waren.²⁶

Immer wieder wird die bundesrepublikanische Geschichte als ein zwar hindernisreicher, letztendlich aber erfolgreicher Weg vom Dunkel ins Licht gefasst.

So resümierte etwa der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in einer viel gelobten Rede zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2015, in der er auch auf Versäumnisse in der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen eingegangen war: „Und doch konnten wir nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach Schuld und Scham und Reue ein taghelles Credo formulieren. Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und seine Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.“²⁷

Ob ausgerechnet der 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers

25 Vgl. François Hartog, *Regimes of Historicity. Presentism and Experiences of Time*, New York 2015.

26 Vgl. Jan Lohl, „Morden für das vierte Reich“. Transgenerationalität und Rechtsextremismus, in: ders./Angela Moré (Hrsg.), *Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus. Psychoanalytische, sozialpsychologische und historische Studien*, Gießen 2014, S. 169–195.

27 Für die vollständige Rede vgl. www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/01/150127-Bundestag-Gedenken.html. Vgl. auch Cornelia Siebeck, *NS-Vergangenheit und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturelle Beobachtungen aus den Gedenkjahren 2014/15*, in: *LaG-Magazin* 7/2015, S. 11 ff.

Auschwitz zum Anlass für derart idealisierende Selbstbelobigungen genommen werden sollte, sei hier dahingestellt. In Anbetracht des von Gauck skizzierten Geschichtsbildes verwundert es jedenfalls nicht, dass er die völkische Zivilgesellschaft, die sich wenige Monate später im Zeichen der sogenannten Flüchtlingskrise formierte, kurzerhand als „Dunkeldeutschland“ bezeichnete, um sie im gleichen Atemzug von einem „helle[n] Deutschland, das sich hier leuchtend darstellt“,²⁸ abzugrenzen.

ERINNERUNGSKONSENS GEGEN DEN STRICH BÜRSTEN

Derartige Externalisierungsstrategien, mit denen unliebsame historische und gesellschaftliche Realitäten in ein symbolisches „Außen“ – hier „Dunkeldeutschland“ – verschoben werden, haben in der Bundesrepublik eine lange Tradition.²⁹

Die Gedächtnisarbeit zu den NS-Verbrechen hat sich hingegen stets zur Aufgabe gemacht, solche postnationalsozialistischen Selbstvergewisserungsnarrative beharrlich zu unterminieren – verpflichtet doch das Sinnbild des Zivilisationsbruchs darauf, das Geschehene immer wieder zum Ausgangspunkt für gesellschaftliche „Selbstbeunruhigung“³⁰ werden zu lassen: Im Wissen um die Vergangenheit soll Gegenwart (selbst)kritisch reflektiert werden.

Aus *diesem* Grund ist die bundesrepublikanische Gedächtniskultur zu den NS-Verbrechen eine gesellschaftspolitische Errungenschaft, die es unbedingt zu verteidigen gilt. Die permanente Beschwörung einer nationalen Läuterung *ex negativo* hingegen droht den Blick auf gegenwärtige Wirklichkeiten nachhaltig zu trüben.

Und wenn der mühsame Kampf für eine anhaltende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen nun ausgerechnet dazu ins Feld geführt wird, sich noch angesichts bren-

nender Flüchtlingsunterkünfte eines „erfolgreich“ abgeschlossenen nationalen Lernprozesses zu versichern, dann ist es höchste Zeit, auch diese postnationalsozialistische Beschwichtigungserzählung gegen den Strich zu bürsten.

²⁸ Zit. nach Edo Reents, Präsident von Dunkeldeutschland, 28. 8. 2015, www.faz.net/-13772026.html.

²⁹ Vgl. Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2000, S. 1451–1462; Christoph Butterwegge, Die Entsorgung des Rechtsextremismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2010, S. 12–15.

³⁰ Volkhard Knigge, Abschied von der Erinnerung. Zum notwendigen Wandel der Arbeit der KZ-Gedenkstätten in Deutschland, in: *Gedenkstättenrundbrief* 100/2001, S. 136–143, hier S. 143.

CORNELIA SIEBECK

ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialtheorie und -psychologie der Ruhr-Universität Bochum. Sie forscht, schreibt und lehrt zu gedächtniskulturellen und geschichtspolitischen Fragestellungen.

cornelia.siebeck@ruhr-uni-bochum.de

VON ROM NACH CHARLOTTESVILLE

Eine sehr kurze Geschichte des globalen Antifaschismus

Nigel Copsey

„Überall werden wir Zeuge, wie unter dem Banner des Faschismus sämtliche Freiheiten, die im Laufe von Jahrhunderten unter Aufbringung von Opfern und gewaltigen Anstrengungen errungen wurden, vernichtet oder bedroht werden – Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und sogar die des Gewissens selbst. In Anbetracht dieser Bankrotterklärung des gesellschaftlichen Fortschrittes dürfen wir nicht länger stumm bleiben.“⁰¹ Diese Worte aus dem „Appell an die freien Geister“ stammen aus der Feder des französischen Kommunisten Henri Barbusse. Geschrieben wurden sie nicht etwa als Reaktion auf die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933, den Spanischen Bürgerkrieg 1936, den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939, die Niederlage Frankreichs 1940 oder den deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 – sondern bereits 1927.

Barbusse, eine herausragende Persönlichkeit im internationalen Widerstand gegen den Faschismus, hatte diesen Appell mit einem Begleitbrief an zahlreiche Intellektuelle verschickt. Darin bat er sie um Unterstützung beim Aufbau eines internationalen antifaschistischen Komitees, „um gegen die barbarische Flut des Faschismus anzukämpfen“. Einer dieser Intellektuellen war der im heutigen Indien geborene bengalische Dichter Rabindranath Tagore. Er hatte auf Einladung Mussolinis 1926 Italien besucht und diesen wohl zweimal getroffen. Durch die Begegnung mit dem französischen Schriftsteller Romain Rolland, einem Gefährten von Henri Barbusse, wurde Tagore auch prominenten, im Exil lebenden italienischen Antifaschisten vorgestellt. Unter dem Eindruck ihrer Berichte über faschistische Gräueltaten unterzeichnete Tagore Barbusse's Appell. Veröffentlicht wurden seine Äußerungen im Juli 1927 im Magazin „Visva Bharati Quarterly“. Dort schrieb Tagore: „Es versteht

sich von selbst, dass ich für Ihren Appell Sympathie hege. Ich bin auch davon überzeugt, dass er die Meinung zahlreicher anderer vertritt, die entsetzt sind über die plötzlichen, aus der Tiefe der Zivilisation rührenden Gewaltausbrüche.“

Dieses kaum bekannte Beispiel soll hier auf zwei wichtige Aspekte aufmerksam machen. Der erste betrifft die Periodisierung: Üblicherweise wird transnationaler Antifaschismus fast automatisch mit den 1930er Jahren, insbesondere dem antifaschistischen Kampf in Spanien verbunden. Tatsächlich dienten in den Internationalen Brigaden mehr als 30000 Freiwillige aus über fünfzig Ländern. Daher wird häufig übersehen, dass es länderübergreifende Reaktionen auf den Faschismus schon lange vor dem Spanischen Bürgerkrieg gab. Der zweite Aspekt betrifft die internationale Dimension des Antifaschismus: Wie das obige Beispiel zeigt, erstreckte sich dieser – schon deutlich vor den 1930er Jahren – über die Grenzen des europäischen Kontinents hinaus, sogar bis zum indischen Subkontinent.

Das Feld der historischen Antifaschismusforschung befindet sich im Aufbau, eine breit angelegte Geschichte des weltweiten Antifaschismus muss erst noch geschrieben werden. Mein Ziel ist hier weit bescheidener gefasst: ein sehr kurzer historischer Digest, ein Abriss in Auszügen.

ENTSTEHUNG

Beginnen wir dort, wo erstmals transnationaler Antifaschismus in Erscheinung trat. Dabei muss, mit dem finnischen Historiker Kasper Braskén, die entscheidende Rolle der Kommunistischen Internationale (Komintern) bei der Transnationalisierung des Antifaschismus anerkannt werden.⁰² Bereits nach Mussolinis Marsch auf Rom im Oktober 1922 erklärte der Vierte Weltkongress der

Komintern den Faschismus zu einer reaktionären internationalen Bewegung, zur „schärfsten Form“ des politischen Angriffs der Bourgeoisie auf das Proletariat. „In vielen Ländern droht eine faschistische Gefahr“, stellte die Komintern fest, „in der Tschechoslowakei, Ungarn, fast allen Balkanländern, Polen, Deutschland, Österreich, Amerika und sogar in Ländern wie Norwegen. Nicht einmal in Ländern wie Frankreich und Großbritannien kann das Aufkommen des Faschismus ausgeschlossen werden.“⁰³ 1923 gründete die Komintern ein antifaschistisches „Aktionskomitee“, geleitet von Barbusse in Paris und der altgedienten deutschen Kommunistin Clara Zetkin in Berlin. Aufgabe dieses internationalen Komitees war die Produktion von Propagandamaterial für den Kampf gegen den Faschismus in Italien, aber auch andernorts. Es sollte zudem (in Vorwegnahme späterer Versuche in den 1930er Jahren) als Basis für eine internationale antifaschistische „Einheitsfront“ dienen. Obwohl als Organisation gescheitert, ist schon allein seine Gründung von Bedeutung, zeigt sie doch, mit Braskéns Worten, „wie die Demonstration transnationaler Zusammenarbeit von Anfang an einen elementaren Bestandteil der antifaschistischen Bewegung bildete“.⁰⁴

Doch diese transnationale Initiative war nur eine von mehreren. Jenseits des Atlantiks, in Nordamerika, lösten faschistische Aktivitäten in den 1920er Jahren ebenfalls lokal bezogene transnationale Reaktionen aus – unabhängig von der Komintern. Ein Beispiel ist die Reaktion der radikalen italo-amerikanischen Diaspora auf die Auftritte ihrer Landsleute in Schwarzhemden in den Straßen von New York City. Kurz nach seinem Marsch auf Rom hatte Mussolini sämtliche in den USA lebenden Italiener dazu aufgerufen, sich in *fasci* zu organisieren. Als daher Anfang 1923 in New York ein Zentralkomitee zur Lei-

tung dieser faschistischen Kampfverbände in den USA gegründet wurde, entstand im Gegenzug die Antifaschistische Allianz von Nordamerika. Bezeichnenderweise war die Dynamik dieser italo-amerikanischen antifaschistischen Mobilisierung transnational: Die Solidarität zwischen antifaschistischen Italo-Amerikanern speiste sich aus deren prägenden politischen Erfahrungen in Italien vor der Emigration, auch eine militante Praxis war von dort importiert worden. Darüber hinaus überschritten die Aktivitäten zum Teil die Grenze zu Kanada. Es kam zu Überfällen, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten waren an der Tagesordnung, und eine Reihe von Menschen wurde sogar ermordet.⁰⁵

WACHSTUM UND RÜCKGANG

Welches sind die wichtigen Meilensteine in der weiteren Geschichte des globalen Antifaschismus? Da der Antifaschismus in erster Linie reaktiv ist, werden wiederkehrende Muster von Wachstum und Rückgang durch den Reiz bestimmt. Nimmt dessen Stärke (die faschistische „Bedrohung“ – wie auch immer ihre Gegner sie definieren) zu, verstärkt sich in der Regel auch die Wirkung, die Reaktion. Aus diesem Grund sollten Faschismus und Antifaschismus immer gemeinsam betrachtet werden, denn ohne das eine können Historiker das andere nicht in Gänze begreifen. Und doch stellt der Umfang der Literatur über Faschismus jenen über Antifaschismus in den Schatten. Allerdings soll eine solche Verbindung hier keinesfalls eine moralische Gleichsetzung suggerieren, geschweige denn die Befürwortung eines „Anti-Antifaschismus“. Um vor diesem Hintergrund auf die Zeit zwischen den Weltkriegen zurückzukommen: Zentrale Momente für den globalen Antifaschismus waren die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933, die „faschistischen“ Unruhen in Paris vom Februar 1934, der Austrofaschismus, der Abessinienkrieg und vor allem der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs 1936.

Hitler traf die Arbeiterbewegung – die deutsche war die stärkste außerhalb der Sowjetunion – ins Mark. Dies bewegte die Komintern, die den Faschismus nicht einem bestimmten Land zuzuordnen, sondern ihn als Entwicklungsstadium des weltweiten Kapitalismus betrachtete, zur Bildung

01 Der Aufruf und Tagores Antwort sind vollständig in einer Anthologie abgedruckt. Vgl. Indo-GDR Friendship Society (Hrsg.), *Anti-Fascist Traditions of Bengal: An Anthology in Celebration of the 20th Anniversary of the Foundation of the German Democratic Republic*, Calcutta 1969, S. 4–9, Zitate S. 5, S. 6.

02 Vgl. Kasper Braskén, *Making Anti-Fascism Transnational*, in: *Contemporary European History* 25/2016, S. 573–596.

03 IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Thesen über die Taktik der Komintern, 5. 12. 1922. Volltext siehe <https://www.marxists.org/history/international/comintern/4th-congress/tactics.htm>.

04 Braskén (Anm. 2), S. 586.

05 Vgl. Philip V. Cannistraro, *Blackshirts in Little Italy: Italian Americans and Fascism, 1921–1929*, West Lafayette 1999.

einer Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus aufzurufen. Bald darauf wandelte sich die Strategie der Komintern von einer solchen „Einheitsfront“ der Arbeiterklasse zu einer *klassenübergreifenden* „Volksfront“. Dazu kam es einerseits angesichts der ernsthaften Bedrohung, die das nationalsozialistische Deutschland mittlerweile für die Sowjetunion darstellte; andererseits durch Ereignisse in Frankreich, wo sich die Einheitsfront rasch zu einer breiteren Allianz aller Antifaschisten entwickelte, darunter auch jene aus bürgerlichen Parteien. Die Idee hinter dieser Volksfront waren „konzentrische Kreise der Einheit“, wie der Historiker Eric Hobsbawm es beschrieben hat, bei denen die Einheit innerhalb der Arbeiterbewegung eines Landes die Basis für eine möglichst breite nationale und schließlich internationale Einheit war.⁰⁶ „Die Volksfront mobilisierte weit mehr Menschen für den Antifaschismus als jeder andere Ansatz“, so der Publizist Larry Ceplair.⁰⁷ Für einen Moment brachte die Idee der Volksfront sogar aufsässige deutsche Sozialdemokraten und deutsche Kommunisten im Pariser Exil zusammen – trotz deren tief sitzender Antipathie.

Auf globaler Ebene war unter den zahlreichen von der Komintern geförderten Volksfrontbewegungen, die in dieser Phase entstanden, und hinter denen als maßgeblicher Strippenzieher oftmals der Verleger Willi Münzenberg stand, das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus die bedeutendste. Seinen Sitz hatte es in Paris, Generalsekretär war Henri Barbusse. Die Wurzeln des Weltkomitees gingen auf die antiimperialistische Amsterdam-Pleyel-Bewegung zurück, die als Reaktion auf die japanische Invasion der Mandschurei 1931 gegründet worden war. Mitte 1933 verlagerte sich wegen Hitlers Wahlsieg das Hauptanliegen auf die Bekämpfung des Faschismus. Die französische Hauptstadt – genannt „Hauptstadt des Antifaschismus“ – wurde zur Heimat der meisten antifaschistischen Exilanten, auch der meisten kommunistischen außerhalb der Sowjetunion. 1934 veröffentlichte das Weltkomitee vier Zeitschriften: „Front Mondial“ in Paris (herausgegeben von Barbusse); „Fight War and Fascism“ in London; „Fight“ in New York und „Weltfront

gegen imperialistischen Krieg und Faschismus“, die gegen den Willen der französischen Regierung über die Grenze nach Nazideutschland geschmuggelt wurde. Zu diesem Komitee gehörten zahlreiche nationale Gruppen, darunter aus den Americas, vielen europäischen Ländern bis hin zu solchen aus Asien und Australasien.⁰⁸ Die Amerikanische Liga gegen Krieg und Faschismus zählte 1936 mehr als drei Millionen Mitglieder, auch aufgrund der Unterstützung durch Vortragsreisen von Barbusse und anderen international bekannten Persönlichkeiten wie Münzenberg.⁰⁹

Andere bedeutende Initiativen, die von der Komintern unterstützt wurden, mobilisierten intellektuelle Eliten gegen die Bedrohung der Kultur durch den Faschismus. Barbusse rief zur Gründung einer internationalen Liga antifaschistischer Schriftsteller auf, worauf es im Juni 1935 im *Maison de la Mutualité* in Paris zu einer Versammlung von vielen der bekanntesten Persönlichkeiten der Weltliteratur kam. Mehr als zweihundert Schriftsteller aus fast 40 Ländern nahmen teil, darunter Heinrich Mann, Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Alexei Tolstoi, Boris Pasternak und Aldous Huxley. Dem Kunsthistoriker Jean-Michel Palmier zufolge definierte sich dieser intellektuelle Kampf gegen den Faschismus nicht über Klassen oder die Verteidigung „proletarischer Literatur“, sondern als zivilisatorisches Eintreten für Humanismus und gegen Barbarei, um die (moderne) Kultur vor der Geißel des Faschismus zu bewahren. Zwei Jahre später fand in Spanien ein zweiter Kongress antifaschistischer Schriftsteller statt.¹⁰

Auch wenn die Komintern in dieser Phase das Monopol auf den Antifaschismus beanspruchte, sollte nicht vergessen werden, dass es auch andere Formen des transnationalen Antifaschismus gab. Sozialisten und Sozialdemokraten aus den Reihen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI), die sich weigerten, sich von der Komintern vereinnahmen zu lassen, konzentrierten ihre Bemühungen auf Warenboykotte sowie die Unterstützung von Opfern des Faschismus. 1936 starteten SAI und Internationaler Gewerkschaftsbund die beeindruckende

06 Eric Hobsbawm, *Fifty Years of Popular Fronts*, in: Jim Fyrrh (Hrsg.) *Britain, Fascism and the Popular Front*, London 1985, S. 235–250, hier S. 240.

07 Larry Ceplair, *Under the Shadow of War: Fascism, Anti-Fascism, and Marxism, 1918–1939*, New York 1987, S. 92.

08 Vgl. die Übersicht bei World Committee against War and Fascism, www.lonsea.de/pub/org/961.

09 Vgl. Nigel Copsey, *Communists and the Inter-War Anti-Fascist Struggle in the United States and Britain*, in: *Labour History Review* 76/2011, S. 184–206.

10 Vgl. Jean-Michel Palmier, *Weimar in Exile. The Antifascist Emigration in Europe and America*, London 2006, S. 332–338.

humanitäre Kampagne „Spanienhilfe“. Dem Historiker Jim Fyrth zufolge stellte sie das „herausragendste Beispiel internationaler Solidarität in der britischen Geschichte“ dar.¹¹ Allerdings gründete diese Solidarität mehr auf humanitären Erwägungen als auf einem klar umrissenen Antifaschismus.¹²

Gleiches gilt für die frühe internationale jüdische Boykottbewegung. Diese war eher eine humanitäre Reaktion auf das brutale Vorgehen des nationalsozialistischen Regimes gegen Juden als eine ideologisch strukturierte Antwort auf den Faschismus per se. Immerhin schien Mussolini keine Probleme mit Juden zu haben – zumindest noch nicht. „Der wahre Faschismus, der von Mussolini ins Leben gerufen wurde“, so erklärte die italienische faschistische Tageszeitung „Regime Fascista“ 1934, „kennt keine Herrschaft einer Rasse über eine andere“.¹³ Ein Jahr später erklärte die faschistische Regierung Mussolinis dem in Ostafrika gelegenen Abessinien den Krieg. Dieser löste erneut länderübergreifende Proteste aus.

Dennoch war es die faschistische Aggression in Europa, nämlich in Spanien, die Antifaschisten am meisten elektrisierte. Der Spanische Bürgerkrieg wurde zum herausragenden Symbol eines weltweiten Kampfes zwischen den Mächten der Barbarei (Faschismus) und jenen des Fortschritts und der Demokratie (Antifaschismus). In der populären Mythologie stehen die Internationalen Brigaden für einen heldenhaften und spontanen Ausbruch globaler antifaschistischer Solidarität. Tausende Freiwillige aus aller Welt trafen im republikanischen Spanien ein. Die Namen der Brigaden beziehungsweise Bataillone waren: Lincoln (USA), James Conolly Kolonne (Irland), Commune-de-Paris (Frankreich), Thälmann (Deutschland), Dimittroff (Balkanländer), Dąbrowski (Polen), Garibaldi (Italien), Español Bataillon (Lateinamerika) und so weiter. Das womöglich am stärksten multinational geprägte Bataillon war das nach dem russischen Bürgerkriegshelden Tschapajew benannte, das auch als „Bataillon der 21 Nationen“ bezeichnet wird.

Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass auch andere Konflikte als Kämpfe zwischen

Faschismus und Antifaschismus gedeutet wurden. Der Ausbruch des Zweiten Japanisch-Chinesischen Kriegs 1937 zog die Aufmerksamkeit vieler US-amerikanischer Antifaschisten auf sich.

Spanien war der Höhepunkt der globalen antifaschistischen Solidarität der 1930er Jahre – gleichzeitig aber auch ein Tiefpunkt. Ganz abgesehen von Spaltungen aufgrund der Maitage von Barcelona im Jahr 1937, als Antifaschisten sich untereinander Straßenkämpfe geliefert hatten, endete der heldenhafte Kampf zur Rettung der spanischen Demokratie im April 1939 mit einer vernichtenden Niederlage. Den absoluten Tiefpunkt erreichte der globale Antifaschismus nur wenig später: Mit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts – dem „Kommunazi-Pakt“ – schien das Unvorstellbare eingetreten: die Komintern-Linie der antifaschistischen Einheit war endgültig obsolet. Als die einzig „wahren“ Antifaschisten blieben nur noch nichtkommunistische Sozialisten und Demokraten übrig. Monat für Monat traten daraufhin etwa tausend Mitglieder aus der Amerikanischen Liga gegen Krieg und Faschismus aus (die sich 1937 in Amerikanische Liga für Frieden und Demokratie umbenannt hatte). Kritiker bezeichneten sie nun als „Amerikanische Liga für Frieden und Hypokrisie“.¹⁴

Einen weiteren Meilenstein in der Geschichte des globalen Antifaschismus markierte der Zweite Weltkrieg. Da die Sowjetunion nach dem deutschen Überfall in den Kreis der Antifaschisten zurückkehrte, schrieben sich nun die Alliierten (Churchill, Roosevelt und Stalin) den Antifaschismus ebenso auf die Fahnen wie die europäischen Widerstandsbewegungen. Beim Wiederaufbau nach dem Krieg wurde der Antifaschismus von allen Seiten instrumentalisiert, um in ihren Einflussbereichen den Übergang vom Faschismus zu legitimieren. Dem Politologen Stein Ugelvik Larsen zufolge bedeutete nach der Anpassung an den Kontext des Kalten Kriegs „Antifaschismus im Osten, sich Faschismus und Kapitalismus entgegenzustellen, während Antifaschismus im Westen bedeutete, sich dem Totalitarismus, das heißt dem Kommunismus entgegenzustellen.“¹⁵ Dies war die Ära eines „gespaltenen“ Antifaschismus.

11 Jim Fyrth, *The Signal Was Spain: The Spanish Aid Movement in Britain, 1936–39*, London 1986, S. 21.

12 Vgl. Lewis Mates, *Practical Anti-Fascism? The „Aid Spain“ Campaigns in North-East England, 1936–39*, in: Nigel Copsey/David Renton (Hrsg.), *British Fascism, the Labour Movement and the State*, Basingstoke 2005, S. 118–140.

13 Zit. nach *Jewish Chronicle*, 16.11.1934, S. 26.

14 *The Call*. Weekly Journal of the US Socialist Party, 9.2.1940, S. 4.

15 Stein Ugelvik Larsen, *Overcoming the Past*, in: ders. (Hrsg.), *Modern Europe After Fascism*, Boulder 1998, S. 1777–1844, hier S. 1787.

Während Antifaschismus im Osten und insbesondere in der DDR seine Bedeutung als Instrument zur Legitimation des Staates behielt (bekanntlich rechtfertigte das Regime nach innen die Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“; doch auch nach außen nutzte es etwa in fremdsprachigen Veröffentlichungen noch 1969 diese Strategie),¹⁶ verlor er im Westen zunehmend an Bedeutung. „Neofaschismus“ existierte, zumindest in den am weitesten entwickelten westlichen Ländern, lediglich als Randphänomen. Die Rehabilitation von Francos Spanien nach dem Krieg ließ den internationalen Antifaschismus nochmals kurz aufleben, doch zu verbreiteten antifaschistischen Aktivitäten kam es nur in Zeiten, in denen die extreme Rechte aus ihrer Isolation auszubrechen drohte.

Zu den bemerkenswerten Beispielen hierfür zählen die Massendemonstrationen vom Sommer 1960 gegen das Kabinett Tambroni in Italien. Seine Regierung konnte ein Misstrauensvotum nur durch Unterstützung des neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) überstehen. Der Parteitag des MSI in Genua, einer Stadt mit stark ausgeprägter Widerstandstradition, löste Demonstrationen aus, die auf andere Teile Italiens übergriffen, und bei einem Zwischenfall wurden fünf antifaschistische Demonstranten getötet. Während der 1970er Jahre waren auf den Straßen Großbritanniens Kundgebungen gegen die rechtsextreme National Front an der Tagesordnung, und bei Demonstrationen in London kamen 1974 und 1979 zwei antifaschistische Protestierende ums Leben. 1985 löste der Tod des antifaschistischen Aktivisten Günter Sare bei einer Demonstration gegen die NPD in Frankfurt am Main in zahlreichen westdeutschen Städten Unruhen aus. Vier Jahre später beendete der Zusammenbruch des kommunistischen Blocks dann diese Nachkriegsära des „gespaltenen“ Antifaschismus.

BRÜCKE IN DIE GEGENWART

Historisch beruhten globale antifaschistische Netzwerke auf offiziellen Organisationen transnationaler Solidarität der Linken. Auch heute

drückt sich länderübergreifender Antifaschismus mitunter noch in dieser Form aus. So gründete 1992 das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI), ein Netzwerk trotzkistischer Parteien, die Initiative „Jugend gegen Rassismus in Europa“. Bedingt durch den Niedergang beziehungsweise die Auflösung linker Internationalen – weder SAI noch Komintern überdauerten den Krieg –, lösten sich die traditionellen Strukturen des historischen Antifaschismus größtenteils auf. Die Schlüsselfiguren waren verstorben (Barbusse im August 1935), hatten zum Teil noch zuvor ihre Organisation verlassen (Münzenberg trat ein gutes Jahr vor seinem Tod im Juni 1940 aus der KPD aus). Zwar verschwanden transnationale Verbindungen in der Nachkriegszeit nicht vollständig, sie aufrecht zu erhalten blieb jedoch häufig antifaschistischen Zeitschriften und Gruppierungen überlassen, etwa „Searchlight“ (Vereinigtes Königreich, gegründet 1975), „Antifaschistisches Infoblatt“ (Deutschland, gegründet 1987) oder „Expo“ (Schweden, gegründet 1995).

Mit Beginn des digitalen Zeitalters wurde der grenzüberschreitende Austausch gewiss leichter. Ein zentraler Unterschied zwischen den heutigen transnationalen Aktivistinnen und Aktivisten einerseits und dem historischen Antifaschismus andererseits wird daher an jenen linksradikalen und militanten autonomen Gruppen deutlich, die das organisatorische Vakuum gefüllt haben: der „Antifa“.¹⁷ Deren Organisation und Unterstützernetzwerke sind nicht formal, sondern sehr lose, und bei ihr werden transnationale Verbindungen vorrangig online geknüpft.

Als Reaktion auf ein von ihnen wahrgenommenes Wiederaufleben von „Neofaschismus“ (der stete Aufstieg des Front National in Frankreich, der sprunghafte Anstieg rechtsextremer Aktivitäten in Deutschland nach der Wiedervereinigung, lokal begrenzte Wahlerfolge der extremen Rechten in Großbritannien) verbreiteten sich in den 1990er Jahren militante antifaschistische Gruppierungen in Europa. Zu den bekanntesten gehörten die Anti-Fascist Action (UK) in Großbritannien, die Autonome Antifa [M] in Deutschland sowie SCALP-Reflex in Frankreich. 1997 fand in London eine internationale Konferenz militanter Antifaschisten statt, an der Delegierte aus nicht weniger als 22 Organisationen teilnahmen, da-

¹⁶ Vgl. The GDR: An Anti-Fascist State, Dresden 1969; Anti-Fascists in Leading Positions in the GDR, Dresden 1969. Letzteres wurde außerdem auf Deutsch, Französisch, Spanisch, Russisch, Schwedisch, Dänisch und Arabisch publiziert.

¹⁷ Siehe hierzu und zum Folgenden auch den Beitrag von Nils Schuhmacher in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

runter Gruppierungen aus Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Frankreich, Spanien und sogar Nordamerika. Ein Jahr darauf wurde ein sehr kurzlebiges transnationales Netzwerk gegründet – das Internationale Militante Antifaschistische Netzwerk. Doch insbesondere zwischen britischen und deutschen Antifaschisten kam es zu ideologischen und kulturellen Differenzen in Bezug auf das Primat der Klassenpolitik. Als die Anti-Fascist Action (UK) dem Netzwerk ihre Klassenpolitik aufzwingen wollte, entwickelte sich die transnationale Zusammenarbeit asymmetrisch, und in der Folge zog sich die Mehrheit der Gruppierungen zurück.¹⁸

In den 2000er Jahren wurden diese und ähnliche Gruppierungen gemeinhin als Antifa bezeichnet. Auf den ersten Blick tritt die Antifa in einer ausgesprochen „modernen“ Ästhetik auf – schwarze Kleidung, Kapuzenpullover, Schals, Sonnenbrillen und dergleichen. Doch handelt es sich ganz und gar nicht um eine „neue“ Ästhetik. Tatsächlich ist sie historisch und hat ihre Wurzeln in der europäischen Autonomen Bewegung der 1970er Jahre. Historische Anleihen spielen offenkundig eine wichtige Rolle, es findet auch eine Bezugnahme auf die Symbole und Ikonografie der Zeit zwischen den Weltkriegen statt. „Antifa“ ist nicht nur eine Kurzform für „antifaschistisch“, sondern auch für „Antifaschistische Aktion“. Eine solche war Mitte 1932 von der KPD gegründet worden. Ihr Ziel war es, ein parteiübergreifendes Bündnis aus Kommunisten und Sozialdemokraten zu schmieden – eine Einheitsfront. Zwar konnte die Antifaschistische Aktion Erfolge bei der Organisation des physischen Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Nationalsozialisten verbuchen. Doch in der Realität „war es kaum mehr als ein Logo, das einer Reihe von Aktionen der Kampagne für die ‚Einheitsfront von unten‘ [Strategie der KPD, die sich nur

an die Basis und gegen die Führung der SPD richtete, *Anm. d. Red.*] angeheftet wurde“, wie der Historiker Conan Fischer feststellt.¹⁹

Es war dieses Logo – zwei rote Fahnen in einem Kreis –, das kommunistische Gruppen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre für sich wiederentdeckten. Später eignete es sich die Autonome Bewegung an und modifizierte es als Symbol des militanten Antifaschismus (eine schwarze und eine rote Fahne), für den es heute global steht. Militante Antifaschisten weltweit verewigen durch Weiterverwendung Parolen vergangener Zeiten: Ein Beispiel ist „¡No Pasaran!“ („Sie werden nicht durchkommen!“), aus dem Schlachtruf „¡Los fascistas no pasarán! ¡NO PASARÁN!“²⁰, der einem Aufruf zur Verteidigung der spanischen Hauptstadt von Dolores Ibárruri vom Juli 1936 im Sender Radio Madrid zugeschrieben wird. Auch wird die Erinnerung an berühmte antifaschistische Siege zelebriert, etwa die „Schlacht in der Cable Street“ im Londoner East End von 1936.²⁰ Bezugspunkte jüngerer Datums, beispielsweise die „Schlacht von Lewisham“ in South East London von 1977, gelten heute ebenfalls als heldenhafte Momente, in welchen Antifaschisten die Stellung hielten und den Ambitionen der Faschisten in Großbritannien einen entscheidenden Schlag versetzten.²¹

Doch derlei Triumphe auf der Straße können sich auch als Pyrrhussiege erweisen, da sie eine Taktikveränderung seitens der Faschisten bewirken und ihre Wirkung somit schmälern können. Sie zu zelebrieren, ermutigt Kritiker dazu, Antifaschismus auf „Straßenkampf“ zu reduzieren. Zum einen ist deutlich geworden, dass dies historisch falsch ist – Antifaschismus kann viele Formen annehmen. Zum anderen stellt es jenen einen Freibrief aus, die wie US-Präsident Donald Trump im Nachgang der Ereignisse von Charlottesville – wo eine Gegendemonstrantin von einem Rechtsextremen getötet wurde – bestrebt sind, die moralische Autorität des Antifaschismus infrage zu stellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

NIGEL COPSEY

ist Professor für Moderne Geschichte und Ko-Direktor des Centre for Fascist, Anti-Fascist and Post-Fascist Studies an der Teesside University im englischen Middlesbrough.
n.copsey@tees.ac.uk

¹⁸ Vgl. Nigel Copsey, *Crossing Borders: Anti-Fascist Action (UK) and Transnational Anti-Fascist Militancy in the 1990s*, in: *Contemporary European History* 25/2016, S. 707–727.

¹⁹ Conan Fischer, *German Communists and the Rise of Nazism*, Basingstoke 1991, S. 160.

²⁰ Vgl. Nigel Copsey, *Who Owns the Battle of Cable Street?*, 28.9.2016, www.historymatters.group.shef.ac.uk/owns-battle-cable-street.

²¹ Vgl. Mark Townsend, *How The Battle of Lewisham Helped to Halt the Rise of Britain's Far Right*, 13.8.2017, www.theguardian.com/uk-news/2017/aug/13/battle-of-lewisham-national-front-1977-far-right-london-police.

„KÜSST DIE FASCHISTEN“

Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm

Nils Schubmacher

Kurt Tucholskys satirisches Gedicht „Rosen auf den Weg gestreut“ aus dem Jahr 1931 bezieht sich auf die Frage, wie auf die so rasch an Stärke gewinnende nationalsozialistische Bewegung politisch zu reagieren sei. Die Kernzeile „Küsst die Faschisten“ spielt mit der von der KPD ursprünglich 1924 ausgegebenen und 1929 reaktivierten Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“. Diese entsprach zwar schon ein Jahr später nicht mehr der offiziellen Parteilinie, wurde aber von ihr nahestehenden paramilitärischen „Schutztruppen“ in der Tradition des 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbundes und „Massenorganisationen“ wie der 1932 gegründeten Antifaschistischen Aktion weiterverwendet.⁰¹

Im Kern allerdings geht es in dem Gedicht nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Losung, ihrer im Original über die Nationalsozialisten hinaus weisenden Adressierung und ihrer zweifellos körperlichen Konnotation. Es richtet sich vielmehr in grundsätzlicher Absicht gegen Strategien des Appeasements gegenüber der NS-Bewegung, gegen dialogische „Umarmungen“ und gegen eine hier bildlich überspitzte Opferstarre.

Aufgegriffen wurden Tucholskys Zeilen und die Referenzparole in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder von autonomen antifaschistischen Gruppen – jenem Spektrum also, das auch unter dem Akronym „Antifa“ zusammengefasst wird. Erstaunlich ist dies nicht, denn Gedicht wie Parole enthalten in unterschiedlicher Weise den zentralen Leitgedanken des Antifa-Engagements: die Notwendigkeit selbstbestimmten offensiven Gegenhandelns.

In Abhängigkeit von Position und Blickwinkel haben Engagement, Standpunkte und Handlungsformen der Antifa seit ihrer Entstehung vor rund 35 Jahren Kritik und Ablehnung, in unterschiedlichen Dosen aber auch Toleranz, Akzeptanz und Zustimmung erfahren. Vereindeutigenden Zuschreibungen auf den Linien von

„Gewalttätigkeit“ und „Extremismus“ stehen differenzierende Betrachtungen gegenüber. Diese fallen durchaus kritisch aus, fassen aber weder das eine noch das andere als Gesamtmerkmal auf, grenzen sich zum Teil auch explizit von einem bekämpfungswissenschaftlichen Verständnis des Extremismus-Begriffs ab. Diese Betrachtungen beruhen auf der Ansicht, dass „Antifa“ letztlich ein unscharfer Sammelbegriff für verschiedene politische Strömungen, Ansätze und Gruppen ist. In der Tat gibt es „die“ Antifa aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht: Die politischen Vorstellungen der Akteure gehen weit auseinander; sie greifen auf ein breites Repertoire an Handlungsorientierungen zurück; es gibt keine formellen Mitgliedschaften oder Statuten; das Feld gliedert sich in diverse Strömungen und „Nebenabteilungen“, die auch nicht übergreifend netzwerkartig verbunden sind; das Engagement ist letztlich in ein von Ort zu Ort anders ausgestaltetes Mit- und Nebeneinander von Politik und (jugendlicher) Alltagskultur eingewoben.

Entsprechende Hinweise auf Heterogenität finden sich in wissenschaftlichen Studien,⁰² in Beiträgen an der Schnittstelle von Forschung und Aktivismus⁰³ und in den historisierenden Selbstbeschreibungen der Akteure, die in den vergangenen Jahren gehäuft erschienen sind.⁰⁴ Es lassen sich aber nicht nur Unterschiede erkennen, sondern auch Aspekte identifizieren, an denen eine gewisse Familienähnlichkeit unabhängiger Antifa-Gruppen deutlich wird. Entlang dieser können sie von anderen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements „gegen Rechtsextremismus“ in Verbänden, Parteien und (semi)professionellen Kontexten genauso abgegrenzt werden wie von Cliques und nur temporär bestehenden „Fast-Gruppen“.

Ihr Engagement verbindet sich *inhaltlich* mit einer gesellschaftskritischen Haltung, verortet sich links oder linksradikal und ist durch eine spezifische Konnotation oder Assoziation der Begriffe Faschismus und Antifaschismus gekenn-

zeichnet; ist *praktisch* durch ein auf Ermächtigung zielendes und weniger appellierendes Verständnis von politischem Handeln charakterisiert, das um „Nazis“, „Rechtsextremismus“, Rassismus und Nationalismus kreist; profitiert von der Fähigkeit der Beteiligten zur *zeichenhaften* und *habitualisierten* Selbstdarstellung; setzt *strukturell* auf Selbstorganisation jenseits formeller Mitgliedschaften und ist alltagskulturell verankert.

ENTWICKLUNGSLINIEN DES UNABHÄNGIGEN ANTIFASCHISMUS

Für ein vertieftes Verständnis des organisationsunabhängigen Antifaschismus ist ein kurzer Rückgriff auf dessen Entwicklung unerlässlich. Hierbei werden zwei große Linien berührt. Zum einen ist das Handlungs- und Diskursfeld untrennbar verbunden mit der Erfahrung des Nationalsozialismus, seiner konflikthaften Bearbeitung sowie dem gesellschaftlichen Umgang mit Neonazismus. Zum anderen ist für das Akteursfeld das Wechselspiel zwischen politischen und „jugendkulturellen“ Strömungen und Logiken von hoher Bedeutung. In der Genese des Feldes lassen sich nun vier größere Entwicklungsschnitte unterscheiden.

01 Vgl. Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence, 1929–1933*, Cambridge 1983, S. 108f.

02 Vgl. Christoph Schulze, *Zwischen Recherche, Aktion und alternativer Jugendkultur – der Politikansatz von Antifa-Gruppen im Land Brandenburg*, in: Julius H. Schoeps et al. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*, Berlin 2007, S. 287–295; Peter-Georg Albrecht et al., *Wir und die anderen. Gruppenauseinandersetzungen Jugendlicher in Ost und West*, Wiesbaden 2007, insb. S. 196–212; Ronald Hitzler/Arne Niederbacher, *Leben in Szenen. Formen juveniler Vergemeinschaftung heute*, Wiesbaden 2010³, S. 34–39; Ingo Matuschek et al., *Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*, Wiesbaden 2011, S. 42–46; umfassend und mit weiteren Verweisen Nils Schuhmacher, „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg 2014.

03 Vgl. Christin Jänicke/Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.), *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*, Münster 2017.

04 Vgl. Mirja Keller et al., *Antifa. Geschichte und Organisation*, Stuttgart 2011; Herausgeber_innenkollektiv *Fantifa* (Hrsg.), *Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik*, Münster 2013; Bernd Langer, *Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung*, Münster 2014; Horst Schöppler, *Antifa heißt Angriff. Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren*, Hamburg–Münster 2015.

Fundierung

Während „aufarbeitende“, „antinationalsozialistische Proteste“⁰⁵ bereits mit Kriegsende einsetzten, ist die Entstehung eines „neuen kämpferischen Antifaschismus“⁰⁶ radikal linker Prägung ein jüngeres Phänomen. Sie lässt sich zwischen dem Aufstieg der NPD von 1967 bis 1969, dagegen gerichteter Mobilisierung und schließlich organisatorischer Konsolidierungen von zumeist kommunistisch geprägten Antifa-Zusammenschlüssen ab Mitte der 1970er Jahre verorten.⁰⁷ Zudem war diese antifaschistische Traditionslinie ein Produkt der einsetzenden Zerfalls- und Neuzusammensetzungsprozesse der Neuen Linken, die ab den frühen 1980er Jahren Strömungen wie die Autonomen und die Antiimperialisten mit ihren voluntaristischen Politik- und Organisationsmodellen hervorbrachten. Zeitgleich führten Politisierung und konflikthafte Entmischung dissidenter Jugendkulturen wie Punks, Skinheads und zum Teil Rocker ebenfalls zu einem gewissen Zulauf.

Aggregation

Antifa lässt sich damit für eine erste, bis in das Ende der 1980er Jahre reichende Phase als *Teilbereich* innerhalb eines undogmatischen linksradikalen Bewegungsmilieus beschreiben. Die 1990er Jahre waren dagegen einerseits von einem sozialen und politischen Bedeutungsverlust dieses Milieus geprägt, andererseits von einer die Grenzen dieses Milieus sprengenden Verbreiterung des Antifa-Spektrums.

Charakteristisch für diesen Antifaschismus, der seine Hochzeit zwischen 1989/90 und der Mitte der 1990er Jahre hatte, sind mehrere Aspekte: Als eine von Erschrecken geleitete Politik war er stark geprägt von moralischer Skandalisierung, die sich festmachte an – aus heutiger Sicht bescheidenen – Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien ab 1988, einer zunehmenden Präsenz

05 Anja Corinne Baukloh, „Nie wieder Faschismus!“ Antinationalsozialistische Proteste in der Bundesrepublik der 50er Jahre im Spiegel ausgewählter Tageszeitungen, in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/M.–New York 2001, S. 71–101.

06 Peter Brandt, *Antifaschismus in Deutschland – Eine historisch-politische Bestandsaufnahme*, in: ders./Ulrich Schulze-Marmeling (Hrsg.), *Antifaschismus. Ein Lesebuch. Deutsche Stimmen gegen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus von 1922 bis zur Gegenwart*, Berlin 1985, S. 8–86, hier S. 40.

07 Vgl. Thomas Doerry, *Antifaschismus in der Bundesrepublik. Vom antifaschistischen Konsens 1945 bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1980.

rechter Jugendkulturen auf der Straße sowie ab 1989/90 an einer in Ausmaß und tödlicher Massivität bis dato unbekanntem Welle rechter und rassistischer Gewalt.

Das rasch wachsende Antifa-Spektrum zeichnete sich durch ein hohes Maß an Öffnung, Jugendlichkeit, Mobilisierungsfähigkeit und Öffentlichkeitsorientierung sowie durch das Nebeneinander tradierter revolutionärer Terminologie und defensiver Abwehrhaltung aus. In diese Zeit fielen auch Ansätze überregionaler Organisation, am prominentesten in der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO). Gleichzeitig bildeten sich die zwischen Ost und West stark voneinander abweichenden gesellschaftlichen Traditionen und lokalen Realitäten ab: In den neuen Bundesländern waren Protestkultur und alternative Milieus weniger fest verankert, zudem war die extreme Rechte dort weniger stigmatisiert und dominierte mancherorts den (jugendkulturellen) öffentlichen Raum. Bezüglich dieses Verhältnisses ist von einer stabilen Differenzlinie innerhalb des unabhängigen Antifaschismus zu sprechen, die im Rahmen von Aktionen zwar temporär überwunden wurde, mit Blick auf Vernetzung jedoch erhalten blieb.⁰⁸

Diffusion

Das Antifa-Spektrum der 1990er Jahre bezog seinen Zusammenhalt aus einer nicht nur für Linke bestehenden Bedrohungslage und gleichzeitig aus dem Umstand, dass handlungsbezogene Alternativen zu einer Politik fehlten, die sich als linksradikal etikettierte. Zergliederung und Zerfall standen im engen Zusammenhang mit der verstärkten, auch staatlich geförderten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ab 2000 („Aufstand der Anständigen“), die neue Akteure hervorbrachte, und einer zunächst abnehmenden Mobilisierungskraft des rechtsextremen Spektrums. In der Folge kam

08 Vgl. zur Besonderheit des unabhängigen Antifaschismus in Ostdeutschland Peter-Ulrich Weiß, Außenseiter der Opposition. Alternative Antifa-Szene und ostdeutsche Demokratiebewegung, in: Frank Bösch/Martin Sabrow (Hrsg.), *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung* 2015, Potsdam 2016, S. 111–126; exemplarisch zum Verhältnis zwischen West- und Ost-Antifa Yves Müller, „VertreterInnen aus der DDR trotz Einladung nicht anwesend“ – Über das ambivalente Verhältnis west- und ostdeutscher Antifa-Gruppen am Beispiel der AA/BO 1992 bis 1994, in: Jänicke/Paul-Siewert (Anm. 3), S. 61–77.

es auch zu einer teilweisen Professionalisierung und Institutionalisierung des Engagements, die den Wesenskern eines gesellschaftskritischen, unabhängigen Antifaschismus berührte. Dies wirkte jedoch eher als Katalysator: Bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hatten einzelne Gruppen begonnen, unter dem „Markenzeichen“ Antifa politische Themen jenseits von „Rechtsextremismus“ und Rassismus in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Dieser Trend wurde vor allem durch die ab 1999 aufkommende globalisierungskritische Bewegung verstärkt. Parallel dazu verschärften sich Selbstverständigungsdebatten: Besonders Positionierungen zu „antideutscher“ Kritik führten ab dem Jahr 2000 zu Kommunikationsabbrüchen bis hin zu sozialen Zerwürfnissen.⁹

Neuzusammensetzungen

Für die Zeit seit etwa 2005 lassen sich verschiedene parallel ablaufende Trends ausmachen. Zum einen schreiten Konsolidierungen voran, die immer deutlicher vom Begriff und Programm „Antifa“ wegweisen. Bedeutsam sind hier vor allem die „Interventionistische Linke“ sowie das Bündnis „... ums Ganze“, denen sich jeweils Teile des Antifa-Spektrums angeschlossen haben. Parallel dazu besteht ein nur noch lokal oder regional vernetztes Spektrum an Antifa-Gruppen fort.

Zum anderen lässt sich an verschiedenen Großereignissen und Einschnitten weiter ein hohes Maß antifaschistischer Aktivitäten feststellen, in die letztlich alle genannten Akteure eingebunden sind. Zentral waren oder sind hier die Mobilisierungen gegen den sogenannten Trauermarsch in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten 1945, insbesondere zwischen 2009 und 2012;¹⁰ die unter maßgeblicher Beteiligung von Antifa-Initiativen nach 2011 im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex ent-

9 Für den Wiederhall der zweiten Welle antideutscher Kritik im Antifa-Spektrum sorgten zum einen die Kernereignisse „Intifada“ und „9/11“, die erneut die Haltung zu Israel auf die Agenda der deutschen Linken setzten; für die Entwicklung in Ostdeutschland dürften noch einmal spezifische Gründe gegolten haben, die mit der besonderen Marginalität eigener und der Stärke rechtsextremer Positionen zusammenhingen. Vgl. dazu aus Akteursperspektive Marek Winter, Antideutsch in Ostdeutschland, in: Jänicke/Paul-Siewert (Anm. 3), S. 177–191.

10 Vgl. Rainer Erb, Die linke Szene in Berlin als Herausforderung für die politische Bildung, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2011, S. 201–230, hier insb. S. 218–223; Maike Zimmermann, Antifaschistische

falteten Aktivitäten wie „NSU-Watch“; seit 2014 die verstärkte Auseinandersetzung mit der AfD, den „-gida“-Phänomenen sowie den Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte.

MERKMALE AUTONOMEN ANTIFASCHISMUS

Zum überwiegenden Teil lässt sich Antifa-Engagement als informelle politische Partizipation bezeichnen und so von anderen Formen politischer Beteiligung, aber auch von rein selbstbezüglichen Praktiken in „jugendkulturellen“ Kontexten abgrenzen. Der Begriff der informellen politischen Partizipation verweist auf das Primat der Selbstgestaltung vor Mitbestimmung und damit darauf, dass die eigenen Anliegen nicht in erster Linie gegenüber den politischen Institutionen zum Ausdruck gebracht werden, sondern gegenüber einer allgemeinen Öffentlichkeit und vielfach auch nur gegenüber anderen kollektiven Akteuren. Damit sind diese Praktiken stark alltagsweltlich ausgerichtet und konzentrieren sich im Kontext „konventioneller“ Partizipation auf bestimmte Handlungsarten wie Demonstrationen, während etwa Petitionen, Parteien oder Wahlen bedeutungslos sind. Der Begriff der Informalität ist noch aus einem weiteren Grund passend: Er entspricht den vorherrschenden Modellen der Vergemeinschaftung zwischen Politik und Alltagskultur.

Inhalte

Auch wenn sich Antifa dem Namen nach auf eine Sache konzentriert: Eine Kennzeichnung als bloße „Gegen-Bewegung“¹¹ zum Faschismus und damit verbundene Vorstellungen einer „Ein-Thema-Politik“ greifen zu kurz. Aus inhaltlicher Perspektive erweist sich unabhängiges Antifa-Engagement thematisch sogar in doppelter Weise als entgrenzt. Zum einen setzt es sich mit einem Feld auseinander, das neben „Nazis“ auch „rechtspopulistische“ Akteure und Rassismus umfasst, also für sich genommen bereits komplex ist. Zum anderen ist Antifa mit einem politischen Bedeutungsüberschuss ausgestattet, wird also von den

Beteiligten im Grundsatz stets mit „mehr“ assoziiert als mit der Gegnerschaft zu Rechten.

Charakteristisch in Bezug auf den ersten Aspekt ist allerdings weniger ein geteiltes (faschismus)theoretisches Deutungsmuster als das Nebeneinander verschiedener und auch unterschiedlich differenzierter Verständnisse. Sie stammen jedoch alle aus linken und kritischen Traditionen der Faschismus-Diskussion. Vorhandene Überdehnungen des Faschismus-Begriffs gehen dabei nur zum Teil auf theoretische Bezüge zurück. Sie speisen sich auch aus eigenem Erleben, tragen habituell-affektive Züge wie in den bewusst überzeichnenden Jargons dissidenter Jugendkulturen oder gehen – wie das „Nazi“-Etikett – auf Stigmatisierungsabsichten zurück. Eine erkennbare Herausforderung stellt die Bestimmung neuer Phänomene dar, die sich nicht nahtlos in die existierenden theoretischen Raster einfügen, sondern sich im Grenzbereich zwischen extremer Rechter und bürgerlich gewandtem Rassismus bewegen, wie dies bei Teilen der „-gida“-Proteste und der AfD der Fall ist.¹²

Der genannte Bedeutungsüberschuss ergibt sich ebenfalls weniger aus bestimmten faschismustheoretischen Zugriffen als aus dem Umstand, dass Antifa-Engagement auf Grundlage einer linken Orientierung stattfindet. Eine kritische Haltung gegenüber Kapitalismus, Rassismus, Sexismus und anderen -ismen gehört daher zum politisch-kulturellen Inventar dieses Handlungsraumes und seiner Akteure. (Anti-)Faschismus ist hier also weniger ein „alles“ erklärendes theoretisches Deutungsmuster. Vielmehr bieten Antifa-Gruppen einen Rahmen, innerhalb dessen der Anspruch auf eine umfassende Haltung einen Ausdruck findet und einen Namen erhält. Ähnliches gilt für die Kennzeichnung als „autonomer“ Antifaschismus: Vor allem für Außenstehende ergibt sich daraus eine assoziative Verankerung in der autonomen Bewegung, obwohl sich nur ein Teil der Akteure noch auf die damit verbundenen politischen Programmatiken bezieht. Sehr viel stärker fungiert das Adjektiv für die Gruppen als symbolische Verbindung zur autonomen Antifa der 1990er Jahre und damit als Markenzeichen.¹³

Blockaden verhindern Europas größten Neonaziaufmarsch, in: Friedrich Burschel et al. (Hrsg.), *Ungehorsam! Disobedience!*, Münster 2014, S. 73–84.

11 Roland Roth, *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation*, Hamburg 2011, S. 116.

12 Vgl. dazu Nils Schuhmacher, *Die Antifa im Umbruch. Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2/2015, S. 5–16.

13 Vgl. dazu Schuhmacher (Anm. 2), S. 141 ff.

Praktiken

In diesem inhaltlichen Bezugsrahmen entwickeln sich die Praktiken von Antifa-Gruppen. Dabei bietet es sich zunächst an, sie übergreifend nicht als Protesthandeln, sondern als streitende Politik zu bezeichnen. Der Begriff *contentious politics* beschreibt eine Form politischer Praxis, die sich vom Konflikt und nicht vom Konsens aus entfaltet.¹⁴ Streitende Politik kann bewusst disruptiv, also als Störung, oder stärker dialogisch angelegt sein. Sie kann eher aggressive oder eher spielerische Züge tragen. Obwohl nicht auf das Themenfeld „Rechtsextremismus“ beschränkt, kommen im Kontext antifaschistischer Praktiken besondere Verständnisse und Konfliktlinien zum Tragen: Sie kreisen generell um die zentralen Elemente der Selbsthilfe und der advokatorischen Selbstermächtigung als Handeln im Sinne Dritter, konkret den Opfern rechter Gewalt. Zentral ist dabei, das eigene Handeln nicht als Appell, sondern als Erzeugung von Handlungsdruck darzustellen.

Antifaschistische *contentious politics* hat verschiedene Adressaten und ist auch in ihrem Charakter nicht immer gleich. Unterschieden werden können hier Kämpfe mit anderen informellen Akteuren, Versuche der Zurückdrängung formaler Akteure sowie an die Öffentlichkeit gerichtete Aktivitäten. Im *ersten* Fall zielt Antifa-Praxis darauf ab, ähnlich verfassten Akteuren – Angehörigen rechter Straßenkulturen, Neonazis, aber auch Initiativen gegen Flüchtlingsheime – Grenzen zu setzen, ihnen den öffentlichen Raum streitig zu machen und Druck auf sie aufzubauen. Im *zweiten* Fall richtet sie sich mit ähnlicher Zielsetzung aktuell etwa gegen Parteien wie die AfD, berührt also neben dem öffentlichen Raum zusätzliche Handlungsräume. Zugrunde liegen dabei jeweils Konflikte, die aufgrund ihrer Wertbezogenheit als „unteilbar“, also nicht auflösbar angesehen werden.¹⁵ Im *dritten* Fall beziehen sich Antifa-Praktiken auf Akteure, die im selben Feld engagiert sind, oder auf eine nicht näher bestimmte Öffentlichkeit.

Das Repertoire an Handlungsarten ist entsprechend breit, die Wahl abhängig von Zielen und Kontextbedingungen. Antifa-Praxis reicht

von Aufklärungsaktivitäten über Demonstrationen bis hin zu direkten – Gewalt intendierenden oder faktisch einschließenden – Aktionen. Insbesondere im ersten und zweiten Fall spiegelt sich das Verhältnis von direkter und indirekter Wirkungsabsicht deutlich: In Richtung der Kontrahenten findet eine direkte Kommunikation statt, gleichzeitig senden die Aktionen – sofern öffentlich – Vereindeutigungsbotschaften in Richtung jener Akteure, die die eigenen Problembeschreibungen ignorieren oder nicht teilen und andere Vorgehensweisen bevorzugen. Antifa-Praxis entfaltet sich dabei häufig in (jugendkulturellen) Alltagswelten und im öffentlichen Raum. Unter den Bedingungen einer breiteren gesellschaftlichen Akzeptanz für rechtspopulistische Positionen sind diese Praktiken allerdings oft nur noch sehr eingeschränkt wirkungsvoll.

Praxis-Exkurs:

Wie hältst du's mit der Gewalt?

Antifa-Praxis wird zwar oft eng mit Gewalthandeln in Verbindung gebracht, innerhalb des Spektrums tut sich jedoch ein komplexes Verhältnis dazu auf. Insgesamt lässt sich weniger von Gewaltzentriertheit als von einer diskursiven Zentrierung auf die Gewaltfrage sprechen.

Erstens umgibt „die“ Antifa zwar eine Aura der Gewalt, aber nur ein Teil übt sie tatsächlich aus, und andere Formen des Engagements überwiegen.¹⁶ *Zweitens* gehört es für Antifa-Akteure häufig zur eigenen Erfahrung, von rechter Gewalt betroffen zu sein. Zudem ist das Wissen um die prinzipielle Gewaltförmigkeit von Faschismus und Rassismus hoch entwickelt. *Drittens* resultiert daraus die Einschätzung, einen adäquaten Umgang und Gegenstrategien entwickeln zu müssen, wobei streng pazifistische Optionen keine Rolle spielen, defensive Optionen aber durchaus bedeutsam sind.

Während Akte der Selbstverteidigung von Antifa-Akteuren generell als legitim angesehen werden, gilt dies nur unter bestimmten Voraussetzungen für eigene Angriffe. Diskursiv wird deren proaktiver Charakter zum Teil darüber entschärft, dass sie als eine Form der Vorwärtsverteidigung beschrieben werden. Eine saubere Unterscheidung zwischen dem einen und dem

¹⁴ Vgl. zum Begriff David S. Meyer/Sidney Tarrow (Hrsg.), *The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century*, Boulder 1998.

¹⁵ Vgl. zur Differenzierung teilbarer und unteilbarer Konflikte Albert O. Hirschman, *Wie viel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?*, in: *Leviathan* 2/1994, S. 293–304.

¹⁶ Vgl. dazu und im Folgenden die Literatur in Anm. 2, 3, 4, insb. Schulze (Anm. 2), S. 293; Hitzler/Niederbacher (Anm. 2), S. 35; Schuhmacher (Anm. 2), S. 44–63, S. 171–181.

anderen muss allerdings schon daran scheitern, dass Aktionen und Reaktionen oft Teil von größeren Interaktionsabläufen sind.

Darüber hinaus entsteht ein vereinfachtes Bild, wenn „Militanz“ und „Gewalt“ gleichgesetzt werden. Denn damit werden Konzepte und Praktiken zusammengeführt, die tatsächlich auf unterschiedlichen Ebenen liegen können. Zwar gehört eine kämpferische Grundhaltung (als Militanz) zum Identitätsmerkmal der meisten Antifa-Gruppen, doch personale Gewalt stellt lediglich einen keineswegs notwendigen Teilaspekt dar. Zudem stehen oft weniger Gewaltpraktiken als Inszenierungen von Gewaltfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft im Vordergrund. Diese werden – in Verbindung mit und vor dem Hintergrund der tatsächlich ausgeübten Gewalt – als Mittel der Einschüchterung und Bedrohung eingesetzt. Sie sind also auch Teil symbolischer Kämpfe. Die kämpferische Grundhaltung drückt sich vielfach in erster Linie darin aus, dass der eigene Körper – im Rahmen von Demonstrationen, Blockaden, Präsenz auf der Straße – auf durchaus auch gewaltfreie Weise ins politische Geschehen gebracht und einem Risiko ausgesetzt wird.

Diskursive Gewaltzentriertheit heißt nun, dass Antifa-Akteure sich aus verschiedenen Gründen fortlaufend mit Gewalt auseinandersetzen und ihr Verhältnis zu Gewalt aushandeln: Sie sind „eng am Geschehen“ und bringen sich selbst aktiv ein; sie sind immer wieder dem Vorwurf der Gewalttätigkeit ausgesetzt; real stattfindende Gewalt gilt ihnen einerseits in Teilen als legitim, stellt andererseits aber einen Widerspruch zu den vertretenen Werten dar und steht auch im starken Kontrast zu einem betont gewaltfreien Umgang innerhalb des Spektrums antifaschistisch Engagierter.

An weiteren Handlungsaspekten wird deutlich, dass der Begriff der *contentious politics* differenziert zu verwenden ist. Zunächst ist dies der Fall, weil ein Großteil des Engagements aus aufklärerischer Öffentlichkeitsarbeit besteht. Als ausdrücklich konflikt- und streitorientiert lassen sich hier vor allem seit jeher praktizierte Handlungsweisen wie etwa sogenannte Outings bezeichnen: Absichtlich und mit dem Ziel der Stigmatisierung werden Persönlichkeitsrechte verletzt, wenn etwa Name und Anschrift von als extrem rechts verorteten Gegnern oder flüchtlingsfeindlichen Aktivisten öffentlich gemacht werden. Weniger streitorientiert sind konventionelle Handlungsweisen wie Infostände, Flugblattverteilungen oder Veranstal-

tungen. Allerdings werden auch diese Praktiken von anderen Akteuren aufgrund ihrer Ausdrucksform, der Positionen, zum Teil der Jugendlichkeit der Akteure oft nicht ernst genommen oder als zu polarisierend kritisiert. Darüber hinaus berührt der Begriff *contentious politics* im Wesentlichen Aspekte der Außenseite. Innerhalb der Gruppen werden hohe Ansprüche an die eigene Diskursfähigkeit und radikaldemokratische Umgangsformen formuliert. Selbstverständigungsdebatten, die etwa bezüglich männlich konnotierter Selbstinszenierungen gleichzeitig Aspekte der Außendarstellung betreffen, nehmen auch zeitlich einen großen Raum ein.¹⁷

Strukturen

Antifa ist auch ein (Selbst-)Darstellungsmodell: Im Laufe der 1990er Jahre hat sich ein spezifisches Zeichensystem und ein darauf beruhender Stil herausgebildet. Zentral ist dabei die – habituell wie bei Mobilisierungen gewinnbringende, das heißt attraktive – Demonstration von Ent- und Geschlossenheit. Strukturell allerdings entspricht das Antifa-Spektrum diesem Bild nur bedingt. Antifa-Gruppen und -Angehörige bilden ein recht bewegliches Feld aus persönlichen und gruppenförmigen Netzwerken, Treff- und Kommunikationsorten und politischen Zusammenschlüssen.

Das erste von zwei zentralen Strukturprinzipien ist hier die Gruppe. Gegenüber der „Organisation“ als Sinnbild für personell nicht mehr vollständig überschaubare, überlokale und mit formaler Verbindlichkeit ausgestattete Zusammenschlüsse stellt die „Intim-Gruppe“ im Kontext von Antifa-Engagement bis heute ein Standardmodell dar. Diese Art von Gruppe ist charakterisiert durch Überschaubarkeit, die Abwesenheit formaler Hierarchien, Ansprüche auf intensiven Austausch und Vertrauen, ein sehr weit gefasstes Verständnis von Politik und damit auf die besondere Bedeutung von freundschaftlicher Verbindung sowie Verbindlichkeit bei gleichzeitiger Informalität. In genau diesem Sinne verstehen sich Antifa-Gruppen, die nicht den größeren Bündnissen beigetreten sind, bis heute auch als „autonom“.

Das zweite rahmende Strukturprinzip ist die Szene als soziale Verdichtung von Personen, Orten und Inhalten. Antifaschistische informelle politische Partizipation entfaltet sich häufig als Zusammenwirken von politischer Aktion und

¹⁷ Vgl. dazu die Literatur in Anm. 2, 3, 4.

alltagskultureller Interaktion im Zusammenspiel von Gruppe und Szene – und ihre Wirkfähigkeit ist häufig auch auf diesen Rahmen begrenzt.

UNABHÄNGIGER ANTIFASCHISMUS ZWISCHEN REGRESSION UND UMBAU

Die antifaschistische Erzählung weist die frühen 1990er Jahre mit ihren gesellschaftlichen Transformationen und Wellen der rassistischen Gewalt mörderischen Ausmaßes als zentralen Bruch- und Bezugspunkt der deutschen Nachkriegszeit aus. In der Tat dokumentieren diese Entwicklungen eine breite Desillusionierung und Delegitimierung linker Gesellschaftsmodelle und -kritik sowie eine hohe Strahlkraft nationalistischer, fremdenfeindlicher und rassistischer Ideologeme. Nicht zuletzt entstanden in dieser Phase auch die milieuhaften Grundlagen für die weitere Entwicklung der extremen Rechten und nahmen Prozesse der „Vermittlung“ rechtsextremer und rassistischer Positionen ihren Ausgang. Allerdings ist auch richtig, dass zum einen mit einiger Verspätung erhebliche staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen unternommen wurden, um Rechtsextremismus und Rassismus zu begegnen. Zum anderen waren neben offen nazistischen Akteure gesellschaftlich weitgehend stigmatisiert und blieben politisch schwach.

So gesehen zeigt sich in jüngster Zeit eine aus anderen europäischen Ländern bekannte Entwicklung, deren Brisanz jene aus den 1990er Jahren übersteigt. Zentral sind dafür weniger die klassischen extrem Rechten als die sich selbst als bürgerlich beschreibenden Kräfte: einerseits Protestgruppen und -bewegungen auf der Straße, andererseits die AfD als Partei in nahezu allen Parlamenten. Als miteinander korrespondierende Sammlungsphänomene sind sie politisch (noch) amorph. Deutlich ist aber, dass sie fließende Übergänge zum Rechtsextremismus besitzen, entsprechenden Positionen Platz bieten sowie sich in Prozessen der politischen Fundamentalisierung und Entgrenzung befinden und diese auch aktiv befördern.

Gegenbewegungen und Protestakteure profitieren von Erschrecken und Empörung. Liegt es

also am bürgerlichem Gewand und der breiten Akzeptanz von Rechtspopulisten, dass im Umfeld der Szene über „Antifa in der Krise?“¹⁸ diskutiert wird? Das Problem des hier beschriebenen Spektrums liegt weniger darin, dass neue Entwicklungen im vorhandenen analytischen Raster nicht erfasst werden können.

Deutlich wird vielmehr eine spezifische „Erschöpfung“ der beschriebenen Ressourcen und Handlungsansätzen von unabhängigem antifaschistischem Engagement, auf die bislang noch nicht mit weithin akzeptierten Innovationen reagiert wurde. Sie ergibt sich erstens aus dem praktischen Zuschnitt eines alltagsweltlich, stark jugendkulturell fokussierten und damit verengten Engagements. Informeller Partizipation sind bestimmte Foren der politischen Auseinandersetzung versperrt, sie kann sich mit entsprechenden Akteuren letztlich nur im öffentlichen Raum und Diskurs auseinandersetzen.

Sie ergibt sich zweitens aus dem Umstand, dass nur noch bedingt auf den zentralen Faktor moralische Empörung zugegriffen werden kann. Insbesondere die fortschreitende Historisierung des Nationalsozialismus verändert hier die Bedingungen politischen Handelns und glaubwürdiger Etikettierung politischer Gegner.

Schließlich ergibt sie sich wohl auch daraus, dass sich autonomes Antifa-Engagement unter vergleichsweise übersichtlichen gesellschaftlichen Bedingungen klarer Rechts-Links-Dichotomien entfaltet hat. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und Bruchlinien, die sich beispielsweise aus Flucht und Migration ergeben, sowie neue antidemokratische Bedrohungsphänomene wie der sogenannte Islamismus haben hier nur als Kulisse Platz, können also im eigenen „Begriff“ und „Programm“ nicht als relevante Aspekte platziert werden. Während „Antifa“ in den vergangenen Jahren rund um Demonstrationen und Parteitage immer wieder große Aufmerksamkeit auf sich zog, ergibt sich also auch bezüglich der Stärke des Spektrums bei genauem Blick ein differenzierteres Bild.

NILS SCHUHMACHER

ist promovierter Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

nils.schuhmacher@wiso.uni-hamburg.de

18 So der Titel eines Kongresses in Berlin im April 2014. Vgl. dazu Schuhmacher (Anm. 2), S. 10f.

ESSAY

POPULISMUS ALS POSTFASCHISMUS

Federico Finchelstein

Die Verquickung von Faschismus und Populismus ist zur gängigen Praxis geworden – die historischen Unterschiede zwischen beiden sind dabei verloren gegangen. Insbesondere mit dem Einzug des „Trumpismus“ ins Weiße Haus hat diese Entwicklung an Fahrt aufgenommen. Das traditionelle System aus *checks and balances* wurde durch Angriffe der Trump-Administration auf die Unabhängigkeit der Justiz und anderer Institutionen erschüttert, seine Gegner überzieht der US-Präsident mit impulsiver Dämonisierung. Unter den Attackierten sind Richter, mexikanische Einwanderer und die unabhängige Presse, die er als „Volksfeinde“ bezeichnet. Viele US-Amerikaner, darunter Wissenschaftler und Medienvertreter, fragen sich, wie die politische und demokratische Kultur ihres Landes so tief sinken konnte. Einige werfen sogar die Frage auf, ob die Vereinigten Staaten – eine Wiege des Liberalismus – sich in Richtung Faschismus oder einer anderen Form diktatorischer Herrschaft entwickeln. Trumps politische Logik ist aber eher populistisch als faschistisch. Der Populismus ist gewiss eine autoritäre Version der Demokratie, die diese einengt und beschränkt; doch er zerstört die Demokratie nicht. Historisch verbunden sind Faschismus und Populismus aber durchaus.

Wie der Historiker Pablo Piccato und ich jüngst dargelegt haben, können diese geschichtlichen Verbindungslinien zwischen Faschismus und Populismus auch unser Verständnis der Gegenwart erhellen.⁰¹ Der Vergleich zwischen dem Trumpismus und dem Faschismus wird ebenso alltäglich gezogen, wie er trügerisch ist. Er kann den Blick aber auch schärfen: Deutlich werden so die unweigerlich entstehenden Spannungen zwischen dem Anspruch faschistischer und populistischer Führer, ihre Nation als Ganzes zu repräsentieren, und den verfahrenstechnischen Hindernissen, die demokratische Institutionen für ihr Projekt bedeuten. Donald Trump ist eines der gelungensten Beispiele dafür, wie der Populismus die alten autoritären Prämissen des Faschismus in demokratischer Tonart neu formuliert.

Neu ist der Populismus in Amerika keineswegs. Einige der ersten populistischen Bewegungen kamen vor mehr als einem Jahrhundert in den USA – freilich auch in Russland und Frankreich – sowie in Lateinamerika auf. Tatsächlich neu ist, dass der Populismus erstmals die Macht in den Vereinigten Staaten erlangt hat – und damit entscheidenden Einfluss auf die Weltgeschichte. Wenngleich der Trumpismus gewiss ein neues Phänomen in der Politik ist, gilt dies für die Geschichte hinter Trump also keineswegs: Zum einen gab es schon zuvor rechtsgerichtete Oppositionspolitik in den USA, etwa die reaktionären, häufig rassistischen Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater, George Wallace und Pat Buchanan sowie in jüngerer Zeit die offen fremdenfeindliche Tea-Party. Zum anderen gilt es – auf globaler Ebene – jene Prozesse zu berücksichtigen, die eintreten, wenn der Populismus in einem Staat zur Herrschaftsform wird. Mit anderen Worten: Was geschieht, wenn Nationalisten, gar Fremdenfeinde, demokratische Politik machen? Das Resultat ist ein autoritärer Umgang mit der Demokratie, den man als populistischen Postfaschismus bezeichnen kann.

GESCHICHTE UND THEORIE

Die spezifische, postfaschistische Historizität des Populismus geht bei den meisten Theoretikern, die sich mit dem Phänomen beschäftigen, verloren – auch bei jenen, die sich für oder gegen populistische Strömungen stark machen. Diese Theoretiker bearbeiten ihren Forschungsgegenstand, als hätte er keine Geschichte.⁰² Darüber hinaus verstärken diese Ansätze US- und eurozentrische Perspektiven. In Absetzung von einem solcherart normativen, ahistorischen Populismus-Begriff als exklusiv europäischem oder US-amerikanischem Phänomen schlage ich ein globales Verständnis seines historischen Werdegangs vor. Anders als die gängigen theoretischen Definitionen, die den Populismus auf einen einzigen Satz reduzieren, beto-

ne ich die Notwendigkeit, ihn auf die Geschichte zurückzuführen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf sein doppelbödiges Verhältnis zum Faschismus sowie die Bedeutung Lateinamerikas.

Indem ich also die faschistische Genealogie des Populismus betone und seine Entwicklung und Veränderung hervorhebe, verweise ich auf einen historischen Bezugsrahmen jenseits der üblichen Dichotomie zwischen globalem Norden und Süden. In diesem Verständnis verbinden sich Donald Trump und Hugo Chávez, Marine Le Pen und Recep Tayyip Erdoğan sowohl praktisch, vor allem hinsichtlich ihres Stils, als auch theoretisch mit Hitler und Mussolini – und repräsentieren doch gleichzeitig einen radikalen Bruch mit klassisch faschistischer Politik. Sie sind keine Faschisten, dennoch hat ihre Politik einen gemeinsamen historischen, faschistischen Hintergrund.

Denn aus historischer Sicht stehen populistische Regime für eine demokratische Neuformulierung des Faschismus. Beide Herrschaftsformen zielen darauf, über die liberale, konstitutionelle demokratische Repräsentation hinauszugehen und eine vermeintlich direkte Verbindung mit dem Volk herzustellen. Im Verlauf der Geschichte haben diese Versuche die demokratische Ordnung immer wieder verändert, jedoch in ganz unterschiedlicher Weise. Während der Populismus eher niedrige Stufen tatsächlicher Repression und Gewalt mit einem hohen Niveau rhetorischer Dämonisierung verbindet, stellte der Faschismus seine Feinde gänzlich außerhalb des politischen Diskurses – sie wurden verhaftet und sogar getötet. Während Faschismus nie demokratisch ist, untergräbt der Populismus die Demokratie zwar, definiert sie auf illiberale Weise aber auch neu.

Wie der Faschismus, der Liberalismus und der Kommunismus ist auch der Populismus eine politische Strömung, die historisch dazu tendierte, die politische Partizipation kurzfristig auszuweiten, langfristig aber zu schmälern. Während im Populismus politische Rechte vielfach beschnitten wurden, wurden soziale bisweilen ausgeweitet – und die Perspektive einer radikaleren, emanzipatorischen Kombination beider Formen von Rechten

damit geschwächt. Im Populismus wie in anderen gegenwärtigen Erscheinungsformen der Demokratie – wie etwa dem Neoliberalismus – lässt sich die Rhetorik von maßgeblicher politischer Bürgerbeteiligung nur bedingt in die Praxis umsetzen. Den Populismus charakterisiert demnach ein modernes Politikverständnis mit instabilen Vorstellungen von Volkssouveränität, Führung und davon, wie eine kapitalistische Gesellschaft organisiert und gelenkt werden soll. Er ist ein Hybrid dieser drei Aspekte. Da er im Überdenken des Faschismus verwurzelt und mit einer klaren Absage an dessen extreme Gewalt verbunden ist, übernimmt der Populismus das demokratische Prinzip gewählter Repräsentanz und verbindet es mit radikalen Formen vertikaler Führung.

FASCHISMUS, POPULISMUS, POSTFASCHISMUS

Populismus als Postfaschismus darf nicht als radikaler Bruch mit der präfaschistischen Vergangenheit verstanden werden, auch hier bestehen Kontinuitätslinien. Die Zeit vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Zwischenkriegszeit brachte verschiedene Vor- und Frühformen des Populismus hervor – und zwar an so weit voneinander entfernten Orten wie den USA, Russland, Mexiko, Österreich, Argentinien, Brasilien und Frankreich. Diese Bewegungen und ihre Führer beanspruchten, im Namen des Volkes – verstanden als eine homogene Einheit – zu sprechen. Von links wie von rechts wendeten sie sich gegen Oligarchien und Eliten, stellten jedoch – wo diese das politische System bestimmte – nicht die liberale Demokratie an sich infrage. Dies begann erst nach dem Ersten Weltkrieg, als der Faschismus vorpopulistische Tendenzen der Linken wie der Rechten mit radikal antiliberalen und antikommunistischen Ideologien verschmolz – einige Historiker sprechen gar von faschistisch-populistischen Diktaturen.⁰³

Nach der Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg kehrte der Populismus, nun in radikal verändertem Kontext, zu seinen präfaschistischen Wurzeln zurück. Geboren wurde eine neue

01 Vgl. zum Folgenden Pablo Piccato/Federico Finchelstein, *Trump's Latin American Model*, 10. 4. 2017, <http://bostonreview.net/politics/pablo-piccato-federico-finchelstein-trumps-latin-american-model>.

02 Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populism: A Very Short Introduction*, Oxford 2017.

03 Vgl. Geoff Eley, *Conservatives – Radical Nationalists – Fascists: Calling the People into Politics, 1890–1930*, in: John Abromeit et al. (Hrsg.), *Transformations of Populism in Europe and the Americas: History and Recent Tendencies*, London 2016, S. 15–31; Peter Fritzsche, *The Role of „the People“ and the Rise of the Nazis*, in: ebd., S. 5–14.

populistische Moderne, die ihre Lehren aus dem Faschismus gezogen hatte. Die Neuformulierung des Erbes der „Anti-Aufklärung“ für die Zeit des Kalten Kriegs gelangte mit General Juan Domingo Perón, der 1946 Präsident Argentiniens wurde, zuerst in Lateinamerika an die Regierung.⁰⁴ Der Peronismus setzte den Faschismus fort, sagte sich aber gleichzeitig von einigen seiner diktatorischen Kerndimensionen los. Er gestaltete den Faschismus zu einem voll ausdifferenzierten System um, das zwar in der repräsentativen Demokratie verankert, zugleich aber autoritär und demokratischer Vielfalt gegenüber ablehnend war.

Der Populismus der Nachkriegszeit gründete also auf der Anerkennung der Tatsache, dass der Faschismus Teil der Geschichte, nicht aber der Gegenwart war. Für Perón, den Staatschef des ersten modernen populistischen Staates, war der Faschismus „ein unwiederholbares Phänomen, ein klassischer Stil zur Definition einer bestimmten und abgeschlossenen Epoche“. Wenngleich Perón den Verlust des „armen Mussolini“ und seines Faschismus bedauerte,⁰⁵ so wollte er doch die besiegte Vergangenheit nicht nachahmen. Vielmehr wollte er den Peronismus vom Vorwurf des Faschismus befreien. Das Ergebnis war eine postfaschistische, autoritäre und antilibérale Version der Demokratie. Wie der argentinische Präsident gelangten viele Jahre später italienische Neofaschisten zu einer ähnlichen Schlussfolgerung. So erklärte 1993 Gianfranco Fini, der aus dem neofaschistischen Movimento Sociale Italiano eine populistische Bewegung machen wollte, der Faschismus gehöre unwiederbringlich zur Vergangenheit: „Wie alle Italiener sind wir keine Neofaschisten, sondern Postfaschisten.“⁰⁶

Der Faschismus war die Kombination von extremem Nationalismus und nicht-marxistischer

Auslegung der sozialistischen Tradition – Mussolini etwa beherrschte diese meisterhaft. Faschistische Führer strebten nach einer Diktatur und lehnten Wahlen als Rechtfertigung ihres Machtanspruchs ab. Sie benutzten die Demokratie nur zur Erlangung diktatorischer Herrschaft, also um diese von innen heraus zu zerstören. Dies gilt als Merkmal des transnationalen Faschismus für Mussolini und Hitler genauso wie für die Faschisten in Argentinien, Japan und andernorts. Perón jedoch kehrte – als De-facto-Führer einer Militärdiktatur, die nach Legitimität strebte – nach 1945 die Bedingungen seiner Herrschaft um und schuf so erstmals einen modernen Populismus: Im Gegensatz zum Faschismus begriff Perón demokratische Wahlen als Chance, gewann diese 1946 und wurde zum rechtschaffenen demokratischen Führer. Der Peronismus selbst zerstörte die Militärdiktatur mit Perón an ihrer Spitze und schuf so ein neues Nachkriegsverständnis von Demokratie.

Insbesondere als Herrschaftssystem brachte der Populismus ein neues Konzept und eine neue Praxis von Demokratie hervor. Er hielt auch nach Erlangung der Macht am Prinzip der Volkssouveränität durch Wahlen und an demokratischen Formen der Repräsentation fest, stärkte aber gleichzeitig die Führungsfigur radikal: Sie wurde als optimaler Deuter des Volkswillens präsentiert. Die Anhänger sollten der Intuition ihres Führers und den ständigen Politikwechseln vertrauen. Sie sollten – und sollen auch heute – darauf vertrauen, dass der Wille des Führers nicht nur mit jenem des Volkes übereinstimmt, sondern sogar darüber hinauswächst. In der Vorstellung der Populisten weiß die Führungsfigur besser als das Volk, was dieses wirklich will. Im Rahmen formaldemokratischer Verfahrensweisen wird der populistische Führer zum Objekt der Repräsentation und zum Subjekt allgemeiner Befugnisübertragung. Er agiert als Personifikation der Volkssouveränität und verfügt über ein hohes Maß an Autonomie gegenüber der Mehrheit, die ihn gewählt hat.

Für politische Minderheiten bleibt dagegen nur wenig Spielraum. Sie werden als Verräter am „wahren“ Willen der Nation oder, schlimmer noch, als Marionetten fremder, sich gegen das Land verschwörender Mächte abgestempelt. Schließlich verschmelzt der Populismus Staat und Bewegung und schafft Formen des Klientelismus, die auf den Führer als Inkarnation des Volkes ausgerichtet sind.

04 Vgl. Zeev Sternhell, *The Anti-Enlightenment Tradition*, New Haven 2010; Nadia Urbinati, *Democracy Disfigured: Opinion, Truth, and the People*, Cambridge 2014; Carlos De la Torre, *Populist Seduction in Latin America*, Athens (Ohio) 2010; Raanan Rein, *From Juan Perón to Hugo Chávez and Back: Populism Reconsidered*, in: Mario Sznajder et al. (Hrsg.), *Shifting Frontiers of Citizenship: The Latin American Experience*, Boston 2012, S. 289–309; Andrew Arato, *Post Sovereign Constitution Making: Learning and Legitimacy*, Oxford 2016; Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London 2005.

05 Juan Domingo Perón, *Memorial de Puerta de Hierro*, Buenos Aires 2001, S. 65.

06 Zit. nach Roger Griffin, *Interregnum or Endgame? The Radical Right in the „Post-Fascist“ Era*, in: Cas Mudde (Hrsg.), *The Populist Radical Right. A Reader*, London 2017, S. 15–27, hier S. 15.

Perón schuf so eine autoritäre Version der Wahldemokratie, die zum einen den Anspruch erhob, das liberale Modell bezüglich der Repräsentation des Volkswillens zu übertreffen, zum anderen auf die für den Faschismus typische diktatorische Gewalt verzichtete. Der Peronismus war durch diese Kombination – auch in seiner Selbstdarstellung – jenseits der bis dato bekannten Muster der Politik verortet. Diese in der Nachkriegszeit neue Politikform wurde später zum klassischen Fall des lateinamerikanischen Populismus.

Obwohl auch der Populismus Peróns in einem autoritären Verständnis wurzelte, das die säkulare liberale Demokratie als Quelle des Kommunismus betrachtete, waren Wahlen für ihn eine Notwendigkeit, um der faschistischen Synthese der Zwischenkriegszeit Legitimation zu verschaffen. In seinen Memoiren identifiziert Perón eindeutig den italienischen Faschismus und den Nazismus mit dem ihm vorschwebenden „Sozialismus mit nationalem Charakter“.⁰⁷ Doch der Populismus südamerikanischer Prägung eines General Juan Perón verband das Vermächtnis des Faschismus mit dem seiner Feinde. Perón betonte: „[W]ir sind keine Sektierer (...) Wenn es etwas gibt, das wir vom Kommunismus übernehmen können, dann tun wir das, Namen schrecken uns nicht. Wenn der Faschismus, der Anarchismus oder der Kommunismus etwas Gutes haben, übernehmen wir es.“⁰⁸ Perón bediente sich bei Links und Rechts und betrachtete es als Kompliment, wenn ihm Eklektizismus vorgeworfen wurde. Diesen teilte Perón mit Mussolini, und doch entfernte seine Interpretation den argentinischen *Caudillo* (Führer) vom italienischen Diktator – in praktischer und später auch in theoretischer Hinsicht.

Denn der moderne Populismus trieb – in seiner klassischen lateinamerikanischen Ausprägung – aktiv soziale Reformen voran. Er setzte staatskapitalistische Formen durch und ließ eine neue Oberschicht entstehen, die an die Verbindung zum Staatsführer und seiner Bewegung gebunden war. Dadurch wurde die Einkommensungleichheit zumindest teilweise abgebaut.

Der Faschismus dagegen hatte sich auf die Idealisierung von Gewalt und Krieg als erhabener Werte der Nation sowie auf die Person des Führers gestützt. In militärischer Hinsicht hatte er die Massen mobilisiert, gleichzeitig aber dazu tendiert, sie in sozialer Hinsicht zu demobilisieren. Der Peronismus kehrte also auch diese faschistische Gleichung um, distanzierte sich dadurch vom Faschismus und wurde zu einer politischen Ideologie sui generis. Diese peronistische Transformation des Faschismus war von grundlegender Bedeutung für die weitere Geschichte des Populismus.⁰⁹

Es war Perón, der den Faschismus in einer demokratischen, antiliberalen Tonart radikal neu formulierte. Doch der Populismus ist nicht argentinisch, latein- oder nordamerikanisch, asiatisch oder europäisch. Vielmehr handelt es sich dabei um ein globales Phänomen mit jeweils regional oder national spezifischer Geschichte. Der Populismus war und ist das Resultat der Verbindungen und Transfers von politischen Ideen und historischen Erfahrungen innerhalb und jenseits des atlantischen Raumes. Er entstand als demokratische Strategie gegen die Linke und als Versuch, die Dichotomie des Kalten Kriegs zwischen Liberalismus und Kommunismus zu überwinden. Der Peronismus ist vor diesem Hintergrund vor allem deshalb besonders wichtig, weil er die undemokratische Erfahrung des Faschismus gleichsam „demokratisierte“ – und so zum ersten Nachkriegsbeispiel eines populistischen Regimes wurde.

SCHLUSS

Seit seiner Entstehung als neuformulierter Faschismus und modernes Herrschaftssystem hat der Populismus eine Reihe verschiedener, ja gegensätzlicher historischer Erfahrungen gezeitigt. Wie der Politikwissenschaftler Hans Vorländer betont, kann er sich als „The Good, the Bad, and the Ugly“ zeigen. Er kann unterschiedliche und sogar einander widersprechende Auswirkungen auf die Demokratie haben – er kann sie beleben, einengen oder zerstören.¹⁰

07 Zit. nach Tomas Eloy Martínez, *Las Vidas del General*, Buenos Aires 2004, S. 2.

08 So Perón in einer Rede vor Intellektuellen 1950, zit. nach Cristian Buchrucker, *Nacionalismo y Peronismo*, Buenos Aires 1982, S. 325.

09 Vgl. Federico Finchelstein, *The Ideological Origins of the Dirty War: Fascism, Populism, and Dictatorship in Twentieth Century Argentina*, Oxford–New York 2014, S. 90f.

10 Vgl. Hans Vorländer, *The Good, the Bad, and the Ugly. Über das Verhältnis von Populismus und Demokratie – Eine Skizze*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 8/2011, S. 187–194.

Der Populismus impliziert die Ablehnung einiger faschistischer Muster. Der Peronismus und andere frühe Populismen polarisierten ihre Gesellschaften, verzichteten aber auf ein hohes Maß an Repression und politischer Gewalt. Ähnlich autoritäre Entwicklungen der Demokratie durchzogen die vergangenen zwei Jahrzehnte des lateinamerikanischen Populismus: Er verband vertikale Formen der Demokratie mit vertikalen Formen der Führung. Das Venezuela Hugo Chávez' etwa entzieht sich vereindeutigenden Beschreibungen. Sein populistisches Regime stärkte die Armee und den volkstümlichen Militarismus; es äußerte sich bisweilen antisemitisch; doch obwohl „Comandante Chávez“ zunächst an einem Putsch beteiligt war (genauso wie Perón 1930 und 1943), verschrieb er sich später rückhaltlos demokratischen Wahlen – und beschnitt gleichzeitig andere demokratische Verfahren.¹¹ Auf diese Weise ließ der lateinamerikanische Populismus den Faschismus hinter sich und brachte die für ihn charakteristische autoritäre Spielart der Demokratie hervor.

Ob europäische oder US-amerikanische Formen des neoklassischen Rechtspopulismus sich in ähnlicher Weise der formalen Demokratie verpflichtet sehen, bleibt abzuwarten: Sie sind – im Gegensatz zu ihren lateinamerikanischen Pendanten – nicht fest in der Perón'schen Tradition populistischen Umgangs mit der Demokratie verankert. Dass über der vergangenen und gegenwärtigen Geschichte des Populismus stets der Faschismus schwebt, gilt also insbesondere für Europa und die USA. Der Euro-Populismus droht sogar zu seinen faschistischen Ursprüngen zurückzukehren: Zumindest die extremsten Populismen Europas entwickeln sich zunehmend in Richtung Neofaschismus, indem sie hinter die postfaschistische Neuformulierung zurückgehen.

Grundsätzlich ist Populismus das Gegenteil von Toleranz und Pluralität in der Politik. Er spricht im Namen einer imaginierten Mehrheit und lehnt alle Sichtweisen rundweg ab, die er der Minderheit zuschreibt. Besonders in seiner rechtspopulistischen Spielart erklärt er oft religiöse und ethnische Minderheiten zu Feinden, immer jedoch die unabhängige Presse. Populistische

¹¹ Die Situation unter seinem Nachfolger Nicolas Maduro unterscheidet sich deutlich davon und könnte als nicht mehr populistisch, sondern im Grunde genommen diktatorisch angesehen werden.

Führer sprechen im Namen des Volkes und sehen sich selbst als Gegenteil von Eliten. Der Populismus ist demokratischer Autoritarismus – eine Demokratie, die sich von ihrer liberalen Grundlage lossagt. Donald Trump ist das jüngste Beispiel einer langen Geschichte von Anfechtungen der konstitutionellen Demokratie. Mit allen populistischen Bewegungen und Regimen teilt der Trumpismus eine faschistische Genealogie und Geschichte. Doch Trump ist kein Faschist, er ist durch und durch Populist.

Der Inbegriff des Populismus des 20. Jahrhunderts war Perón – die Bewegung Donald Trumps steht für die neue populistische Welle unserer Zeit. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass der Populismus zu einigen Ideen des Faschismus zurückkehrt, die der Peronismus und seine „klassischen“ Nachfolger verworfen hatten: Trump und seine europäischen Pendanten wie Marine Le Pen, AfD und Pegida offenbaren eine Fremdenfeindlichkeit, die für einen lateinamerikanischen *Caudillo* unvorstellbar gewesen wäre. Während Peróns autoritäre Demokratie sich in der Praxis von faschistischen und rassistischen Ansichten der Vergangenheit distanzierte, scheint dieses Erbe heute wieder einen Platz in populistischer Politik zu haben.

Übersetzung aus dem Englischen: Kirsten E. Lehmann, Köln.

FEDERICO FINCHELSTEIN

ist Professor für Geschichte an der New School for Social Research in New York. Seine Forschungsschwerpunkte sind der Faschismus in Lateinamerika und Europa, deren transnationale Verbindungen sowie der Populismus. Zudem schreibt er regelmäßig für internationale Tageszeitungen. Im September 2017 erschien seine Monografie „From Fascism to Populism in History“.

finchelf@newschool.edu

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. Oktober 2017

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Simon Lengemann (Volontär)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
44-45/2017, 30. Oktober 2017

WANDEL DES POLITISCHEN?



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz